

Sezession

A black and white photograph of a hand holding a thin, dark rod. The hand is positioned on the left side of the frame, with the fingers wrapped around the rod. The rod extends diagonally from the bottom left towards the top right, crossing the vertical boundary between the light background and the dark grey text area.

Autorenporträt
Hans-Dietrich Sander

Stefan Scheil
Brest-Litowsk

Nils Wegner
Hufeisentheorie

Martin Lichtmesz
Bei Jared Taylor

Konrad Weiß
God bless America

81

Dezember 2017
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Andreas Lichert und
Dr. Erik Lehnert (Vorsitzende)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang
Dvorak-Stocker, Ellen Kositzka,
Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.) und
Erik Lehnert

15. Jahrgang, Heft 81,
Dezember 2017

Sezession erscheint im Februar, April,
Juni, August, Oktober und Dezember.
Der Preis für das Einzelheft beträgt
11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert
hält, kann ein Förderabonnement
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-
male Jahresabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich
10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum
30. November gekündigt, verlängert es
sich um ein weiteres Jahr.
Alle Rechte für sämtliche Artikel im
Heft vorbehalten.
Manuskripte sind stets willkommen
und sollten als Kurzbeitrag 9000 und
als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen
(inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 90 43 99
Fax: (03 46 32) 90 43 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

1 Editorial

Bild und Text

- 2 **Georgs Mimikry**
Ellen Kositzka

Grundlagen

- 4 **Der letzte Ghibelline. Über Werk und
Wirken Hans-Dietrich Sanders**
Siegfried Gerlich
- 10 **Revolutionäre Realpolitik von rechts?**
Benedikt Kaiser
- 16 **Ausbruch aus dem offenen Ring**
Nils Wegner
- 20 **Ein Mangel an Staatskunst**
Lothar Fritze
- 24 **Debord, Derrida und die rechte
Postmoderne**
Caroline Sommerfeld
- 28 **Geförderte Zerrüttung**
Sophie Liebnitz
- 34 **God bless America**
Konrad Weiß
- 38 **Jared Taylor, Advokat der Weißen**
Martin Lichtmesz

Kurzbeiträge

- 44 **Dezember 1917: Brest-Litowsk**
Stefan Scheil
- 46 **Eine Welt, eine Risikogruppe**
Nils Wegner

Bildteil

- 48 **Das Kaninchen bin ich**
Frank Lisson

Bücher

- 54 **Ernst Jünger als Erzieher –
Einige Anmerkungen zu einem
Kapitel aus »Finis Germania«**
Norbert Zankl
- 58 **Rezensionen**

Zu unseren Bedingungen

von Götz Kubitschek

Im Verlag Klett Cotta ist zur Frankfurter Buchmesse eine Arbeit aus der Feder dreier noch recht junger Autoren erschienen, die *Mit Rechten reden* wollen, aber nur zu ihren Bedingungen. Per Leo, Maximilian Steinbeis und Daniel-Pascal Zorn (Historiker, Jurist, Philosoph) gehen nämlich davon aus, daß wir uns qua »Sprachspiel« vor jeder aufgeklärten, damit herrschaftsfreien, damit ehrlichen Debatte drücken. Unser Sprachspiel (oder besser Sprachtrick) sei das unentwegte Pendeln zwischen Provokation und Opfergeschrei, das wir anstimmten, wenn man unsere Provokationen als solche benannte und sie nicht als ernstgemeinten Debattenbeitrag annähme.

Ich hatte im Oktoberheft der *Sezession* vorbeugend bereits etwas über diesen recht forschen Annäherungsversuch geschrieben. Aber erst jetzt – nachdem genug Zeit verstrichen ist, in der man sich zu einem (öffentlichen) Gespräch hätte versammeln können – zeigt sich der dürftige Unterbau des Ansatzes der drei Herren in seiner ganzen Brüchigkeit: Alle Eitelkeit, alles betont lässig vorgetragene Selbstbewußtsein, das durchschauend und entzaubernd sich gibt und den für uns desaströsen Gesprächsverlauf vorfreudig vorwegfeiert, bleibt ein Traum von Allmacht und Selbstüberschätzung, wo es zum Ernstfall, zu diesem im Buch bereits siegestrunken durchgespielten Gespräch nicht kommt.

Daß es bisher dazu nicht kam, lag nicht an uns, aber daß es dazu wohl nicht mehr kommen wird, mag dann wohl an uns liegen: Die Zeit wird über das herablassende Angebot der drei Herren hinweggegangen sein, die für einen kurzen Moment, für wenige Wochen die Bedingungen hätten stellen können, weil wir doch ein wenig beeindruckt waren davon, daß nun schon Bücher mit literarischem Anspruch über uns erschienen. Wir und die, Naphta und Settembrini, oder andersherum, jedenfalls doch Dialoge, auf die das Feuilleton in einer Mischung aus Neugier und Hilflosigkeit geblickt hätte – ein echtes Duell mit Volltreffern, Streifschüssen, aber regelgerecht und Lehrstück für jene Rechtenjäger, die noch immer mit der großen Verhinderungskeule durchs Land ziehen.

Leute, was hat Euch abgehalten? Jetzt habt Ihr den Salat, jetzt hat auch noch die *FAZ* eine

nicht besonders vorteilhaften Besprechung Eures Buches gebracht, beschämend klarsichtig: »Das Kernproblem von *Mit Rechten reden* liegt in der mit teilweise nur schwer erträglicher Nonchalance vorgetragenen intellektuellen Selbstgewißheit, daß man mit der Macht der Logik den Rechtsrednern den Wind aus den Segeln nehmen könne. Man stellt sich die Reaktionen der so ausgekonterten, auf dem Diskursfeld besiegten und geradezu peinlich berührten Schaumschläger bildhaft vor: Mein Gott, ja, ihr habt recht, mein Argument ist ja gar nicht schlüssig! mein Volksbegriff eindimensional, mein Islamkonzept unterkomplex, meine Widerstandsattitüde unhaltbar! Danke, daß ihr mich über den Zebrastreifen des besseren Arguments geleitet habt!«

Nein, da hat der *FAZ*-Rezensent recht, so hätten wir nicht reagiert. Dazu ist unsere Erfahrung im Umgang mit der Deckungsungleichheit von Theorie und Leben, Ankündigung und Umsetzung, Behauptung und Bestätigung zu groß, wir möchten sagen: uneinholbar groß für alle, die nicht wissen, wie das ist, wenn man öffentlich diffamiert, ignoriert, verleumdet oder sogar kriminalisiert wird, kurz: der Intoleranz der Toleranten ausgesetzt ist, die den Zugang zu den entscheidenden Mikrofonen der »Öffentlichkeit« immer noch versperrt halten. Ganz ehrlich: Wir gingen wirklich davon aus, daß nun mit Rechten (mit uns) geredet würde, und wir hätten diese Einladung angenommen, mit der ganzen Selbstsicherheit derer, die jahrelang jedes denkbare Gespräch im Geiste durchgespielt haben, während die Gegner (die Nicht-Rechten, wie sie im Buch von Leo, Steinbeis, Zorn heißen) davon ausgingen, daß es, wo im Grunde alle einer (guten) Meinung seien, nie wieder zu einer echten Auseinandersetzung käme.

Wir nehmen also mittlerweile dieses arrogante Klett-Cotta-Buch als gescheiterten Annäherungsversuch war und warten auf den nächsten, vielleicht glücklicheren Anlauf – den Spruch »meyn geduld hat ursach« haben wir ja nicht ohne Grund zu unserem Motto gemacht. Denn auch und gerade ohne Dialoge zu den Bedingungen der Gegner wird sich eines nicht ändern: Die Linken brauchen uns viel dringender als wir sie. Sie werden das Gespräch suchen, und zwar zu unseren Bedingungen. ■



Georgs Mimikry

von Ellen Kositzka

Dies hier ist kein Scherz. Es ist ein Photo, das es höchst ernsthaft zu enträtseln gilt. Einiges, die Oberfläche, wäre sehr einfach herauszufinden: Der eine Typ muß doch dieser Kubitschek sein! Auf der Buchmesse! Ja, das war leicht. Nach Eingabe von »Kubitschek Buchmesse« führt uns die digitale Suchmaschine zu gut 58000 Fundstellen. Noch drastischer: Es ist *gar keine* Fundstelle zu einer Gesamtschau der Frankfurter Buchmesse 2017 zu finden, die ohne die Stichworte »Kubitschek« oder »Verlag Antaios« auskommt. Soll man nochmal die Begebenheiten rekapitulieren?

Wie der Börsenverein des deutschen Buchhandels als Veranstalter der Messe nach außen hin »Meinungsfreiheit auch für rechte Verlage« proklamierte, in den Hallen (genauer gesagt rund um *einen* Stand in Halle 3.1) jedoch sich nicht entblödete, einen krawattig-steifen Zwölfmannumzug mit ordentlichen Schildern »Gegen Rassismus« und »Für Freiheit und Vielfalt« zu veranstalten? Wie die einschlägig linke »Amadeu-Antonio-Stiftung« (AAS) einen Gratisstand gegenüber dem Antaiosverlag zugewiesen bekam? Wie ich selbst (nachdem ich gelesen hatte, die AAS behauptet, wir verweigerten den Dialog) ein offenes Forum (Bonus: *die* dürfen bestimmen, wer von jeder Seite auftritt und wer die Moderation übernimmt) angeboten hatte, aber beschieden wurde, »über dieses Stöckchen« eines öffentlichen Meinungsaustausches springe man nicht? Wie die Antaios-Mitarbeiter allmorgendlich ihren Stand in diesen bewachten Hallen »verändert« vorfanden? Durch Kaffeersatz und Zahnpasta verunziert, durch professionell gestaltete Klebeflächen (»Zu Risiken und Nebenwirkungen dieser Bücher befragen Sie Geschichtsbücher oder ihre Großeltern« – na, gern!) verfremdet? Wie Lesungen aus Antaiosbüchern und Gespräche mit Autoren in einer zusätzlich angemieteten Arena durch massive linke Störtruppen erschwert und letztlich verunmöglicht wurden? Wie es erst per Twittergewitter hieß, von unserer Seite seien vielfach, dann: einmalig, dann: gar nicht (die multipel vorliegenden Tonspuren gaben es nicht her) »Sieg-Heil«-Rufe erklingen? Wie erst kolportiert wurde, daß ein »Antaios-Sicherheitsmann« einen harmlosen Demonstranten niedergerungen habe, bis klar wurde, daß es er-



stens gar keinen Antaios-Sicherheitsmann gab, zweitens der Niederringer ein Securitytyp der Buchmesse und drittens der Niedergerungene einer war, der eine bekannte linke Nummer ist und sich viertens den Anweisungen der Polizei widersetzt hatte?

Nein. Es soll hier allein um diesen abgebildeten Augenblick der Wahrheit gehen. Was sehen wir? Einen Messegang, in dessen Mitte Götz Kubitschek, Leiter des Antaios Verlags, daneben Georg Georg war immer zur Stelle, an jedem Messetag. Zu ihm gleich mehr. Links im Messegang heißt es flankierend »Danke!«, rechts sehen wir den Schriftzug »Droste«. Was soll das? »Danke« erklärt sich womöglich von selbst. »Droste« nun ist die niederdeutsche Form des populäreren

»Truchseß«. Etymologisch war der Truchseß der, der dem Tross vorsteht. Wie, »Tross?«

Militärgeschichtlich bestand der Tross aus den rückwärtigen Teilen einer Einheit, die Unterstützungsaufgaben insbesondere im Versorgungsbereich übernahmen. Der Tross war einerseits für das Geschäft unabdingbar, schränkte jedoch andererseits die Bewegungsfreiheit der Armee ein. Heute, um den militärischen Bereich zu verlassen, würde man sagen: Der Truchseß, der Droste, bestückt und sichert den Transmissionsriemen. Im Mittelalter stand der Droste/Truchseß der Hofhaltung vor. Er beschied sich gern und dienstbeflissen mit der »zweiten Reihe«. Die Tagespolitik betrieben und betreiben andere.

Zeichen. Seine linke Hand befindet sich dabei auf Brusthöhe, dort, wo selbst bei einem Heupferdchen das Herz schlägt. Es heißt (offiziell), Georg sei das Maskottchen eines Verlags für Publikationen im erdkundlichen Bereich. Schon das paßt ganz schön. Man verstand sich sofort, zumal Kubitschek auch studierter Geograph ist. Nun trägt der liebe Grashüpfer seinen Namen nicht von ungefähr, und seine (manch ernstem Zeitgenossen albern dünkende) Verkleidung darf man mit Fug und Recht als Mimikry deuten. Über die Zahngesundheit des Ur-Georg wissen wir wenig. Er wird normalerweise – *tempo passati!* – auch eher anti-plüschig dargestellt, im Gegenteil!



Nun ist dieses Photo keine Inszenierung, sondern ein echter Schnappschuß. Kubitschek probiert ein tapferes Lächeln, seine Rechte ist leicht geballt, und er sieht müde aus. Wir sehen hier deutlich, daß sein gewohnheitsmäßig schwarzes (und als solches bereits von Bernd Lucke gezeigtes) Hemd inwendig – das gibt es wohl, siehe Kragen – weiß ist! Darüber sollte die Öffentlichkeit informiert werden! Mit der Linken umarmt Kubitschek – etwas schüchtern, etwas preußisch sozusagen – Georg, den treuen Freund und Zur-Seite-Steher. Und Georg? Lacht! Und wie! Unwiderstehlich! Ein breites Lachen, offen- und treuherzig, *eyes wide open*, das Gebot der Stunde!

Nein, Georg macht dem Kubitschek keine Hasenöhrchen. Es ist das sogenannte Victory-

Georgs Urahn sitzt hoch zu Roß, er schaut ernst, wenn nicht grimmig, er führt eine Lanze, und er führt sie gut, nämlich mit Erfolg gegen jenen Lindwurm, in dessen Schlund so viele tapferere Recken hingegangen sind. Georg ist nicht nur einer der vierzehn Nothelfer, er ist Schutzpatron der Soldaten, Schlachtenhelfer, Erzmartyrer und als legendärer Drachentöter mithin *die* Identifikationsfigur für alle, die ihr Land vom Bösen befreien wollen. Georg nun, bekanntlich gebürtiger Türke aus Kappadokien, weiß, daß auf einer ultrazivilen Veranstaltung wie der Internationalen Buchmesse schlecht Staat zu machen wäre mit Waffe, Roß und Banner. Doch er war wieder da. Tagtäglich. In Verkleidung. Es war wunderbar. Abermals: Danke! ■

Der letzte Ghibelline. Über Werk und Wirken Hans-Dietrich Sanders

von Siegfried Gerlich

Als Ernst Jünger seine Lektüre des *Nationalen Imperativ* beendet hatte, schickte er dem Autor eine Postkarte mit den mahnenden Worten: »Wir haben unser Cannae hinter uns.« *Cum grano salis* wird man in dem Wunsch, Jünger möge am Ende Unrecht behalten, den Vater jenes Gedankens erblicken dürfen, der sich Hans-Dietrich Sander im Laufe seines Lebens immer gebieterischer aufdrängte, und den er in seinem Spätwerk mit großem Pathos zu entfalten wußte: daß allein die Wiederherstellung des Deutschen Reiches Europa noch vor dem Untergang bewahren könne. Die Unerschrockenheit aber, mit der Sander auch nach Hitler noch im Ton eines Fichte zur Nation zu reden wagte, trug ihm den Ruf eines ewig Unverbesserlichen ein. Nur wenigen Getreuen galt dieser Universalgelehrte als ein tatsächlich Besserwissender, denn auch im nationalen Lager fand man seinen deutschen Eigensinn vom Wahnsinn des Eigendünkels gezeichnet.

Sander selbst hingegen sah seinen Denkweg maßgeblich von seinem Lebensweg vorgezeichnet. Am 17. Juni 1928 in Grittel geboren und auf mecklenburgischem Land aufgewachsen, studierte er von 1948 bis 1952 Theologie, Theaterwissenschaften, Philosophie und Germanistik in West-Berlin. Bereits 1950 wurde er von Herbert Ihering beim Berliner Ensemble als Hospitant eingeführt, bevor wiederum Bertolt Brecht, der Sander aufgrund seiner für das *Theater der Zeit* verfaßten Beiträge für den »besten Theaterkritiker der DDR« hielt, ihn dem Bühnenvertrieb des Henschel-Verlages als Dramaturg vermittelte. In der Überzeugung, daß das deutsche Volk eine »bolschewistische Roßkur« nötig habe, siedelte Sander 1952 ganz in die DDR über. Und obschon ihm die Mitgliedschaft in der SED wegen »Individualismus« verweigert wurde, setzte er weiterhin auf Stalin, der in seinen späten Schriften eine Überführung der revolutionären Parteidiktatur in saturierte Staatlichkeit angekündigt hatte. Diese Hoffnung zerschlug sich indessen 1953 mit Stalins Tod sowie dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni, und die Niederschlagung der Budapester und Warschauer Aufstände von 1956 bewog Sander endgültig zur Flucht in den deutschen Westen.

Gleichwohl sollte Sander fortan ebenso hart wie mit der DDR auch mit der BRD ins Gericht gehen, in der er nur eine »modifizierte Wiederauflage des gescheiterten liberalen Experiments in Deutschland« sehen konnte. Eine Neigung zu »nationaler Dissidenz« machte sich bereits bei dem jungen Feuilletonisten bemerkbar, der von 1958 bis 1962 und noch einmal von 1965 bis 1967 unter der Schirmherrschaft Hans Zehrer bei der *Welt* beschäftigt war. Noch ausgeprägter kam sie bei dem gereiften Geisteswissenschaftler zum Vorschein, dessen von Hans-Joachim Schoeps betreute und 1969 fertiggestellte Dissertation über *Marxistische Ideologie und allgemeine Kunsttheorie* sowie seine daran anknüpfende *Geschichte der Schönen Literatur in der DDR* von 1972 ihm in dem »roten Jahrzehnt«

»Man könnte über diesen ›nationalen Dissidenten‹ achselzuckend hinweggehen, wenn nicht ein bestimmter Ton aufmerksam machen würde – ein Ton, der junge Deutsche in der Geschichte immer wieder beeindruckt hat. Konsequenz, hochmütig und rücksichtslos (...) Was verhütet werden muß, ist, daß diese stilisierte Einsamkeit, diese ›Kleistsche Radikalität‹ wieder Anhänger findet. Schon ein paar Tausend wären zu viel für die zivile, parlamentarische Bundesrepublik.«

Peter Glotz: *Die deutsche Rechte*.

»In der DDR prägte mich Bertolt Brecht und in der BRD Carl Schmitt, ohne daß ich als Epigone auf der Strecke blieb. Ich empfinde es nicht als Anmaßung, wenn ich meine, innerhalb meiner natürlichen Grenzen den deutschen Geist verkörpert zu haben, wie Herbert Cysarz ihn charakterisierte: radikal und welt-offen. Ich galt wohl deshalb im Dritten Reich als Edelnazi und in der DDR als Edelkommunist. Nachkriegstypen, die von der westlichen Sozialethik der Anpassung geprägt waren, sich aber Realpolitiker deuchten, verhöhnten mich als Don Quichote oder Michael Kohlhaas.«

Sander: *Im Banne der Reichsrenaissance*.

alle Wege zu einer publizistischen Karriere versperrten. Dabei war Sander in diesen substantiellen Aufarbeitungen der Ideologieggeschichte und Kulturpolitik des real existierenden Sozialismus den Auffassungen von Marx und Engels selbst in kritischer Solidarität verbunden geblieben. Und seinen marxistischen Lehrjahren war es auch geschuldet, daß Sander das ihm von *Criticón* und der *Zeitbühne* gewährte publizistische Asyl zwar nicht ausschlug, aber Caspar von Schrenck-Notzings und Gerd-Klaus Kaltenbrunnern »neuen Konservatismus« im Grunde als »konformistisch« verachtete und die bornierte Lagermentalität der Rechten überhaupt bekämpfte – nicht ohne sogar ihren Hausgöttern seinen Tribut zu verweigern: Armin Mohler etwa zeigte »kein Verständnis dafür, daß Sander seit einiger Zeit an uns teuren Gestalten wie Nietzsche, Gehlen kleinlich herummäkelt, während er den Hl. Karl aus Trier auf seinem Sockel läßt.«

Die frühen Leitbilder Marx und Brecht verblaßten jedoch in dem Maße, wie Carl Schmitt zu Sanders geistigem Mentor wurde, den er immerhin in einen von 1967 bis 1981 sich erstreckenden Briefwechsel verwickelte. So wuchs mit Sander nicht nur dem liberalen Establishment ein Opponent, sondern auch dem rechten Lager ein Konkurrent heran, der in seinem unermüdlchen Kampf gegen die »postfaschistische Resignation« stets einen parteiübergreifend gesamtdeutschen Standpunkt bezog. Ein kraftvolles Fanal gegen jeden »nationalen Defaitismus« setzte Sander mit seiner 1980 erschienenen Kampfschrift *Der nationale Imperativ*, welche »den entschlummerten Furor teutonicus wecken [wollte], um den Deutschen ihren bewährten Kampfgeist und ihren berechtigten Stolz zurückzugeben, die sie beim Bau des Vierten Reiches brauchen«. Ungeduldig drängte Sander die Deutschen »in Richtung auf einen neuen Machtstaat, eine neue Großmacht, die den Nachbarn durchaus zuzumuten wäre, weil durch nichts sonst das schutzbedürftige Europa noch gerettet werden kann«. Auf eine solche »nationale Renaissance« stimmte Sander alsbald auch die *Deutschen Monatshefte* ein, als deren Chefredakteur er von 1983 bis 1986 wirkte. Aber erst der Fall der Berliner Mauer gab Sander den entscheidenden Anstoß, um 1990 *Staatsbriefe* ins Leben zu rufen, welche die »Wende« über sich hinaustreiben und eine Neugründung des Deutschen Reiches herbeischreiben wollten. Schon der Name der neuen Zeitschrift, der sich auf die Erlasse, Sendschreiben und Berichte des Stauferkaisers Friedrich II. bezog, kündigte an, daß Sander seiner »Reichsrenaissance« einen Rückhalt im Staufermythos geben wollte. Das Ausbleiben einer gesamtdeutschen Volkserhebung aber bestärkte Sander nur in seinem Argwohn, die von den Alliierten lizenzierte Wiedervereinigung habe von vornherein »die Endlösung der deutschen Frage« bezweckt. Und so wünschte er dem bestehenden Deutschland ein »schnelles Ende«, denn erst nach einer »restlosen Implosion des status quo« könne eine neue Reichsherrlichkeit anbrechen.

Allerdings stellte die einsame Höhe dieser glühenden Reichsutopie immer auch eine Fallhöhe dar, die unversehens zum Absturz in die Niederungen nationalsozialistischer Reichsapologetik führen konnte. Gewiß vertrat Sander keine »negationistischen« Ansichten, aber manche seiner Glossen mochten durchaus den Eindruck erwecken, er halte die »Holocaust-Industrie« für schlimmer als den Holocaust selbst. Von seinem »caustischen Witz« – er unterzeichnete eine satirische Zerpflückung der Legende, die Nazis hätten aus Juden Seife gemacht, mit »Ole Caust« – zeigte sich der Staatsanwalt jedenfalls nicht amüsiert genug, um ihm eine Geld- und Bewährungsstrafe wegen »Volksverhetzung« zu ersparen. Sander selbst lehnte seine offiziöse Zurechnung zum »intellektuellen Rechtsextremismus« freilich dankend ab, da ihm als ideellem Gesamtdeutschen, der je nach Sachlage auch linke und liberale Positionen verteidigte, jeder politische Extremismus fremd war. Und doch beruhte seine Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten auch in seinen Augen keineswegs auf einer Fehleinschätzung, denn indem Sander die Überlegenheit des »preußischen Verwaltungsstaates« gegenüber dem »westeuropäischen Verfassungsstaat« behauptete, bekannte er sich in einem viel grundsätzlicheren Sinne als dem juristisch erforderlichen der »Verunglimpfung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung« als Verfassungsfeind.

Sanders Apologie des Preußentums, welches er nicht nur als »Quintessenz des Deutschtums«, sondern zugleich als »Polis der Neuzeit« glorifizierte, zielte im Kern auf die Restauration souveräner Staatlichkeit, wie

»Begreifen wir das Panorama des allgemeinen menschlichen Niedergangs, der begonnen hat, endzeitliche Formen anzunehmen, ist das Reich allein in seiner katechontischen Potenz aufs äußerste gefordert. Wir müssen als Deutsche das Reich allerdings erst wieder wollen. Und wenn wir es wieder wollen, müssen wir reichsfähig werden. Die deutsche Frage ist immer eine Reichsfrage gewesen. Sie wird aus der Welt verschwinden, wenn wir die Reichsfrage nicht mehr stellen. Dann werden wir auch als Volk vergehen: in dem globalen Augiasstall, den die US-amerikanische Weltherrschaft einst hinterlassen wird. Reich oder Chaos – tertium non datur.«

Sander: *Das Reich als politische Einheit der Deutschen.*

»Sander war der ewige Hitlerjunge. Er konnte ein furchtbarer Moralisierer sein: am liebsten hätte er uns zu jahrzehntelangem Knäckebrötchen verdonnert. Und er forderte totale Gefolgschaft: ein nur zu 99 Prozent an ihn Glaubender erschien ihm schon als Verräter. Mich hielt er so wieso für einen welschen Bruder, weil ich dem deutschen Volke doch ein wenig fern stehe. Und seinen Staufermythos hielt ich schon immer für eine bildungsbürgerliche Turnübung.«

Günter Maschke: 2017.

sie sich im Zeitalter des Absolutismus aus dem Chaos der Religionskriege erhoben hatte. Die historische Realität entsprach indessen nur unzulänglich der absolutistischen Idee, die partikularen Gewalten in den Dienst des Staates zu stellen und in dessen höherer Einheit aufgehen zu lassen. Für Sander jedenfalls war die neuzeitliche Geschichte weniger von einem siegreichen »Leviathan« als von einer fortschreitenden »Leviathanjagd« durch einen bürgerkriegswilligen »Behemoth« bestimmt: Hatten die liberalistischen Bewegungen des 18. Jahrhunderts den Staat im Namen der Gesellschaft noch lediglich zurückgedrängt, so sollten die totalitären Parteien des 20. Jahrhunderts sich ihn zur Beute machen, um ihn von innen her zu zersetzen.

Anders als Carl Schmitt und auch Reinhard Koselleck, welche die Ursache für den Niedergang des absolutistischen Staates in dessen Einräumung eines privaten Glaubensvorbehaltes sehen wollten, der sich als Einfallstor für allerlei »indirekte Gewalten« erwiesen habe, hielt Sander an diesem liberalen Individualrecht, welches exemplarisch im Potsdamer Toleranzedikt zur Pazifizierung der konfessionellen Parteien beigetragen hatte, unbeirrt fest. Im Rückblick beklagte Sander, Schmitt habe »als Katholik kein produktives Verhältnis zum preußischen Staat gewinnen« und daher nicht erkennen können, »daß die Gedanken- und Glaubensfreiheit des preußischen Staates seine innere Kraft ausmache«. Die zunehmende Hilflosigkeit des neuzeitlichen Staates lag für Sander vielmehr darin beschlossen, daß der Absolutismus nach dem Ableben der monarchistischen Legitimität keine republikanische Ausgestaltung erfahren habe. Und angesichts des lähmenden bundesrepublikanischen Parlamentarismus bewarb er die unverminderte Aktualität einer »absoluten Republik«, die ein Präsident wie ein Monarch mit einem Kabinett aus Fachministern zu regieren hätte. Dabei stellte Sander unmißverständlich klar, daß ein solches kameralistisches Präsidialsystem mit der parlamentarischen Parteienherrschaft auch die liberale Gewaltenteilung abschaffen und das demokratische Wahlrecht auf die kommunale Ebene beschränken würde.

Mit dieser Idee, »die absolute Monarchie preußischen Stils republikanisch zu fassen«, stand Sander unter den Mitarbeitern seiner *Staatsbriefe* »ziemlich solitär« da. Und schon vorher hatte sein einsamer Rettungsversuch souveräner Staatspolitik zur Entfremdung von Schmitt geführt, für den die hohe Zeit des Staates unwiederbringlich vergangen war, und der den Begriff des Politischen daher radikaler zu definieren suchte. »Mit einer allgemeinen *Staatslehre* ist heute nichts mehr zu wollen, denn es gibt keinen Staat mehr«, hatte Schmitt bereits 1927, ein Jahr vor Erscheinen seiner *Verfassungslehre* vermeldet. Nur folgerichtig kehrte der Staatsrechtler nach dem Scheitern seines späteren Versuches, dem nationalsozialistischen »Behemoth« die Staatsverfassung eines »Leviathan« zu geben, über sein »konkretes Ordnungsdenken« zu einem vorstaatlichen »Nomos der Erde« zurück, dem wiederum ein überstaatlicher »Katechon« theologischen Schutz bieten sollte. Und an der feindlichen Front analysierte Schmitt von Clausewitz über Lenin bis Mao die irregulären Partisanenstrategien eines entstaatlichten, total gewordenen Bürgerkrieges.

Demgegenüber griff Sander auf restaurative Denker der Zwischenkriegszeit wie Wilhelm Stapel, Paul Ernst, Edgar Jung und Hans Domizlaff zurück, um seinen allseits für unzeitgemäß befundenen absolutistischen Staatsgedanken in den weiteren Horizont der deutschen Reichsidee zu rücken. Zum Stein des Anstoßes wurde ihm dabei der Mohlersche Topos der »Konservativen Revolution«, welcher »nichts als Verwirrung angerichtet« habe, da deren wichtigste Exponenten in Wahrheit »Reichdenker« gewesen seien. Daß Mohler die Idee des Reiches aufgrund ihrer Diskreditierung durch das Dritte Reich leichthin preisgegeben hatte, erschien Sander umso abwegiger, als die völkisch und rassistisch ideologisierten Nationalsozialisten mit dem von ihnen bloß nominell adoptierten »Reich« in der Sache »nichts anfangen« konnten. Sander seinerseits konnte der germanischen Vorgeschichte der deutschen Reichsgeschichte nur wenig abgewinnen. Gegen alle nationalromantische Idealisierung der Gefolgschaftstreue der Germanen stellte er deren notorische Verratsbereitschaft heraus: kein Hermann ohne Flavus, kein Siegfried ohne Hagen. Aber auch in dem »faustischen Trieb« der alten Germanen sah Sander vorrangig selbstzerstörerische Kräfte am Werk, welche der Bändigung durch das römische Christentum bedurften, um sich für die späteren Deutschen

»Ich bin der rechtswissenschaftliche Erbe des Jus Publicum Europaeum. Das ist doch beinahe schon der Totenschein. Was wollen Sie denn da noch retten.«

Carl Schmitt an Sander, 1975.



H.-D. Sander, Fürstenwalde 2008

segensreich entfalten zu können. Tatsächlich bereitete die »Translatio imperii« den kurzlebigen germanischen Königreichen ein Ende und brachte jenes ein Jahrtausend währende deutsche Kaiserreich auf den Weg, das als »Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation« stets aus einer produktiven Spannung von nationalem und universalem Prinzip lebte.

Stimmte Sander in seiner Zurückweisung des »antirömischen Affekts« der Deutschen vollkommen mit Schmitt überein, so konnte dagegen dessen »politische Theologie«, die den »römischen Katholizismus als politische Form« empfahl, schwerlich seine volle Zustimmung finden, denn nach dem Gang nach Canossa durfte das weltliche »Imperium« nicht noch einmal unter das Joch eines geistlichen »Sacerdotium« gebeugt werden. In der Rückschau auf die legendären Machtkämpfe zwischen Kaiser und Papst, die in der Stauferzeit ihren höchsten Intensitätsgrad erreichten, ergriff Sander eindeutig Partei für die kaisertreuen »Ghibellinen« als den Verfechtern der universalistischen »Reichsherrlichkeit«, wohingegen die papsttreuen »Guelfen« als Vertreter der partikularistischen »Landesherrlichkeit« ihm letztlich Reichsverräter waren. Aber allein Friedrich II., dieser »Stupor mundi«, verkörperte für Sander »den deutschen Reichsgedanken, die ghibellinische Idee, in maximaler Reinheit«, und er schrieb es dem Unglück seines vorzeitigen Todes zu, daß die deutsche Geschichte nach ihm einen guelfischen Irrweg eingeschlagen habe. Wäre es dem Kaisertum nämlich gelungen, das Papsttum nachhaltig zu schwächen, so wären Europa Glaubensspaltung und Religionskriege erspart geblieben, und ein neuzeitlicher Universalstaat hätte frühzeitig geschaffen und auf Dauer erhalten werden können. So aber wirkte sich die massive Schwächung der römischen Reichsgewalt infolge der deutschen Reformation für die Reichsnachfolger verhängnisvoll aus: Die Habsburger würdigten sich zum Instrument der Gegenreformation herab und beschieden sich zunehmend mit Hausmachtspolitik. Aber auch die Hohenzollern, die mit ihrem Wappenspruch »Jedem das Seine!« ebenso tolerant über den Konfessionen standen wie vormals die Staufer über den Religionen, konnten schließlich nur ein kleindeutsches Reich gründen, das sich schon bald in einem »Kulturkampf« mit den großdeutschen Ultramontanen befand.

»Guelfisch durchwachsen, als Nationalstaat begrenzt und ideologisch indoktriniert« erschien Sander nach dem Zweiten aber erst recht

»Der Führer, den Sie für mythisierenswert halten, hätte Sie im Zuge des Röhmputsches erschießen und mich wie Niekisch einsperren lassen. Ihn führte die biologische Fundierung der Politik zu grotesken Fehleinschätzungen, die den Untergang des Dritten Reiches bewirkten: die Engländer als Freunde und die Russen als Untermenschen.«

Sander an Michael Kühnen, 1990.

»Mit Hitler hat sich ein Abgrund geöffnet und ein Tier ist aus diesem Abgrund gekrochen, das die Apokalypse Johannes zur realistischen Prosa macht. Es steht schlecht den Siegern an, über die Deutschen zu Gericht zu sitzen. [...] Ich lasse mich aber auch von Ihnen nicht als Radauhistoriographen abkanzeln, wenn ich bei Hitler vom »Griff nach der Heilsmacht« spreche. Ein Volk sagt nicht ohne Schaden jahrelang »Heil Hitler«. Damit war die Heilsgeschichte angerührt, damit war die Kollision mit dem erwählten Heilsvolk der Juden »programmiert«. [...] »Griff nach der Weltmacht« – was gehen mich die Händel der Völker an? Warum sollen die Germanen in Europa nicht regieren [...]. Aber mit Hitler ist die immanente Grenzlinie der Völkerhändler überschritten, bis zu einer »Heilsgeschichte«, die ich biblisch als »Amalek« bezeichnen muß. [...] Wir rühren hier an ein Mysterium, das ich nicht ohne Aug in Aug mit Ihnen zu stehen, zerreden will.«

Jacob Taubes an Sander, 1980.

»Der »islamistische Terror« ist ohne das gewaltsame Eindringen der USA in den Orient nicht vorstellbar [...] Die Finsternis breitet sich seit dem ausgerufenen Kreuzzug gegen den Islam allein von den USA über den ganzen Erdball aus. Der Konflikt mit dem Orient, an dessen Folgen wir Europäer gemeinsam mit den Russen leiden, ist allein dem Globalismus entsprungen.«

Sander: *Ex oriente tenebrae?*

das Dritte Reich. Der »Aufbruch« im Volk war noch »ghibellinisch getragen«, doch die »guelfisch gesonnene« Reichsführung zog unbelehrbar gerade die fatalsten Konsequenzen aus einer guelfischen Daseinsverfehlung, in deren historischem Verlauf sich der neuzeitliche Territorialstaat in einen modernen Nationalstaat transformiert und der Gehorsam gegenüber den Päpsten zur Hörigkeit gegenüber Ideologen säkularisiert hatte. Vor diesem Hintergrund wollte der Reichskanzler Hitler eben »nicht das Reich, sondern Großdeutschland als ein nationaler Territorialstaat, dessen Gebietseroberungen mittels Umsiedlungspolitik gnadenlos germanisiert werden sollten«. Und wie Hitlers antislawische Affekte das Deutsche Reich um seinen Kredit als Ordnungsmacht in Osteuropa brachten, so schloß seine rassistische Ideologie zu viele Gruppen aus der Volksgemeinschaft aus: »Allein die Diskriminierung der deutschnationalen Juden, unter denen sich viele dekorierte Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs befanden, war eine politische Todsünde«, und zumal die »Endlösung der Judenfrage« war »mit deutschem Rechtsempfinden und germanischem Gastrecht absolut unvereinbar«.

Hiermit durchaus vereinbar war allerdings eine politisch-theologische Feindschaft, wie sie Sander bei aller persönlichen Wertschätzung mit Jacob Taubes verband, der ihn 1978/79 zu einem offenerzigen deutsch-jüdischen Dialog über den Gegensatz von »georteter« und »entorteter« Existenz als Gastdozent an die FU Berlin lud. Immerhin sollte aus Sanders mit deutscher Gründlichkeit ausgearbeiteten Antwort auf einen herausfordernden Brief des jüdischen Religionsphilosophen sein 1988 erschienenes Hauptwerk *Die Auflösung aller Dinge* hervorgehen, in welchem er seinem Antijudaismus mit heiligem Ernst und stupendem Wissen eine tragische Größe verlieh. Schon von seinem Doktorvater Schoeps darüber belehrt, daß »das Gegenstück der Erwählung die Verwerfung ist und der abgefallene Jude nicht bloß ins Heidnische zurücksinkt [...], sondern Gottes Widersacher wird«, konnte auch Sander in den »geschichtlichen Metamorphosen des Judentums in der Moderne« nur »Abfall, Dämonie, Auflösung« erkennen. Vollends der erklärte »Erzjude« Taubes lieferte mit seinem freimütigen Bekenntnis zu jenem »dämonisch zerstörenden Element«, welches in dem »säkularisierten messianischen Pfeil des Marxismus lauerte«, Sander die Stichworte, um alle maßgeblichen jüdischen Denker von Spinoza über Marx bis Adorno als »Beschleuniger der Apokalypse« zu attackieren. Besonderes Augenmerk schenkte er dabei Walter Benjamin, dessen auf der Flucht vor den Nationalsozialisten verübtem Selbstmord er mit einem Zitat dieses »weltpolitischen Nihilisten« eine paradigmatische Bedeutung verlieh: »So erscheint der Selbstmord als die Quintessenz der Moderne«.

Der verschärfte Schmittianismus aber, mit dem Sander gegen die selbstzerstörerischen Tendenzen einer »ahasverisch« rastlosen Moderne eiferte, machte ihn taub für Taubes Einspruch, daß zum »Mysterium Judaicum« auch die »katechontische Form« des rabbinischen Talmudismus gehöre, welcher ganz wie der römische Katholizismus vom »Aufschub« der apokalyptischen Endzeit lebe. Sander war wie gebannt von jener »Imitatio Ahasveri«, in der die Deutschen »in wenigen Jahrzehnten die Züge der entorteten jüdischen Existenz von Jahrtausenden« wiederholten. Und darum konnte für ihn die Überwindung der nomadischen Unbehaustheit, die einstweilen zum Schicksalsgesetz der gesamten westlichen Welt geworden war, nur im Zuge einer Neuverortung Deutschlands als europäischem »Bollwerk zwischen Ost und West« geleistet werden. Indessen verbarg gerade der mittelalterliche Staufermythos, den Sander dem modernen Beschleunigungsstrudel entgegenstimmte, eine noch tiefere Wahlverwandschaft: Symbolträchtig genug hatte sich Friedrich II. nach der islamischen Schenkung Jerusalems die Krone des Königreiches aufgesetzt und damit als messianischer Thronfolger König Davids empfohlen. Und so wirkte derselbe konservativ-revolutionäre Messianismus, in dem die alte jüdische Sehnsucht nach einer Wiederherstellung des Davidischen Reiches ihren Ausdruck gefunden hatte, unterschwellig noch in Sanders deutscher Beschwörung des Stauferreiches fort, welches ebenfalls von *dieser* Welt war.

Nicht von ungefähr war Sanders Berufung auf den ghibellinischen Reichsmythos auch in realpolitischer Hinsicht eine »imperiale, hegemoniale Geste«, die weniger auf das »Selbstbestimmungsrecht der Völker«

als auf die »Bestimmung der Völker« abzielte. Denn alles »Recht« auf Selbstbestimmung setze die »Fähigkeit« zu ihr voraus, und darum sei Völkern, die darin versagten, die Oberhoheit fähigerer Völker durchaus zuträglich. Und im Unterschied zu den klassischen Imperialmächten, die den unterworfenen Völkern etwas ihnen Fremdes auferlegten, würde eine deutsche Hegemonialmacht den ihr unterstellten Völkern nur das ihnen Eigene zukommen lassen. Nicht als imperialistische Zwangs-, sondern als kulturelle Schirmherrschaft müsse sich Deutschland in Erinnerung bringen und auch eine künftige Rekolonisierung des deutschen Ostens friedlich in Angriff nehmen. Gleichzeitig warnte Sander eindringlich vor einer »antikapitalistischen Sehnsucht« nationalbolschewistischer Provenienz, da jede »russophile« Ostorientierung unvermeidlich in die »deutsche Sackgasse« hineinführe, »sich einer russisch-asiatischen Hegemonialmacht unterzuordnen, die sich selbst als Erbe Dschingis Khans versteht«. Immer wieder wies Sander die »deutschen Rechten« zurecht, sie dürften sich »erst dann mit Recht deutsch nennen, wenn in ihren Gehirnen die letzte Faser des nationalbolschewistischen Zunders verschwefelt ist«.

Geopolitisch stand Sander bereits zu Zeiten der russisch-amerikanischen Doppelhegemonie über Europa eine »multipolare Weltordnung« vor Augen. Doch nach dem Untergang des kommunistischen Weltsystems trat eine globalkapitalistische Weltmacht ihren Siegeszug an, welcher von dem Aufstieg eines nicht minder globalistischen Islamismus begleitet wurde. In dieser neuen Unübersichtlichkeit zögerte Sander nicht, mit einem plakativen Antiamerikanismus samt obligatem Antizionismus für eine klare Feindbestimmung zu sorgen, den islamischen Terrorismus hingegen unter freundlicher Ausblendung seiner religiös verwurzelten, allseitigen Feindseligkeit auf ein bloßes Produkt jenes Imperialismus zu reduzieren. Über solcher Bagatellisierung des politisch virulenten »Kampfes der Kulturen« konnte freilich eine alte metaphysische Feindschaft wieder zu unheimlicher Gespensterlebendigkeit erwachen. Schon in seinen älteren »Thesen zum Antisemitismus« hatte Sander ein prähistorisches jüdisches »Erzgreuel« herbeispekuliert, um dem eingekreisten Judenstaat das ihm zugemessene Schicksal zu prophezeien: »Wenn Israel fällt, schließt sich ein weltgeschichtlicher Kreis.«

Die »deutsche Frage« jedoch bliebe weiterhin offen, denn »nach dem Ende der drei Reiche sind die Deutschen in die Zeiten Hermanns des Cheruskers zurückgefallen, ohne daß eine imperiale Figur sichtbar wäre. Der zersplitterte Rest des nationalen Lagers spielt die Wiederkehr des Gleichen in Form einer Posse«. Damit erteilte Sander aller sektiererischen Naherwartung eines Vierten Reiches eine ebenso klare Absage, wie einstmal Paulus die urchristliche Naherwartung des messianischen Zeitalters als Irrlehre zurückgewiesen hatte. Und wie dem Apostel zufolge der Antichrist seine Verführungskraft daraus bezieht, daß er sich trügerisch als wiederkehrender Christus ausgibt, so schien Sander ein volksverführerischer Guelfe den Ghibellinenthron bloß usurpiert zu haben. In seinem Geisterdialog »Hitler im Castell Fiorentino« mußte sich der »Führer« denn auch von Friedrich II. als »guelfischer Tropf« beschimpfen lassen, nicht ohne gleichwohl auf Erlösung hoffen zu dürfen. Am Ende nämlich ließ sich für Sander der »8. Mai 1945« allein noch als gottgesandte Prüfung begreifen: »Gott hat Hitler geschlagen, weil er die Deutschen für verbesserungsfähig und -würdig hielt.« – Nicht weniger als eine Theodizee lag in diesen Worten, mit denen Sander den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg »Impulse zum Überleben« geben wollte, ganz wie es Leibniz nach dem Dreißigjährigen Krieg getan hatte. Wenn das Ghibellinische und das Guelfische die »zwei Seelen in der deutschen Brust« waren, dann mußte es doch möglich sein, die schlechtere endlich niederzuringen und »die ghibellinische wieder zu erwecken«, um die Deutschen ein letztes Mal »reichsfähig« zu machen.

Sie mochten ihr Cannae hinter sich haben, aber Jünger hatte nicht bedacht, daß die Deutschen keine Römer waren, sondern daß bei ihnen, wie bei den Juden, gerade in ihrer tiefsten Erniedrigung der Stern ihrer göttlichen Erwählung aufleuchtet. Mit diesem Glauben bewahrte sich Hans-Dietrich Sander seine Lebenszuversicht und Weltfrömmigkeit: In seinen letzten Jahren machte er ein verwildertes Grundstück in einem Neubaugebiet in Fürstenwalde urbar, bevor er dort am 23. Januar 2017 nahezu unbemerkt verstarb. ■

Literaturhinweise:

Einzelwerke von
H.-D. Sander:

Marxistische Ideologie und allgemeine Kunsttheorie,
Basel 1970;

*Geschichte der schönen
Literatur in der DDR*,
Freiburg 1972;

Der nationale Imperativ. Ideengänge und Werkstücke zur Wiederherstellung Deutschlands,
Krefeld 1980;

*Preußen – Die Polis der
Neuzeit. Eine staatsphilosophische These*,
Göttingen 1986;

Die Auflösung aller Dinge. Zur geschichtlichen Lage des Judentums in den Metamorphosen der Moderne,
München 1988.

Gesammelte Schriften von
H.-D. Sander (geplant:
10 Bde.), hrsg. v. Heiko
Luge, Neustadt a. d. Orla:

Bd. 1: *Der Ghibellinische
Kuß*, 2015;

Bd. 2: *Politik und Polis*,
2016;

Bd. 3: *Das tragische
Interludium*, 2017.

Weitere Schriften:

Heiko Luge (Hrsg.): *Grenzgänge. Liber amicorum für den nationalen Dissidenten Hans-Dietrich Sander*,
Graz 2008;

Sebastian Maaß/Hans-Dietrich Sander: »*Im Banne der Reichsrenaissance*«, Kiel 2011;

Carl Schmitt/Hans-Dietrich Sander: *Werkstatt-Discorsi. Briefwechsel 1967–1981*, hrsg. v. Erik Lehnert und Günter Maschke, Schnellroda 2008.

Revolutionäre Realpolitik von rechts?

von Benedikt Kaiser

Alle politischen Bewegungen, die auf wirkliche und nachhaltige Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse abzielen, sehen sich mit dem Spannungsverhältnis von Nah- und Fernziel konfrontiert. Die radikale Linke arbeitet sich an dieser Dialektik spätestens seit Rosa Luxemburgs viel-diskutiertem Grundlagenartikel über Karl Marx (erschieden im März 1903) ab und zwar traditionell so, daß es zu Friktionen und Abspaltungen kommt. Dennoch hat sie einerseits einen Wissensvorsprung, insofern sie auf einen Fundus entsprechender Reflexionen bauen kann. Andererseits hat ihr weltanschaulicher Antipode, die politische Rechte, wie so oft in diesen Tagen, einen nicht zu unterschätzenden Vorteil: Sie kann auch in diesem so elementaren Kontext von vorn beginnen, ohne über Jahrzehnte verhärtete Frontlinien, doktrinäre »Wahrheiten« und ideologische Reibereien mit sich tragen zu müssen, die auf der Linken Legion sind und das Beschreiten oder auch nur bloße Erwägen neuer Wege naturgemäß erschweren.

Bei den Rechten, im Bereich des konservativen Lagers im speziellen, dominierte lange ein traditioneller Standpunkt, der, *grosso modo* und in verschiedenen Abstufungen auftretend, von reaktiven Zügen gekennzeichnet war und im großen und ganzen vorsah, daß man existierende Dinge bewahren müsse, Entwicklungen, die man nicht stoppen könne, zumindest verzögern sollte, daß man ferner danach strebte, grundsätzliche gesellschaftliche Prozesse zu verlangsamen oder zu korrigieren, aber sie nicht fundamental in Frage zu stellen, weil man sich sonst – je nach Intensität der allfälligen Kritik – dem Verdacht des utopischen Denkens, des Radikalismus, der scharfen »Links«- oder aber »Rechtsabweichung« ausgesetzt hätte.

Dieser reaktiv-konservative Grundimpuls ist statthaft und nachvollziehbar in »normalen« Zeiten. Indes, in solchen leben wir nicht. Mit Verlangsamung und Behutsamkeit, Sachlichkeit und nüchterner Beobachtung bei moderaten Korrekturvorschlägen wurde noch keine einschneidende und multiple Krisensituation (und in einer solchen leben wir, allen Beschwichtigungen der politischen Klasse zum Trotz, seit Jahren) analysiert, geschweige denn ansatzweise gelöst.

Nötig ist nun, so die These, die »Dialektik von Nah- und Fernziel« (Frigga Haug) von rechts ins Visier zu nehmen, um schrittweise das Grundgerüst einer weltanschaulichen Positionierung zu erarbeiten, das die vermeintlich und tatsächlich widerstreitenden Elemente aus Meta- und Realpolitik, Revolution und Reform, Fundamentalopposition und Regierungsalternative (etc. pp.) nicht einem Entweder-Oder aussetzt, sondern in einen größeren Zusammenhang stellt, der dann als Ausgangsbasis für anzustrebende wirkmächtige Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik dienen kann. Dabei bietet es sich an, zunächst zu den Ursprüngen der Diskussion zu blicken. Rosa Luxemburg griff An-

»Der Gedankengang, der nötig ist, um revolutionäre Realpolitik zu denken, ist zugleich ein methodischer Vorschlag ans Denken überhaupt und unerhört aktuell. Es geht darum, die vorhandenen Gegensätze nicht stehen zu lassen oder einfach sich auf eine Seite zu schlagen, in Gut und Böse zu denken, sondern sie übersetzend zusammenfügen, das eine im anderen voranschubend, um einen aufhebenden neuen Weg zu finden.«

Frigga Haug: *Revolutionäre Realpolitik*, S. 16.

fang des 20. Jahrhunderts die Formel der »Revolutionären Realpolitik« auf. Die damals bereits vollzogene Spaltung der Arbeiterbewegung in ein reformistisch-parlamentarisches Lager auf der einen und in ein revolutionäres Spektrum auf der anderen Seite wollte sie mit dem nur scheinbaren Paradoxon der revolutionär-realpolitischen Synthese aufheben. Realpolitik bei Luxemburg meint »bürgerliche« Politik, die das Machbare in den Fokus stellt, also sich in der Wahl der Mittel und der Ziele für defensive und »realistische« Ansätze entscheidet. Demgegenüber plazierte sie revolutionäre Politik im Sinne Marxens als »sozialistische Politik«, die einschneidende Veränderungen herbeiführen will, um am Ende der Bemühungen die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend neu zu gestalten.

Luxemburg stellt sich gegen Auffassungen der reformistischen Sozialdemokratie (um Kautsky, Bernstein etc.), qua Wahlen die gerechte Gesellschaft jenseits des Kapitalismus zu erreichen, positioniert sich aber zugleich gegen reine, gewissermaßen machiavellistische Revolutionsapostel. (Es ist dies, nebenbei, Ansatz für eine Konfliktlinie, die Luxemburg einige Jahre später in Widerspruch zu Lenins Bolschewiki bringen wird.)

Mit entscheidend für Luxemburgs wesentliches Verständnis notwendiger revolutionärer Realpolitik ist ihre von Marx übernommene Auffassung, daß das Neue im Alten entstünde, daß also die anzustrebende sozialistische Perspektive *in nuce* bereits im Kapitalismus angelegt sei. Die einzelnen Schritte (realpolitischer Natur) sind auf der Ebene der bestehenden Verhältnisse möglich, doch die Perspektive, das Fernziel also, gilt einem neuen, einem revolutionären Zustand, der dann die bisherigen Verhältnisse überwunden haben wird. Die revolutionäre Realpolitik à la Luxemburg will also zunächst zeigen, daß die Zustände veränderbar sind. Danach kann diese Widerlegung der Alternativlosigkeit im Kleinen auf das Große (das Fernziel) übertragen werden.

Luxemburg wandte sich an ihr Lager, wollte aber Veränderungen für das gesamte Volk. Zwei Aufgaben wies sie dabei den Volksvertretern in Form sozialdemokratischer Parlamentarier zu: Erstens sollten die Mandatsträger die bürgerliche Verfassung als Errungenschaft vor deren Gegnern schützen, etwa im Bereich von Freiheiten und Garantien für den Einzelnen. Zweitens sollten die Abgeordneten parlamentarische Arbeit leisten und für spürbare Verbesserungen im Alltag der Menschen streiten, ohne dabei aber zu vergessen, daß die letztlich ausschlaggebenden und richtungsweisenden Perspektiven woanders durchgesetzt werden. Luxemburg sieht das Parlament eher als Werbepattform für eigene Ideen und Entwürfe: Man hat ein Podium, um dem Volk zu zeigen, welche alternativen Vorstellungen man formuliert. Hier sei es erforderlich, von allzu großen Versprechungen ans Wahlvolk Abstand zu nehmen; die offenkundige Nichterreichbarkeit eventueller Versprechungen würde die Menschen resignieren lassen, was einer Abwendung von Politik gleichkäme. Das Spannungsverhältnis besteht hierbei gerade darin, daß man gleichzeitig sehr wohl dem Volk veranschaulichen und belegen muß, daß seine Probleme und Erwartungen bei einem selbst richtig aufgehoben sind.

Rosa Luxemburg skizziert zudem nichts anderes als die erste Vorstufe der späteren Vorstellung einer vielfältigen »Mosaik«-Linken (oder -Rechten, vgl. *Sezession* 77). Denn ihr Verweis auf die Mannigfaltigkeit gesellschaftlicher Kämpfe ist die Betonung dessen, daß das Parlamentarische für eine auf Veränderung drängende Bewegung nur *ein* Bestandteil der politischen Arbeit sein kann. Ein weiterer ist das mediale Ringen, wiederum ein anderer das immense außerparlamentarische Feld – insbesondere auf der Straße. So spezifisch Luxemburg argumentierte, und so sehr sie auch das Sozialistische ihrer Zeit im Blick hatte, ist – nicht zuletzt im Hinblick auf die Notwendigkeit pluraler Kämpfe – zu konstatieren, daß relevante Aspekte ihrer revolutionär-realpolitischen Überlegungen für die politische Rechte der Gegenwart höchst bedeutsam sind. Erst recht, seitdem mit der AfD eine Partei in den Bundestag einzog, die mehr als nur das Potential dazu hat, die zentrale Wahlformation der Mosaik-Rechten in Deutschland abzugeben.

In bezug auf Luxemburgs Skizze »Revolutionärer Realpolitik« und der Nutzbarmachung ebenjener Konzeption durch die politische Rechte gilt es nun, mehrere unterschiedliche Aspekte zu betrachten, in einen Zusammenhang zu stellen und mögliche naheliegende Schlußfolgerungen zu ziehen.

»Revolutionäre Realpolitik« im Sinne Luxemburgs hebt den falschen Gegensatz zwischen Reform und Revolution auf. Revolutionär bezieht sich auf den umwälzenden, transformatorischen und an die Wurzel gehenden Charakter einer Politik, weniger auf den gewaltsamen Umschlagspunkt revolutionärer Machtergreifung. Einen solchen herbei zu wünschen oder herbeizureden ist unmöglich. Sich auf den Bruch zu konzentrieren hieße, sich politisch handlungsunfähig zu machen und zum »revolutionären Warten« zu verdammen. Was radikal wirkt, taugt dann nicht mehr zur Intervention.«

Mario Candeias: »Mal was theoretisches [sic!]: Revolutionäre Realpolitik«, in: *der Freitag* online vom 4. April 2012.

»Gefährlich an der AfD ist daher vor allem ihre Funktion als »verbindende Partei«: Ihr könnte es gelingen, das rechte Lager in Deutschland langfristig zu vereinen.«

Sebastian Friedrich: »Die Risse vertiefen«, in: *analyse & kritik* vom 17. Oktober 2017.

1. Die Luxemburgsche Dialektik aus Nah- und Fernziel besteht auch für die heterogene Rechte unserer Tage.

Das Nahziel ist strömungsübergreifend: das Ende der Merkel-Politik, die belanglos anders wäre, wäre es eine Schäuble-, Schulz- oder gar Lindner-Politik; das Ende des führenden linksliberalen Blocks in Medien und Gesellschaft und das Rückführen dieser – gemessen am Gesamtvolk – ideologischen Splittergruppe auf ein gesundes Maß; das Ende einer Politik, die weder sozial noch gerecht, weder freiheitlich noch nachhaltig, weder gut für Deutschland noch für Europa ist.

Das Fernziel, und darüber ließe sich (in Zukunft) freilich noch trefflich streiten, ist, im besten Falle strömungsübergreifend, eine Gesellschaftsordnung, in der soziale Gerechtigkeit und Staatsbewußtsein, Recht und Gesetz, Verantwortlichkeit und Solidarität (wieder) hergestellt sind und die politische Kaste, die seit Jahrzehnten miserable Ergebnisse produziert, aus ihrer Pflicht gegenüber Staat und Nation, der sie von links bis bürgerlich rechts nicht gerecht werden kann, entlassen wird.

2. Die Luxemburgsche Aufgabendopplung für Mandatsträger – Schutz der verfassungsgemäßen Rechte für das Volk einerseits, realistische Analyse der Lageverhältnisse im Parlament bezüglich dessen Grenzen und Möglichkeiten andererseits – ist nach wie vor gültig.

Der Aspekt der Verfassung ist (fast) selbsterklärend. Ausgerechnet AfD und metapolitische Rechte, denen beständig und meist ohne tiefschürfende Argumentation vorgeworfen wird, »verfassungsfeindlich« zu agieren, sind, weltanschaulich betrachtet und konkret in bezug auf die bundesdeutsche Lage gedacht, die potentiell besten Verfassungsschützer. Es ist eine mühsame und bisweilen ärgerliche, doch zwingend notwendige Sisyphusarbeit, mit Fakten zu untermauern, daß Recht und Gesetz, zumal Grundgesetz, nicht durch die politische Rechte, sondern durch ihre Gegenspieler in Regierung, Medien und »Zivilgesellschaft« mißachtet werden. Diese Arbeit gilt es weiter zu führen.

Heikler ist der zweite Aspekt der Luxemburgschen Aufgabenskizze, der sich zudem weiter ausdifferenzieren läßt. Zunächst ist es, und das sagt sich leichter als getan, eminent wichtig, daß die gewählten und mithin euphorischen Mandatsträger der AfD in bezug auf die Wirkmacht des Parlaments realistisch bleiben. Souverän im Zeitalter des Neoliberalismus ist, wer über Geld und Netzwerke verfügt. Das Parlament ist durch ökonomische Verhältnisse und die Omnipotenz des finanzialisierten Kapitalismus der Gegenwart in seiner Wirkmächtigkeit eingeschränkt. Das gilt es zu analysieren und, mehr noch, als Grundregel zu verinnerlichen.

3. Die Mannigfaltigkeit gesellschaftlicher Kämpfe, die von Luxemburg (und später insbesondere von Gramsci) angeschnitten wurde, betrifft die Rechte, insofern sie gesellschaftlich (noch) marginalisiert ist, heute mehr als andere politische Lager.

Bedeutsam für die AfD-Parlamentarier ist, sich dessen bewußt zu werden (oder zu bleiben), daß eine Bundestagsfraktion und, früher oder später, 16 Landtagsfraktionen alleine kein Land erneuern können. Dieser Gestaltungsanspruch kann nur formuliert und beherzigt werden, wenn die Mosaik-Struktur des kämpferisch-konservativen Lagers gewahrt und weiterentwickelt wird, wenn man an verschiedenen Stellen für grundlegende Veränderungen streitet. Meta- und Parteipolitik, Publizistik und Parlamentarismus, Demonstrationen und Parteiversammlungen sind keine dichotomischen Gegensätze, sondern unterschiedliche Gestaltungsräume oppositioneller Kärnerarbeit mit dafür unterschiedlich notwendigen Charaktereigenschaften, Stärken, Leidenschaften, Interessen etc. Notwendig ist in jedem Falle überwiegende inhaltliche Kongruenz bei Nah- und Fernzielen.

4. Rosa Luxemburg war bei allem Reflexionsvermögen und intellektueller Neugierde stets unversöhnlich mit den herrschenden Verhältnissen, die sie dazu brachten, ihr Leben in den Dienst einer ihnen entgegengesetzten Sache zu stellen.

Auch für die AfD und ihr Umfeld ist das Prinzip der Unversöhnlichkeit mit jenen Akteuren, die für den Ist-Zustand Deutschlands – ökonomisch, politisch, geistig – wesentlich Verantwortung tragen, von anspornender

»Luxemburgs empfohlene Haltung ist die des Hantierens mit Widersprüchen: Die Parlamentarier müssen für Verbesserungen im System streiten und für Systemveränderung kämpfen. Dafür bedarf es eines Standpunktes, der weiß, dass die Geschicke anderswo regiert werden, der nicht dem Irrtum aufsitzt, das Parlament für politisch allein entscheidend zu halten und die Parlamentarier für die wichtigsten Akteure.«

Frigga Haug: *Revolutionäre Realpolitik*, S. 18.

Bedeutung. *Sie* müssen sich ändern und ihren Kurs vollständig neu ausrichten – nicht die politischen Herausforderer von rechts. Angesichts der existentiellen Krise, in der sich Deutschland und Europa aufgrund der Mißwirtschaft des politischen, gesellschaftlichen und medialen Establishments befindet, muß sich hierbei bei ebendiesem für nichts entschuldigt werden. Wenn eine Kraft der Opposition sich anschmiegt und ihre Forderungen abschwächt, erntet sie keinen Dank des Parteienkartells. Stets droht eine fortwährende und sich selbst austarierende »Hegemonie durch Neutralisierung«. Antonio Gramsci beschrieb mit ihr eine Situation, in der sich der Mainstream oppositionelle Forderungen einverleibt, um subversives Potential zu neutralisieren. Genau das droht, wenn die CSU ankündigt, die rechte Flanke zu schließen und erste AfD-Abgeordnete voreilig von Wunschkoalitionen mit einer Union-minus-Merkel träumen. Hier ist weltanschauliche Wachsamkeit gefragt.



Giacomo Patri, ohne Titel, Holzschnitt.

5. Luxemburg hat, wie jeder Kopf der (radikalen) Linken, die eigene Weltanschauung insbesondere publizistisch in der Auseinandersetzung mit ideologischen Konkurrenten des eigenen Lagers ausgearbeitet. Das läßt sich auch rechts nicht vermeiden.

Wichtig ist in diesem Kontext: Eine Absage an journalistische Souffleure, die immer wieder an ihrem – lediglich bürgerlich-»realpolitisch« ummantelten – Versuch scheitern, aus der AfD eine CDU/CSU der 1980er Jahre zu machen, und doch belehrungsresistent immer wieder aufs Neue beginnen, ihre Spielchen zu spielen, die die Existenz der AfD sowie, aufgrund deren quantitativ wie qualitativ steigender Optionen auch jenseits der Parlamente, des gesamten wahrhaft oppositionellen Lagers gefährden.

Wichtig ist weiterhin, den Angriff auf Charaktere wie Petry und Pretzell samt (nun von ihnen abgewendeten oder noch opportunistisch wartenden) Einflüsterern nicht mit einem Angriff auf den »gemäßigten« Flügel mißzuverstehen. Die AfD muß verschiedene Lager vereinen, deren weltanschauliche Positionierungen mitunter stark voneinander abweichen können. Haltung und Anstand gegenüber der eigenen Partei und den eigenen Sympathisanten und Wählern sind – mehr noch als weltanschauliche Differenzen – zunächst das Entscheidende, nicht die mitunter von außen geschürte oder in ihrer Bedeutung überzeichnete Trennung in Realpolitiker versus Fundamentaloppositionelle. Eine Trennung, die im Kontext der zu erarbeitenden »Revolutionären Realpolitik« ohnehin – im Sinne der sukzessiven, realistischen Veränderung der Verhältnisse mit Blick auf die langfristige große Veränderung des Bestehenden – aufgehoben werden soll.

6. Den Anspruch, als Fernziel ein »anderes Deutschland« zu bauen, sollte man nicht aufgrund von Rücksicht aufs großbürgerliche Zentrum preisgeben, das nicht selten eine »extreme Mitte« des Neoliberalismus

»Damit ist die AfD bei der Bundestagswahl 2017 von unten in die Mitte eingedrungen, und hat sich dort als rechtspopulistische Protestpartei der sozial-kulturell Abgehängten und der sich sozial-kulturell bedrängt fühlenden Mitte etabliert. [...] Je mehr Haushalte aus der Unter- und Mittelschicht in einem Stimmbezirk wohnen, umso besser schneidet die AfD ab.«

Robert Vehrkamp/Klaudia Wegschaidt: *Populäre Wahlen*, S. 60.

abbildet und ohnehin seit Dezennien völlig faktenresistent Sozial- und Christdemokraten ihr Treiben ermöglicht.

Das Streben nach einem anderen Deutschland trifft den Nerv all der Unzufriedenen und »Prekären«, die das Rückgrat des AfD-Erfolgs stellen. Denn die AfD ist eine Partei, die neben den bereits Überzeugten Millionen Nichtwähler und enttäuschte Anhänger anderer Parteien für sich mobilisieren kann. Nach Daten von Infratest Dimap und der Forschungsgruppe Wahlen im Nachgang zur Bundestagswahl 2017 sind 80 Prozent der AfD-Wähler mit der Funktionsweise der Demokratie in unseren Tagen unzufrieden, 68 Prozent empfinden die herrschenden Verhältnisse als ungerecht (Wähler anderer Parteien: 39), und 39 Prozent empfinden Nachteile durch Flüchtlinge. Das zeigt unter anderem: Die Krise, wie sie durch AfD-Sympathisanten interpretiert wird, ist keine ausschließliche Zuwanderungskrise, sondern eine grundsätzliche Krise des Mainstreams und der von ihm nur unzureichend verwalteten Zustände. Besonders von diesen betroffen sind die »populären Klassen«. Genau dies waren nun die stärksten Milieus für die AfD. Jeweils 21 Prozent der Arbeiter und Arbeitssuchenden stimmten für die Alternative, was zwei Bertelsmann-Autoren feststellen ließ, daß die Linkspartei »den Kampf um ihr früheres Kernmilieu der Prekären bereits weitgehend verloren hat« – ein Milieu, das größer ist als nur Arbeiter/Arbeitslose und auch die abstiegsbedrohte Mittelschicht umfaßt. In diesem Gesamtlager erzielte die AfD 28 Prozent. Die sogenannte Bürgerliche Mitte (nicht: Oberschicht), ein weiteres Milieu nach der Sinus-Einstufung, die Bertelsmann-Autoren verwenden, wählte zu 20 Prozent AfD. Daraus folgt: Prekäre und Bürger der (unteren) Mittelschichten sind das doppelte Standbein der AfD. Das bedeutet auch: Die Sehnsucht einiger weniger AfD-Neoliberaler, die nur Einzelaspekte verändern wollen, ohne eine langfristig »revolutionäre«, d.h. wahrhaft umgestaltende Konzeption zu verfolgen, nach der Akzeptanz und Zuneigung durch die materielle Oberschicht ist als Traumgebilde von der Wirklichkeit negiert worden.

Literaturhinweise:

Mario Candeias: »Mal was theoretisches: Revolutionäre Realpolitik«, in: *der Freitag* online vom 4. April 2012;

Sebastian Friedrich: »Die Risse vertiefen«, in: *analyse & kritik* vom 17. Oktober 2017;

Frigga Haug: »Revolutionäre Realpolitik – die Vier-in-einem-Perspektive«, in: Michael Brie (Hrsg.): *Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik*, Berlin 2009, S. 11–25;

Frigga Haug: *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik*, Berlin/Hamburg 2007;

Rosa Luxemburg: *Sozialreform oder Revolution?* (1899), in: dies.: *Gesammelte Werke*, Bd. 1.1, Berlin (Ost) 1982, S. 369–445;

Rosa Luxemburg: »Karl Marx« (1903), in: dies.: *Gesammelte Werke*, Bd. 1.2, Berlin (Ost) 1982, S. 369–377;

Robert Vehrkamp/Klaudia Wegschaidler: *Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*, Gütersloh 2017;

Erik Olin Wright: *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*, Berlin 2017.

7. Angesichts dieser Relationen wird deutlich, daß die AfD zunächst eine Partei des Protests ist, die Unzufriedene und von den Verhältnissen nachhaltig Irritierte bis Abgestoßene anzusprechen vermag.

Diese Gruppen bestehen insbesondere aus Arbeitern, Angestellten und Kleinunternehmern sowie Selbständigen unterschiedlichster Richtung, die nicht zuletzt aufgrund falscher Umverteilungsansätze und fehlender Steuergerechtigkeit regelrecht ausgepreßt werden. Daß das nicht gutgehen kann, liegt auch daran, daß diese Gruppen das tragende Gerüst Deutschlands bedeuten. Es ist jene Bevölkerungszusammenstellung, die am meisten unter den Krisen der Wirtschaft, des Staates, der Überfremdung und des Sozialen leiden muß und zugleich die besten AfD-Werte produziert. Für sie gilt es vor allem, realpolitisch tätig zu sein, um mittel- und langfristig revolutionäre Ergebnisse erzielen zu können. Die AfD als Demokratie-motor kann dann unter Umständen noch mehr Nichtwähler, die, wie Studien zeigen, im Regelfall eben den populären Klassen und nicht den materiellen Oberschichten entstammen, mobilisieren.

8. Die wichtigste Lehre, die es abschließend zu ziehen gilt, ist die, daß die immer wieder geschürte Konfliktlinie zwischen »Realos« und »Fundis« eine bedrohliche Ablenkung von wichtigeren Dingen bedeutet. Denn die Gräben zwischen »Realpolitikern« und »Fundamentaloppositionellen« werden faktisch immer wieder von Freund und Feind dramatisiert. Die Losung der revolutionären Realpolitik überwindet diese falsche Entweder-Oder-Simulation und zeigt auf, daß realpolitisch-reformistische Schritte unverzichtbar sind, um langfristige Strategien der Transformation entwickeln zu können. Es gilt, wie Mario Candeias formulierte, »in Kenntnis der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse [zu] agieren, aber in der Perspektive ihrer Verschiebung«, während man konstant an den realen Bedingungen und Widersprüchen anknüpft.

Es muß also »die Möglichkeit geben, im Hier und Jetzt so zu handeln, daß sich die Wahrscheinlichkeit einer zukünftigen Umsetzung der Alternative erhöht«, wie der Soziologe Erik Olin Wright einforderte. Revolutionäre Realpolitik ist in diesem Sinne kein Oxymoron, sondern das Gebot der Stunde. ■

Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Lothar Fritze, 1954, studierte Sozialistische Betriebswirtschaft, wurde im Fach Philosophie promoviert und habilitierte sich im Fach Politikwissenschaft. Er lehrt als außerplanmäßiger Professor an der TU Chemnitz.

Kritik des moralischen Universalismus. Über das Recht auf Selbstbehauptung in der Flüchtlingskrise, Paderborn 2017.

Siegfried Gerlich, 1967, arbeitet freischaffend als Autor und Pianist.

Richard Wagner. Die Frage nach dem Deutschen, Wien 2013

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.

Querfront, Schnellroda 2017

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.

Die Einzelfalle. Warum der Feminismus ständig die Straßenseite wechselt, Schnellroda 2016

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.

Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000–2016, Schnellroda 2016

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).

(Hrsg:) *Deutsche Daten*, Band 5 des *Staatspolitischen Handbuchs*, Schnellroda 2017

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.

Mit Linken leben, Schnellroda 2017

Sophie Liebnitz, 1964, Kulturwissenschaftlerin, habilitiert, Österreicherin, lebt in Deutschland.

Dr. Frank Lisson, 1970, schreibt als freier Philosoph Prosa, Essays und Sachbücher.

Weltverlorenheit. Über das Wahre im Wirklichen, Wien 2016

Dr. Stefan Scheil, 1963, Studium der Geschichte und Philosophie, promoviert als Historiker.

Weserübung gegen Operation Stratford, Schnellroda 2015

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist promovierte Philosophin, Dipl.-Expert in Gifted Education, Mutter dreier Söhne. Außerdem bloggt sie unter fauxelle.wordpress.com.

Mit Linken leben, Schnellroda 2017

Nils Wegner, 1987, studierte Geschichts- und Kulturwissenschaften in Gießen und Hamburg. Er arbeitet für den Verlag Antaios.

F. Roger Devlin: *Sex, Macht, Utopie*, Schnellroda 2017 (Übersetzung und Nachwort)

Konrad Markwart Weiß, 1977, in Wien wohnhaft, im Karolinger Verlag tätig und Vizekonsul Patagoniens; Autor und Übersetzer, selbstständiger Kommunikationsberater.

E.M. Cioran: *Notizen 1957–1972*, Wien 2015 (Übersetzung)

Norbert Zankl, 1952, lebt in Frankfurt a.M., Lehrer für Deutsch und Latein, seit kurzem im Ruhestand. »Politisch« ortloser, reaktionärer »Anarch«.

Ausbruch aus dem offenen Ring

von Nils Wegner

Die Aufregung war groß, als der indischstämmige US-Autor und Dokumentarfilmer Dinesh D’Souza Ende Juli 2017 sein neues Buch vorstellte. Nicht nur hatten gezielte Attacken auf Unterstützer Donald Trumps seit der heißen Phase des Präsidentschaftswahlkampfes die Gemüter erhitzt: Seinerzeit lag eine »Patriots Day« betitelte Veranstaltung an der notorisch linken Universität Berkeley gerade erst zwei Monate zurück – nach mehreren Stunden der Provokation und zahlreichen Angriffen durch verummte Gegendemonstranten hatten sich die Veranstaltungsteilnehmer so plötzlich und massiv zur Wehr gesetzt, daß der Schwarze Block der Linken quer durch die Stadt gejagt worden war. D’Souza präsentierte sich nun als Aufklärer, der den Amerikanern, die eine derartige Bürgerkriegs Atmosphäre nur von Rassenunruhen her kannten, den wahren Grund für die Ausschreitungen zu enthüllen versprach. In *The Big Lie. Exposing the Nazi Roots of the American Left* verkündet er die »Entdeckung«, daß es sich bei der Demokratischen Partei in den USA und der Antifa, die dort in der hiesigen bekannten Form erst seit einigen Jahren öffentlichkeitswirksam aktiv ist, um die »wahren Nazis« beziehungsweise »wahren Faschisten« handele. Die Republikanische Partei unter Trump sei die letzte Chance, Amerika zu »entnazifizieren«, bevor es vollends in den Linkstotalitarismus abgleite.

Derart steile Thesen ist man von D’Souza gewohnt. Der Bestsellerautor, evangelikale Christ und Republikaner war 2014 illegaler Parteispender überführt worden. Bereits 2007 hatte er in seinem Werk *The Enemy at Home. The Cultural Left and Its Responsibility for 9/11* Bush-Regierung und Republikaner dazu aufgefordert, dem linksliberalen Kulturbetrieb jede Unterstützung zu entziehen, da dessen weltweite Vermarktung von Dekadenz und Amoralismus der wahre Nährboden von antiamerikanischem Haß und islamischem Terrorismus gegen die Vereinigten Staaten sei; die US-Linke sei geradezu ein Bündnispartner Osama bin Ladens. Das Buch wurde von Rezensenten verrissen und unter anderem in der *New York Times* als »nationale Schande« bezeichnet; auch innerhalb des *Conservative movement* schlugen die Wellen hoch – die Netzpräsenz der Hauszeitschrift *National Review* veröffentlichte in Reaktion auf einen extensiven Artikel des gekränkten D’Souza, in dem er seinen konservativen Kritikern Engstirnigkeit unterstellte, eine ganze Flut an Zuschriften, in denen namhafte Autoren ihn im Gegenzug des Rufmords, elitären Denkens und des Pseudointellektualismus bezichtigten. Auch mit seinem Film *Hillary’s America. The Secret History of the Democratic Party* (2016), in dem der Autor den Tenor von *The Big Lie* zu einem guten Teil vorwegnahm und Rassismus als Grundkonsens der Demokraten von ihrem Gründervater Andrew Jackson an bis zur Gegenwart ausmachte, zog D’Souza viel Ablehnung auf sich; er wurde für fünf Goldene Himbeeren nominiert, während der damalige Präsidentschafts-

»D’Souza ist zu einem sensationsgeilen Mitläufer geworden, deshalb sind selbst seine besten Stellen nicht viel mehr als ein Wiederkäuen von Jonah Goldbergs zehn Jahre altem *Liberal Fascism*. Und D’Souza ist zu einem gewerbsmäßigen Schwindler geworden, deshalb hat er bis auf merkwürdige Auslassungen, Rundumverleumdungen und lachhafte Gedankensprünge nichts weiter beizutragen.«

Ross Douhat: »Right-Wing Books, Wrong Answers«; in: *The New York Times* vom 2. September 2017, S. SR9. (Übersetzung N.W.)

kandidat Trump seine Unterstützer dazu aufrief, den Film anzusehen. Trotz dieser frühen Nähe sorgte es für Furore, als der Autor Anfang August ein Bild von sich mit seinem Buch im Weißen Haus an der Seite des damaligen obersten Präsidentenberaters Stephen Bannon (vgl. »Das Modell *Breitbart News*«, *Sezession* 75) ins Netz stellte, den er soeben darüber instruiert haben wollte, wie sich der Faschismusvorwurf effektiv gegen die amerikanische Linke kehren lasse.

Insbesondere bei Twitter ist D'Souza ein gnadenloser Selbstvermarkter. Auf seinem Profil finden sich neben Gleichsetzungen der angeblichen »feindlichen Brüder« Faschismus und Antifaschismus mit Katholiken und Protestanten sowie Schiiten und Sunniten die »Entzauberung« der »linken Ikone« Martin Heidegger als NSDAP-Mitglied und »lebenslanger Antisemit«, Vergleiche zwischen HJ und Antifa – und immer wieder die Aufforderung an seine Leser, Funktionäre der Demokraten und linke Journalisten mit Mem-Bildern (vgl. »Meme – kognitive Biowaffen«, *Sezession* 77) seines Buchs zu bombardieren. Nicht nur appelliert D'Souza damit an den Nachhall der aus einer Vielzahl von Internetforen entsprungenen digitalen Trump-Propagandakampagne, sondern bedient sich bereits seit zwei Jahren (»Mit *Hillary's America* habe ich den Demokraten ihren Rassismusvorwurf aus der Hand geschlagen, und jetzt ist der Faschismusvorwurf dran!«) in todenrster Weise einer eristischen Dialektik, die zu Wahlkampfzeiten in ein eigenes ironisches Mem gegossen wurde: »DR3«, kurz für »the Democrats are the real racists«. Dieses an das »Selber, selber!« zankender Kinder erinnernde »Argument« wurde bereits in den 1990ern von Rush Limbaugh geprägt, einem rechtskonservativen Radiomoderator und Reagan-Anhänger, der nach Abschaffung der *Fairness Doctrine*, die US-Radiosender zu politischer Ausgewogenheit verpflichtete, ab 1987 einen kometenhaften Aufstieg als medialer Rechtspopulist *avant la lettre* erlebte.

Diese recht simple Parole speist sich gleichermaßen aus der auch von D'Souza aufgegriffenen Unterstützung der Sklaverei durch die frühen Demokraten als auch aus der Annahme, daß die modernen Demokraten Minderheiten durch Wohlfahrtsprogramme auf einem minderwertigen Lebensstandard hielten statt zur Selbsthilfe zu animieren. Entgegen der landläufigen Ansicht war sie jedoch nie an die urbane schwarze Bevölkerung als mögliche Klientel gerichtet, sondern sollte ursprünglich vor allem zur Rückversicherung der republikanischen Wählerbasis dienen. Diese war im Zuge der nach Bürgerrechtsbewegung und erzwungener Desegregation seit den 1970ern vermehrt einsetzenden *White-flight*-Absetzungsbewegung der weißen Bevölkerung hinaus aus städtischen Ballungsräumen und hinein in die Vorstädte subjektiv anfälliger für den Rassismusvorwurf geworden (der mindestens in der Form des sogenannten Umwelt-rassismus bis heute fortbesteht, wonach Schwarze und *Hispanics* etwa deutlich häufiger in der Nähe von Mülldeponien leben würden als Weiße).

Man mag dieses simpel gestrickte Narrativ belächeln; es hat jedoch einen nahen Verwandten in der scheinbaren Binsenweisheit, daß heute Linke und Antifa die »neuen« oder »wahren« Faschisten seien. Dieser gedankliche Kurzschluß ist sehr bequem für jeden, der sich als Opfer von Unterdrückung durch diese politischen Gruppen sieht. Gleichzeitig bietet man dem Gegner damit eine weit offene Flanke, weil sich die unzulässigen Verkürzungen und Kategorienfehler des »Arguments« – falsche Gleichbehandlung von Gesellschaftsformen (Faschismus, Nationalsozialismus) und Staatsformen (Demokratie) sowie politischen Philosophien (Liberalismus) und internationalrechtlichen Phrasen (Menschenrechte), die jeweils unterschiedlichen semantischen und politischen Feldern angehören und einander überhaupt nicht berühren – leicht ausnutzen lassen. Das gilt im Umkehrschluß natürlich ebenso für den Faschismusvorwurf von links, der jedoch in der Regel unhinterfragt bleibt.

Alle polemische Sophisterei tritt jedoch in den Hintergrund, wo eine derart eindimensionale Weltansicht wissenschaftlich unterfüttert wird. Das beschriebene »Mein Gegner ist der (wahre) Faschist« findet sich in der Politiktheorie in Form des sogenannten Hufeisenmodells, das das traditionelle Achsenmodell von links bis rechts aufgrund seiner »zu starken Vereinfachung« zu einem nach unten geöffneten Kreis umbiegt – diese graphische Darstellung soll insbesondere verdeutlichen, daß die politischen Ränder (die »Extreme«) einander wesentlich näher stünden als der Mitte,

»Nein, Rushs Argumente sollten nicht die Schwarzen oder andere Minderheiten überzeugen; es waren aufmunternde Worte zur Beruhigung nervöser Konservativer. Das Problem ist nur, daß die Konservativen diese quälende Schuld [des Rassismus] scheinbar verinnerlicht haben. Und sie tun alles, um sie wiedergutzumachen. Das mußten die Demokraten niemals, was Republikaner zur Weißglut treibt: Die dürfen Minderheiten ausnutzen und werden nie des Rassismus bezichtigt! Der Grund ist, daß die Demokraten an ihre eigene Selbstvermarktung als »Antirassisten« glauben, während Konservative stets daran zweifeln, ob sie auf der richtigen Seite der Geschichte stehen.«

Vincent Law: »The Death Of DR3 And The Next Frontier Of Anti-Racism«; *altright.com* vom 3. April 2017. (Übersetzung N.W.)

»Eine Demokratie kann militaristisch oder pazifistisch sein, absolutistisch oder liberal, zentralistisch oder dezentralisierend, fortschrittlich oder reaktionär, und alles wieder zu verschiedenen Zeiten verschieden, ohne aufzuhören, Demokratie zu sein.«

Carl Schmitt: *Geistesgeschichtliche Lage*.

»Der heutige Liberalismus, der sich um so mehr auf all seine veralteten Dogmen stützt, kann sich nur in gerade der Sorte von »Mann« manifestieren, die man im Mainstreamkonservatismus vorfindet: ein selbstsüchtiger intellektueller Klinkenputzer, der mit Ideen hausieren geht, die nicht mehr Wirklichkeitsnähe bedürfen als Fantasy-Bestseller, sich in Kapitalinteressen verdingt und auf jeden Angriff mit einem ängstlichen strategischen Rückzug reagiert.«

James Lawrence: »Straightening Out the Horseshoe Theory«; *alternativeright.blog* vom 8. Oktober 2017. (Übersetzung N.W.)

intellektuell gern in die Blaise Pascals *Pensées* entlehnten Worte »Die Extreme berühren sich« gekleidet. Dieser Verbildlichung des Verhältnisses politischer Einstellungen zueinander wird naturgemäß jeder instinktiv zustimmen, der sich selbst zur bürgerlichen (liberalen) »Mitte« zählt und eine Abneigung gegenüber Gewalt hegt.

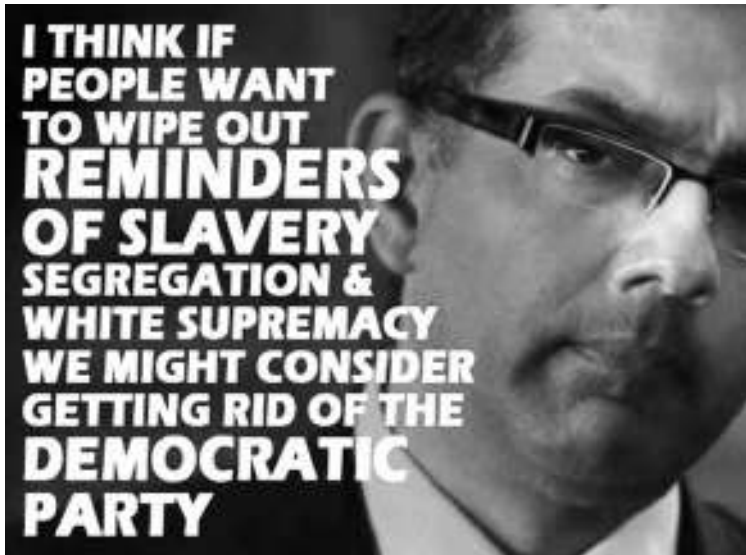
Von Linksauslegern hingegen wird sie auf zweierlei Weise attackiert: Einerseits beinhalte sie eine unzulässige Gleichsetzung gewisser handfester Methoden, ohne dabei zu beachten, daß es Linksextremisten in letzter Instanz um den Schutz und die Gleichberechtigung von Menschen gehe, während Rechtsextremisten im Gegenteil auf Unfreiheit, Diskriminierung und »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« aus seien. Andererseits sei sie eine Falschdarstellung zum Machterhalt der in Wahrheit selbst latent »fascistischen« bürgerlichen Gesellschaft – das Hufeisen wird dabei quasi um 90 Grad im Uhrzeigersinn gedreht, so daß die Lücke im Ring (das gänzlich aus dem politischen Spektrum Herausfallende) die radikale Linke trifft und auf der gegenüberliegenden Seite Anlaß für die Rede vom »Extremismus der Mitte« gegeben ist.

Daß das Hufeisenmodell zum Machterhalt der »Mitte« dient, springt spätestens auf den zweiten Blick ins Auge. Um so verwunderlicher ist es, daß nur wenig Kritik daran

von rechts laut geworden ist. Das mag aus der grundsätzlichen Neigung Konservativer und klassischer Rechter zum Bürgertum herrühren. Die Notwendigkeit dieser Kritik wird gleichwohl immer drängender, da die »Mitte« aufgrund fortschreitender Destabilisierung ihres ehemals als Ende der Geschichte bejubelten (Welt-)Gesellschaftsmodells zunehmend um sich schlägt. Nie zuvor waren so viele Menschen der sozialen Stigmatisierung und behördlichen Verfolgung unterworfen, die ehemals der winzigen Minderheit der politischen Extremisten vorbehalten waren; beispielhaft dafür steht das im Verlauf dieses Jahres völlig eskalierte staatliche Vorgehen gegen »Haßrede« im Internet. Diese regressive Kehre des (Links-)Liberalismus liegt offen zutage; und doch sieht der Großteil der dagegen aufstehenden Lager – Libertäre, »Patrioten«, die in Martin Sellners Buch *Identitär!* als Musterbeispiel für den Mauerfall rund um das »Lager der Realitätstoleranz« angeführten »Skeptiker« – statt der Diskussion neuer politischer Wege eine bloße Restauration des klassisch-liberalen Ideals als einzige Lösung an. Warum ist das so?

Das Hufeisenmodell suggeriert einen in seiner liberalen »Mitte« angelegten gesellschaftlichen Minimalkonsens, der nicht verhandelbar sei – in der Bundesrepublik manifestiert im Begriff der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung«. Um dieses säkulare Totem herum wird alle legitime (»verfassungskonforme«) Politik zur bloßen auf Kompromiß abzielenden Verhandlungssache. Dem gegenüber stehen extreme (»verfassungsfeindliche«) Positionen, womit in Grundfragen abweichenden Weltanschauungen das Recht auf ein Interesse am Machterwerb abgesprochen wird. Die »Mitte« führt somit eine faktische Depolarisierung des politischen Spektrums herbei: Meinungsverschiedenheiten und Wettbewerben der Ideen sind lediglich in Detailfragen zulässig, während alles Radikale (im Wortsinne »an die Wurzeln Gehende«) marginalisiert werden kann und soll. Dem somit politisch heruntergekühlten, dafür mit um so umfangreicheren administrativen Aufgaben betrauten Staat fällt dadurch eine vorrangig verwaltende und pazifizierende Aufgabe zu, die in letzter Konsequenz zur Herausbildung eines »Regimes der Manager« führen muß, wie es der vom Trotzkiten zum Neokonservativen »gewendete« US-Philosoph James Burnham bereits 1941 in seinem gleichnamigen Buch (eng. Titel: *The Managerial Revolution*) heraufziehen sah. Diese institu-

von rechts laut geworden ist. Das mag aus der grundsätzlichen Neigung Konservativer und klassischer Rechter zum Bürgertum herrühren. Die Notwendigkeit dieser Kritik wird gleichwohl immer drängender, da die »Mitte« aufgrund fortschreitender Destabilisierung ihres ehemals als Ende der Geschichte bejubelten (Welt-)Gesellschaftsmodells zunehmend um sich schlägt. Nie zuvor waren so viele Menschen der sozialen Stigmatisierung und behördlichen Verfolgung unterworfen, die ehemals der winzigen Minderheit der politischen Extremisten vorbehalten waren; beispielhaft dafür steht das im Verlauf dieses Jahres völlig eskalierte staatliche Vorgehen gegen »Haßrede« im Internet. Diese regressive Kehre des (Links-)Liberalismus liegt offen zutage; und doch sieht der Großteil der dagegen aufstehenden Lager – Libertäre, »Patrioten«, die in Martin Sellners Buch *Identitär!* als Musterbeispiel für den Mauerfall rund um das »Lager der Realitätstoleranz« angeführten »Skeptiker« – statt der Diskussion neuer politischer Wege eine bloße Restauration des klassisch-liberalen Ideals als einzige Lösung an. Warum ist das so?



Vielleicht schummeln die Mitspieler auch nicht, und es liegt tatsächlich an den Spielregeln?

»Die Wege [zum Reich der Freiheit] sind gleichfalls nicht liberal; sie sind Eroberung der Macht im Staat, sind Disziplin, Autorität, zentrale Planung, Generallinie und Orthodoxie. Und das Ziel, welches jeder künftigen Freiheit den Halt gibt, zeigt gleichfalls mit dem Liberalismus der Dissoziierung keinerlei Verwandtschaft; konträr: gerade totale Freiheit verliert sich nicht in einem Haufen hüpfender Beliebigkeiten und in die substanzlose Verzweiflung, die an deren Ende steht, sondern siegt einzig im Willen zur Orthodoxie.«

Ernst Bloch: *Das Prinzip Hoffnung*, 5 Bde., Frankfurt a.M. 1985.

tionelle Deformation schafft weniger einen Obrigkeits- als einen Therapiestaat, in dem die politische Abweichung vom liberalen Mittelweg wie psychologische Devianz »behandelt« wird, wofür Karl Popper den Begriff *Social engineering* prägte, oder durch gesellschaftlichen Aus- bzw. behördlichen Wegschluß des Delinquenten aus dem öffentlichen Raum herausgehalten wird.

Diese totalitäre *Imago* des Liberalismus ergibt sich aus seiner immanenten Selbstbeschleunigung, weshalb Verweise auf »früher« hinfällig sind. In seiner Blütezeit Mitte des 19. Jahrhunderts konnte sich der klassische Liberalismus für den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf das »Fremdkapital« der Religion und für die Loyalität der Bürger auf den Kristallisationspunkt des Nationalstaats stützen; beide Fundamente sind in der Zwischenzeit wo nicht ganz, so doch größtenteils zerbröckelt. Hinzu kommt die fortschreitende Zersetzung der Staatsvölker durch den Zustrom fremder Völker; wo die zivilgesellschaftlichen Glacéhandschuhe abgelegt werden, führt das Beharren auf Individualismus und herrschaftsfreiem Diskurs nicht zum Erhalt der Freiheit, sondern dazu, daß man sie an jedwede »illiberale« Gruppe auf Beutezug verliert. Das macht den zeitgenössischen Liberalismus zu einem humanistischen Immunschwächevirus, der die Selbstverteidigungskraft jeder infizierten Gesellschaft zerstört.

Diese Maschinerie der schleichenden »Vermittlung« und Entpolitisierung wollen nun einzelne dissidente Zirkel nicht umstoßen, sondern lediglich »reparieren«. Da sie die Fundamentalopposition aufgrund der in der Natur des Hufeisenschemas angelegten Exklusionsmechanismen scheuen, bleibt ihr »Widerstand« jedoch unpolitisch und mithin bedeutungslos. Die Angehörigen der bereits erwähnten *Sceptic community* zelebrieren vor allem bei YouTube eine popkulturell-virtuelle Spielart des systematischen Hinterfragens als »offenkundig« geltender Tatsachen im philosophischen Skeptizismus. Dabei wird mit Hilfe von Statistiken und *Hate facts* (vgl. »Haßfakten. Imperativ der Ungleichheit«, *Sezession* 79) der eine oder andere linksliberale Strohmann abgefackelt und manch eine heilige Kuh der politischen Korrektheit geschlachtet; die »Skeptiker« halten sich jedoch tunlichst von politischen Schlußfolgerungen fern und überwachen einander rigoros auf mögliche Abstecher in »rassistische« Gefilde. Die Libertären ihrerseits, deren deutscher Ableger ohnehin nur einen fahlen Abglanz der deutlich größeren und vielfältigeren US-Szene darstellt, gehen zurück auf die frühe bürgerliche Ordnung; diese Ordnung läßt sich aber nicht wiederherstellen, und die libertäre Verteidigung des Privateigentums als Grundlage der Freiheit ignoriert den Wandel des Industriekapitalismus zum mit dem politmedialen Apparat verflochtenen Managementsystem. Die aus diesem Lager kommenden Restaurationsvorschläge tragen so den Charakter nostalgischer Träumereien und sind für eine realistische Systemkritik unbrauchbar, zumal Libertäre in ihrer Absage an alle »kollektivistischen« Modelle gemäß der oben ausgeführten Regel leichte Opfer jedes »kollektivistischen« Gegners, inklusive des regressiven Liberalismus, darstellen.

Um die ideologische Schraubzwinge der Hufeisentheorie aufzusprengen, bedarf es vielmehr der konsequenten Offenlegung der inhärenten Widersprüche und des Eskalationsverlaufs der »verfolgenden Freiheit«. Dazu kann die möglichst weite und entsprechend kommentierte Verbreitung offiziöser Stilblüten dienen; noch deutlich wirkungsvoller ist die gezielte Provokation, mit der sich eine absurde Lawine an Repressionen lostreten läßt. Am 31. Oktober 2017 etwa startete das Internetforum 4chan ein provokatorisches Glanzstück: Im Rahmen eines »Halloween-Specials« tauchten innerhalb von 24 Stunden überall in den Vereinigten Staaten tausende simple weiße Zettel mit der harmlosen Aufschrift »It's Okay to Be White« auf, die die sozialen Netzwerke ebenso zum Überkochen brachten wie staatliche Institutionen. Von Schul- über Universitätsdirektoren bis hin zu Bürgermeister*innen zeigten sich gesellschaftliche Repräsentanten »erschüttert« und »besorgt« und versprachen polizeiliche Untersuchungen – es ist also dem offiziellen Narrativ nach eben nicht okay, ein weißer Amerikaner zu sein. Das wird selbst gänzlich unpolitischen Zeitgenossen zu denken geben. Was läßt sich daraus machen? »Deutsch sein fetzt«? Die unheilige Sogkraft der »Mitte« könnte sowas auf Dauer sehr wohl zerfetzen. ■

»Wir werden immer wieder gefragt: Warum braucht ihr mehr schwarze Blutspender? Haben wir nicht alle das gleiche Blut? Ihr seid Rassisten! Nun, haben Schwarze »besonderes« Blut? Sind wir Rassisten? Sind Rassen nur gesellschaftliche Konstrukte? Machen wir's kurz: Ja, Blut macht in jedem Körper das Gleiche, es erhält und rettet Leben. Nein, wir haben NICHT alle das gleiche Blut, ihr könnt also mit dem Rassismusgeschrei aufhören!«

Der offizielle Twitter-Account des englischen Blutspendewesens (@GiveBloodNHS) am 7. November 2017. (Übersetzung N.W.)

Literaturhinweise:

Gereon Flümman: *Streitbare Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Der staatliche Umgang mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus im Vergleich*, Wiesbaden 2015;

Samuel T. Francis: *Leviathan and Its Enemies. Mass Organization and Managerial Power in Twentieth-Century America*, Arlington 2016;

Karl R. Popper: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, 2 Bde., Bern 1957/1958;

Carl Schmitt: »Das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen (1929)«; in: ders.: *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923–1939*, 4., korrig. Aufl., Berlin 2014, S. 138–150;

ders.: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, München 1923;

ders.: *Verfassungslehre*, München 1928.

Ein Mangel an Staatskunst

von Lothar Fritze

Die Suche nach einem besseren Leben ist ein legitimes Motiv. Wir alle sind auf dieser Suche. Kritikern der bundesdeutschen Politik in der Migrationskrise wird denn auch genau dieses Argument entgegengehalten, wenn es darum geht, für Wirtschaftsflüchtlinge um Verständnis zu werben. Aus der Nachvollziehbarkeit des Ansinnens, die eigene wirtschaftliche Lage und die der Familie zu verbessern, ergeben sich jedoch keine Hilfspflichten.

Hilfsbedürftige und Wirtschaftsflüchtlinge

In der Tat: Die Lebenssituationen in den Herkunftsländern sind, um das Mindeste zu sagen, schwierig und zum Teil katastrophal. Trotzdem hat ein großer Teil derer, die nach Europa strömen, keinen rechtlichen Schutzanspruch. Wir bezeichnen sie als »Wirtschaftsflüchtlinge«. Wer nach einer beschwerlichen Odyssee die Grenzen Europas überschreitet oder tausende Euro für seine illegale Schleusung ausgeben konnte, gehört in der Regel nicht zu den wirklich Hilfsbedürftigen. Hilfsbedürftig ist nicht jeder, dem es schlechter geht als uns. Auch in den sogenannten reichen Gesellschaften gibt es beträchtliche Unterschiede im Lebensstandard, ohne daß daraus Ansprüche für die Schlechtergestellten erwachsen. Hilfsbedürftig ist, wer in einem existenziell relevanten Sinne Not leidet, wer ohne fremde Hilfe nicht mehr weiterleben kann. Menschen, die nicht genug zu essen haben, die ihr Dach über dem Kopf oder gar ihr Land verloren haben, leiden existentielle Not. Ihnen zu helfen ist moralische Pflicht. Es besteht aber keine allgemein anerkannte Pflicht, Wirtschaftsflüchtlingen zu helfen.

Grenzen der Hilfsbereitschaft

Hilfsmöglichkeiten sind limitiert. Sie sind objektiv limitiert, denn niemand kann mehr verschenken, als er selbst hat; niemand kann mehr tun, als er selbst zu leisten vermag. Hilfsmöglichkeiten sind ebenso subjektiv limitiert. Der Einzelne dosiert seine Hilfe nach eigenem Gutdünken. Er gibt, was er geben will – was er geben zu können glaubt. Diese subjektive Grenzziehung läßt sich beeinflussen durch moralische Appelle sowie durch Hinweise auf durch Hilfe vermeidbare negative Folgen für den zur Hilfe Befähigten selbst. Eine äußerste Grenze jeder denkbaren Hilfsforderung ist die universale Gleichheit der Lebenslagen aller Menschen auf der Welt. Allerdings dürften sich die subjektiven Grenzen nur weniger Menschen bis zu dieser moralisch universalistischen Grenze verschieben lassen. Dieser Einstellung liegen vermutlich sowohl genetisch fixierte Dispositionen als auch kulturelle Prägungen zugrunde.

Politik hat diese faktischen, historisch-konkreten Grenzen des altruistischen Verhaltens zur Kenntnis zu nehmen, denn sie begründen Gren-

zen des Zumutbaren. Wird eine Bevölkerung mit den ihnen von der Politik auferlegten Hilfsleistungen überfordert, droht entweder die Abwahl der Regierenden oder die Mißachtung der Institutionen und des Rechts, schlimmstenfalls der Zerfall des Gemeinwesens. Dies sind politisch zu akzeptierende Limitationen der menschlichen Hilfsbereitschaft.

Es gehört zur Staatskunst, diese Grenzen nicht zu überdehnen. In einer Situation wie der im Spätsommer und Herbst 2015, in der Hunderttausende nach Europa drängten und Millionen vor den Toren standen, wäre die einfache Erkenntnis vonnöten gewesen, daß es keine Lösung dieses Problems ohne Sicherung der Grenzen, also letztlich ohne Abschottung, geben kann. Abschottung bedeutet nicht, daß niemand aufgenommen wird, sondern daß die Entscheidung darüber, wer aufgenommen wird, der aufnehmende Staat trifft.

Aus der prinzipiellen Beschränktheit möglicher Hilfe ergibt sich für den Hilfsbereiten der Grundsatz, möglichst effektiv und gerecht zu helfen – seine Hilfsmöglichkeiten so einzusetzen, daß den Bedürftigsten und möglichst vielen von ihnen geholfen wird.

Mißbrauch der Hilfsbereitschaft

Weil sowohl das Vermögen als auch die Bereitschaft, Hilfe zu leisten, begrenzt sind, kann Hilfsbereitschaft auch mißbraucht werden. Während die deutsche Kanzlerin für *Selfies* mit Migranten posierte und die führenden Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirche in Deutschland Migranten auf dem Münchener Hauptbahnhof per Handschlag begrüßten und auf diese Weise ihrerseits dazu beitrugen, eine unbeschränkte Aufnahmewilligkeit zu suggerieren, war man sich in der frühchristlichen Kirche der Mißbrauchsgefahr der christlichen Nächstenliebe sehr wohl bewußt. Weder galt die Gutmütigkeit des Spenders auszunutzen als verständlich noch gar als hinzunehmen. Wer ohne in Not zu sein genommen hat, so hieß es in einer Kirchenordnung an der Wende vom 1. zum 2. Jahrhundert, sollte Rechenschaft ablegen, warum er genommen hat und wozu. Der Mißbrauch sollte aufgeklärt und der durch die ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Hilfe entstandene Schaden beglichen werden.

Nun mögen die Formen einer mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Hilfe ganz unterschiedlich und demzufolge auch verschieden zu beurteilen sein. Die Schöpfer dieser Kirchenordnung waren sich jedoch der Notwendigkeit bewußt, die gesellschaftlich anerkannte moralische Norm der Hilfspflicht ihrem Geist entsprechend unter Berücksichtigung der konkreten Situation anzuwenden. Dabei ließen sie keinen Zweifel, daß sie es als inakzeptabel betrachten, die Hilfsbereitschaft eines Helfers oder seine Gastfreundschaft auszunutzen. Ein Wirtschaftsflüchtling, der sich als akut bedrohter Hilfsbedürftiger ausgibt und damit seinerseits dafür sorgt, daß Hilfe nicht effizient und gerecht verteilt werden kann und die Leistungsfähigkeit des Helfers überstrapaziert wird, hat keinen Anspruch auf unsere Hilfe; er gehört abgeschoben.

Die Verantwortung des Hilfsbereiten

Ermahnt wurde jedoch nicht nur der unberechtigt Nehmende, sondern auch der Hilfsbereite, nicht ungeprüft zu geben. Allerdings sind die Pflichten zwischen Nehmendem und Gebendem ungleich verteilt. Die Pflicht des Unbedürftigen, Hilfeersuche zu unterlassen, wiegt im allgemeinen schwerer als die Pflicht des Helfenden, seine grundsätzlich limitierte Hilfe möglichst effektiv und gerecht zur Geltung zu bringen und eine Selbstüberforderung (und das heißt im vorliegenden Fall: eine subjektive Überforderung des eigenen Volkes) zu vermeiden. Denn es ist besser, so lehrte schon Gregor von Nazianz, irrtümlich einem Unwürdigen zu geben, als in der Furcht, einem Unwürdigen geben zu können, einem Würdigen nicht zu geben.

Insofern trägt der Hilfe ersuchende Unbedürftige eine größere Verantwortung für die Fehlallokation von Hilfe als der Hilfeleistende, der in Ermangelung ausreichender Informationen auch Unbedürftigen hilft. Trotzdem ist den Wirtschaftsflüchtlingen selbst der geringste Vorwurf zu machen: Sie reagieren auf Zeichen und ergreifen Gelegenheiten. Ich plä-

»Einem jeden, der etwas von dir verlangt, gib, und fordere es nicht zurück. Denn der Vater will, daß allen von seinen eigenen Gaben gegeben wird. Selig, wer gibt gemäß dem Gebot, denn er ist ohne Schuld. Wehe dem, der nimmt; wenn allerdings einer, der in Not ist, nimmt, wird er ohne Schuld sein. Wer aber nicht in Not ist, wird Rechenschaft ablegen müssen, warum er genommen hat und wozu. Ins Gefängnis geworfen, wird er verhört werden zu dem, was er getan hat, und er wird nicht eher von dort herauskommen, bis er den letzten Pfennig bezahlt hat.«

Didache/Zwölf-Apostel-Lehre. Übersetzt und eingeleitet von Georg Schöllgen. In: *Fontes christiani. Zweisprachige Neuausgabe christlicher Quellentexte aus Altertum und Mittelalter*, Bd. 1: *Zwölf-Apostel-Lehre/Apostolische Überlieferung*, Freiburg i. B. 1991, S. 101, 103 (1, 5).

diere also nicht dafür, dieses – uns allen vertraute – Verhalten moralisch zu inkriminieren.

Die Flüchtlingsbewegungen im Spätsommer und Herbst 2015 sind durch ein überzogenes und kompliziertes, den Problemlagen nicht angemessenes europäisches Asylrecht überhaupt möglich geworden, und sie wurden zusätzlich durch das Handeln von Politikern maßgeblich forciert. Die von führenden Politikern mitgetragene »Willkommenskultur« hat Hilfe für Migranten pauschal als eine humanitäre Verpflichtung erscheinen lassen. Darüber hinaus hat eine politisch-mediale Elite nahezu jede skeptische Artikulation, sei es hinsichtlich von Zumutbarkeitsgrenzen, sei es hinsichtlich der zu erwartenden gesellschaftlichen Folgen einer ungesteuerten Zuwanderung, moralisch zu desavouieren versucht. Diese Elite ist ihrer Verantwortung nicht nur nicht gerecht geworden; sie hat die Massenflucht intensiviert, das Geschäft der Schleuser indirekt toleriert und eine effektive wie gerechte Verteilung der Hilfe für wirklich Bedürftige konterkariert.

Einerseits hat die Aussicht, das eigene Leben in einer kaum vorstellbaren Weise schlagartig verbessern zu können, die Risikobereitschaft potentieller Flüchtlinge gesteigert. Tausende von ihnen haben dies mit ihrem Leben bezahlt. Eine klügere Politik hätte diese Folgen nicht eintreten lassen. Andererseits hat die staatliche Unterstützung des Asylmißbrauchs dafür gesorgt, daß die grundsätzlich limitierten Hilfsmöglichkeiten auch für Hilfsunbedürftige aufgewendet und damit Hilfsbedürftigen vorenthalten werden. Wenn nicht alle, die ihr Glück in Europa suchen wollten, nach Europa hätten kommen dürfen, wäre mit der jetzt durch die »Willkommenskultur« gebundenen Hilfe einer wesentlich größeren Zahl von Bedürftigen vor Ort zu helfen gewesen. Denn, vergessen wir nicht, Hilfeleistung in den Herkunftsländern ist wesentlich günstiger. Da Fähigkeit und Bereitschaft zu helfen grundsätzlich limitiert sind, erweist sich Solidarität mit Unbedürftigen letztlich immer als dysfunktional.

»Wesentliche Normen der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Konvention für Menschenrechte sind vor fünfzig oder gar sechzig Jahren entstanden [...]. Daß bereits eine Epoche vor der Tür stand, in der Europa mit einer neuen Völkerwanderung von vielen Millionen aus Asien und Afrika konfrontiert sein würde, war unvorstellbar [...]. Rechtsvorschriften aus einer längst vergangenen Epoche, die zudem im Laufe der Zeit grotesk ausgeweitet wurden, gelten inzwischen als Gebot zwingender menschenrechtlicher Verpflichtungen als unantastbar. [...] Solange die Europäische Union an ihrem gutgemeinten, aber aus der Zeit gefallenen Flüchtlingsrecht festhält, wird jeder Versuch eines effektiven Schutzes der EU-Außengrenzen aufgrund rechtlicher Selbstfesselung scheitern.«

Hans-Peter Schwarz: *Die neue Völkerwanderung nach Europa. Über den Verlust politischer Kontrolle und moralischer Gewissheit*, München 2017, S. 93–95.

Ein eklatantes Versagen

Eine unkontrollierte andauernde Invasion begründet einen Staatsnotstand. Daß zumindest einige Staaten Europas in einen solchen hineinzuschlittern drohten, hätte erkannt und kommuniziert werden müssen. Denn zur politischen Klugheit gehört es, Gefahren frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Dies wäre im Falle der Flüchtlings- und Migrationskrise auch möglich gewesen. Stattdessen nahm man die Migrationsbewegung als eine Art Naturereignis hin, heizte sie zusätzlich an und gab der humanitären Erpressung über Monate hinweg nach. Damit hat die europäische Politik noch nicht einmal ihre Möglichkeiten gegenüber den wirklich Bedürftigen ausgeschöpft. Zudem hat insbesondere die deutsche Regierung die Interessen des eigenen Volkes mißachtet und Destabilisierungstendenzen im eigenen Land in Kauf genommen.

Unkalkulierbar sind aber vor allem die Langzeitwirkungen. Die Öffnung der Grenze aus humanitären Erwägungen hat die Tendenz zu einer multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft beschleunigt. Der demokratische Verfassungsstaat mit seiner liberalen Grundwerteordnung bedarf jedoch für sein Funktionieren einer Bevölkerung, die hinsichtlich Sprache, Kultur, Werteverständnis und Lebensweise eine hinreichende Homogenität aufweist. Das erforderliche Maß dieser Homogenität ist einerseits schwer bestimmbar. Andererseits ist aber auch klar, daß gerade der liberale Rechtsstaat diese Bedingung der Möglichkeit seiner Existenz selbst nicht schaffen kann. Er kann zwar Rechtsgehorsam fordern, aber weder eine demokratische Gesinnung einklagen noch eine Leitkultur vorschreiben, geschweige denn ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl verordnen. Wo aber Parallelgesellschaften entstehen, löst sich das Volk auf, und der Boden, auf dem zusammenlebende Menschen ihre unterschiedlichen Interessen wechselseitig als berechnete Interessen anerkennen, geht tendenziell verloren.

Eine Politik, die die Notwendigkeit der Bewahrung dieser Voraussetzungen nicht erkennt, sich dafür unzuständig erklärt oder diese Voraussetzungen gar willentlich zerstört, ist nicht verantwortlich. Gerade der liberale Staat ist darauf angewiesen, eine hinreichende kulturelle Homogenität seiner Bevölkerung zu schützen. ■

Institut für Staatspolitik – Studien



Thor v. Waldstein

Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe?

Anmerkungen zur neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts betr. den »ethnischen Volksbegriff«

30 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 34, Schnellroda 2017

Das Bundesverfassungsgericht entwickelt in seiner neueren Rechtsprechung ein die Existenz eines Volkes leugnendes Menschenbild. Damit paßt sich Karlsruhe auf juristischer Ebene einer seit Jahrzehnten herrschenden Politik an, deren wesentliches Kennzeichen es ist, die Rechte des einzelnen gegen die Rechte der Gemeinschaft künstlich in Stellung zu bringen. Diese Rechtsprechung ist mit dem Geist des Grundgesetzes nicht in Übereinstimmung zu bringen. Wie weiter?



12 Jahre Merkel

Verhängnisvolle Weichenstellungen für Deutschland

48 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 33, Schnellroda 2017



Die Stunde des Populismus

Das Volk, die Elite und die Krise der Repräsentation

42 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 32, Schnellroda 2017

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 904396 · Fax: (034632) 904397 · e-Post: vertrieb@antaios.de

www.staatspolitik.de

Debord, Derrida und die rechte Postmoderne

von Caroline Sommerfeld

Sind wir Rechten die schärfsten Kritiker der Postmoderne oder ihre rechtmäßigen Erben? Für die erste These spricht, daß der Relativismus der Werte, der realitätsvernichtende (De)Konstruktivismus und das ausgerufene Ende der »großen Erzählungen« (Jean-François Lyotard) der abendländischen Metaphysik das glatte Gegenteil eines rechten Weltverständnisses sind. Doch just diejenigen, die die postmoderne Wahrheitsvernichtung am meisten kritisieren, nämlich wir Rechten, profitieren am meisten von ihr. Denn ohne die riesige skeptische Bresche, die uns die Postmoderne geschlagen hat, wäre der Zweifel an der linken Utopie, an der Wahrheitsfähigkeit der Medien und am Universalismus der Menschenrechte undenkbar.

Durch die im vergangenen Jahr erzeugte linke Diskussion um das »postfaktische Zeitalter« anlässlich des Phänomens Trump, um »alternative Fakten« und »fake news«, war eines zu bemerken: Plötzlich war sie wieder da, die Postmoderne der 80er und 90er Jahre, plötzlich war auch sie wieder da, die Relativismuskritik im Namen der aufgeklärten Moderne. Im *Merkur* bemerkte Danilo Scholz genervt, daß das Poststrukturalismusbashing im Feuilleton fröhliche Urständ feiere: »Schon am 29. September (2016) hatte Assheuer die Quintessenz des Poststrukturalismus in eine griffige Formel gepackt: Die Vertreter jener Denkschule waren überzeugt, das »Zeitalter der Aufklärung liege im Sterben und ihre Ideale (Vernunft, Demokratie, Fortschritt) seien Schnee von gestern«. Auf zeit.de erklärte Felix Stephan am 10. November »den Einzug Donald Trumps in das Weiße Haus« umgehend zum »finalen Triumph der Postmoderne über die Moderne«. Aus Marx, Psychoanalyse, Semiotik und strukturalistischer Völkerkunde war im Frankreich der 60er Jahre eine theoretisch explosive Mischung entstanden: Komplettkritik der abendländischen Metaphysik als Gewaltanordnung.

Im Jahre 1967 waren zwei folgenreiche linke Theoriebücher in Paris erschienen – Jacques Derridas *Grammatologie* und Guy Debords *Die Gesellschaft des Spektakels*. Derrida wurde 1983 ins Deutsche übersetzt und erschien bei Suhrkamp. Debords Schlüsseltext der Künstlergruppe der »Situationisten« wurde 1971 raubübersetzt, 1978 autorisierte er eine deutsche Übersetzung, die 1996 in der »Edition Tiamat« als Buch erschien.

Debord zehrt von Adorno/Horkheimers *Dialektik der Aufklärung* (1949). Der »Verblendungszusammenhang« der »Kulturindustrie« ist das Szenario, von dem er ausgeht. Das »falsche Bewußtsein« aus Georg Lukács' *Geschichte und Klassenbewußtsein* (1923) hat die Gesellschaft flächendeckend befallen. Debord denkt genauso wie die Frankfurter Schule den Marxismus weiter: über die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hinaus in die Unentrinnbarkeit der Produktion des allumfassenden Scheins hinein. Das Spektakel stellt sich als eine »ungeheure, unbestreitbare und unerreichbare Positivität dar. Es sagt nichts mehr als:

»In girum imus nocte et consumimur igni«

»Wir gehen des Nachts im Kreise und werden vom Feuer verzehrt«. Filmtitel-Palindrom von Guy Debord

»Die Überwindung der Moderne wird auch nicht durch einen Rückschritt erfolgen, wie von den konterrevolutionären oder traditionalistischen Kritikern aufgrund einer idealisierten Anschauung der Vergangenheit gewünscht, denn die gegenwärtige Lage ist nichts anderes als die Folge dieser Vergangenheit. Überwunden wird sie vielmehr durch einen Rückgriff auf bestimmte vormoderne Werte in einer bewußt postmodernen Blickrichtung.«

Alain de Benoist: *Aufstand der Kulturen*.

»In der wirklich verkehrten Welt ist das Wahre ein Moment des Falschen.«

Guy Debord: *Die Gesellschaft des Spektakels*.

›Was erscheint, das ist gut; und was gut ist, das erscheint.« Die durch das Spektakel prinzipiell geforderte Haltung ist diese passive Hinnahme, die es schon durch seine Art, unwiderlegbar zu erscheinen, durch sein Monopol des Scheins, faktisch erwirkt hat.«

In Debords Spektakelbegriff ist die marxsche Entfremdung mehr als die entfremdete Arbeit des Lohnsklaven, und auch mehr als das, was Marx als »Warenfetischismus« beschrieb. Sie ist vielmehr eine komplette Ersatzrealität. Nicht bloß im Kino, in der Werbung und in der Propaganda gibt es »Spektakel«, sondern schlechthin jeder Lebensvollzug ist geschluckt worden. Das »revolutionäre Subjekt«, bis dahin immer noch der Proletarier, ist ebenfalls verdaut, weil der immer weiter konsumieren muß und konsumieren will. Auf ihn ist kein Verlaß mehr, und der gut leninistische Ausweg, dann eben die (intellektuellen) Proletarierführer zu schulen, ist ebenfalls im ubiquitären »falschen Bewußtsein« geendet.

Hier ist der Punkt erreicht, an dem Debords Text postmodern wird. Die linke Utopie der Revolution mündet in Verzweiflung, in das Ende der fortschreitenden Geschichte. Zaghafte Hoffnungen auf »die Räte«, in denen »die spektakuläre Verneinung des Lebens ihrerseits verneint wird«, leuchten nur mehr schwach am Horizont, denn Debord schwang etwas: Wenn, dann hilft gegen die Krankheit der Moderne nur noch Kunst, und zwar in der Form einer spezifisch postmodernen Ästhetik. »Die Entwendung (*détournement*) ist die flüssige Sprache der Antiideologie.« Der Künstler »entwendet« (das französische Wort enthält auch Drehung, Wendung und Diebstahl) der Kultur nur noch »Fragmente«, selbst das klassische literarische Zitat verfällt dem Frevel, autoritätsgläubig die moderne »Epoche als globalen Bezugsrahmen« zu bestätigen.

Guy Debords »Gesellschaft des Spektakels« war der große theoretische Bezugstext der »Situationistischen Internationale«, der 1952 gegründeten linken Künstlergruppe unter seiner Leitung. Auch der Künstler Asger Jorn, Guillaume Faye und die Mitglieder der Münchner Gruppe »SPUR« gehörten ihr an, Frank Böckelmann gehörte ihr an wie Rainer Kunzelmann, der wiederum später wegen »Nationalsituationismus« ausgeschlossen wurde. Thomas Wagner hat völlig zu Recht hier die ursprünglichen Verflechtungen der späteren Neuen Rechten und der 68er-Bewegung verortet. Es ging um nichts anderes als die Einsicht, daß der Kapitalismus ein Totalitarismus geworden ist, und die von ihm erzeugte Öffentlichkeit nur zum Schein »Meinungsfreiheit« garantiert.

Der Situationist und Debord-Schüler Raoul Vaneigem beschrieb in seinem *Handbuch der Lebenskunst für die jungen Generationen* die Widerwärtigkeit der verfallenen Gesellschaft und die Anwendung der Debordschen Theorie auf den Alltag. Dieses expressionistisch-revolutionäre Manifest (ebenfalls 1967 erschienen) ist nur mehr auf anarchistischen Internetseiten einzusehen. Vaneigem schreibt: »Es ist heute offensichtlich,

- ◆ daß die Entwendung spontan überall dort um sich greift, wo sich der Morast des Zerfalls ausbreitet. Die Epoche konsumierbarer Werte verstärkt auf einzigartige Weise die Möglichkeit, neue bedeutungsvolle Gesamtheiten zu schaffen;
- ◆ daß der kulturelle Bereich kein privilegierter Bereich mehr ist. Die Kunst der Entwendung erstreckt sich auf alle Formen der Ablehnung, die das Alltagsleben bezeugt;
- ◆ daß die Diktatur des Stückwerks die Entwendung zur einzigen Waffe im Dienst der Totalität macht. Die Entwendung ist die zusammenhängendste, populärste und am besten der aufständischen Praxis angepaßte revolutionäre Geste. Durch eine Art natürliche, mitreißende Bewegung – die Leidenschaft des Spiels – führt sie zur extremen Radikalisierung.«

Es war nichts anderes als debordsche »Entwendung«, wenn 1967 Berliner Studenten das Institut für Germanistik aus Protest gegen die Notstandsgesetze besetzten, Goethe aus dem Bibliotheksregal schmissen und an die Wand sprühten: »Wo einst Goethe stand, da liegt jetzt Rainer Kunzelmann!«. Es ist nur um einen Dreh in der »Entwendungs«spirale weiter, vierzig Jahre später einen bösen Günter-Grass-Comic unter's erlauchte Publikum einer Grass-Lesung zu verteilen, das sich affirmativ und kunstsinig in diesem Comic festliest und glaubt, der gehöre zur Lesung, bis

›In seiner Totalität begriffen, ist das Spektakel zugleich das Ergebnis und die Zielsetzung der bestehenden Produktionsweise. Es ist kein Zusatz zur wirklichen Welt, kein aufgesetzter Zierat. Es ist das Herz des Irrealismus der realen Gesellschaft. In allen seinen besonderen Formen: Information oder Propaganda, Werbung oder unmittelbarer Konsum von Zerstreuungen ist das Spektakel das gegenwärtige Modell des gesellschaftlich herrschenden Lebens.«

Guy Debord: *Die Gesellschaft des Spektakels*.

›Diejenigen, die von Revolution und Klassenkampf sprechen, ohne sich ausdrücklich auf das Alltagsleben zu beziehen, ohne zu begreifen, wie subversiv die Liebe, wie positiv die Ablehnung jedes Zwanges sein kann, haben einen Kadaver im Mund.«

Raoul Vaneigem: *Handbuch*.

sich die Leute der »Konservativ-subversiven Aktion« um Götz Kubitschek im Raum zu erkennen geben. Es ist »Entwendung«, die Wiener Statue der Kaiserin Maria Theresia mit einer Burka zu verhüllen oder in der Dresdner Fußgängerzone Plastikschafe zu schächten, wie die Identitäre Bewegung es voriges Jahr tat. Es ist »Entwendung«, einen Hashtag #*Okay-ToBeWhite* zu lancieren, um damit das linke Genre des Solidaritätsoutings zu kapern. Es kommt immer darauf an, die Diskurshegemonie zu sprengen. Das Widersetzliche als solches kennt nicht »konservativ« und »progressiv«, nicht »links« und »rechts«. Wegen und *ausschließlich* wegen dieses ästhetischen Dralls der »revolutionären Geste« konnte Debord von Pariser kommunistischen Arbeitern 1968 und von Neurechten vierzig Jahre später gelesen und ergriffen werden.

»Diese Stellvertretung besitzt immer die Form des Zeichens. Daß das Zeichen, das Bild oder der Repräsentant zu Kräften werden, mit deren Hilfe ›die Welt‹ in Bewegung gesetzt wird, das ist der Skandal.«

Jacques Derrida:
Grammatologie.

Jacques Derridas *Grammatologie* setzt an einer vollkommen anderen Stelle an, zieht aber nicht minder umfassende systemkritische Schlüsse. Eigentlich geht er von einem linguistischen Problem aus: Was ist die Bedeutung von Zeichen? Zeichen verweisen auf die Welt, hat die abendländische Metaphysik seit Platon behauptet. Das ist ihr »Logozentrismus«, ihre Vernunft-Wortgläubigkeit, der Urgrund der rationalistischen Metaphysik, die sprachverwendende Subjekte und abgebildete Welt unterscheidet. Derrida hält dieses Denkbild für verhängnisvoll, denn auf diese Weise entstand Gewalt.

Zeichen *sind* Welt, nicht ihr Abbild, »endlose Signifikantenketten«. Auf diese Weise hat Sprache, zumal wenn sie schriftförmig verfaßt ist, ein Eigenleben, eine Eigenlogik, derer man als lesendes und schreibendes Subjekt nicht Herr werden kann. Texte konstruieren sich selber, und – das ist Derridas Punkt – »de-konstruieren« sich auch selber. Literaturtheorie und Philosophie haben also die Aufgabe, das Zerstörungs- und Selbsterstörungspotential in Texten auszugraben. In jedem Text steckt – hier ist Derrida bei allen methodischen Unterschieden nahe an Debord – sowohl Verwertungslogik als auch deren inhärente Selbsterstörung.

»Dekonstruktion« als Methode will beobachten, wie metaphysisch aufgeladene Texte sich selbst von innen heraus zerbröseln. Was Derrida indes nicht vorausgesehen hat, ist, daß nicht seine Texte, sondern seine »Methode«, die Dekonstruktion, eben jenes destruktive Element enthält. Es entfaltete sich im Moment der Rezeption in der philosophischen Gemeinde. Sie wurde in die unbegrenzte Freiheit der Beliebigkeit entlassen. Es begann der »Tanz um das Goldene Kalb Signifikant« (Peter Sloterdijk), man verstieg sich zu der postmodernistischen Vorstellung, es gäbe überhaupt keine Bedeutung, keinen Sinn, keinen Autor, keine Strukturen mehr, nur noch »Signifikantenketten«.

Das Ergebnis ist die derzeit herrschende Kulturwissenschaft, für die es nur noch diskursive Konstruktionen und keine Realität mehr geben darf.

Der elfenbeinerne dekonstruktivistische Furor hat, nachdem er sich ausgetobt hat in den 90ern – wollen wir es noch einmal kurz dialektisch nennen? – metaphysische Substantialisten ausgespuckt. Theoretiker, die Metaphysikkritik und Kapitalismuskritik gut finden, die durch die Dekonstruktion durchgegangen sind, die sie anzuwenden und zu »entwenden« gelernt haben, und die sehen: Es gibt etwas zu verlieren, und zwar etwas Substantielles.

»Im Grunde beruht Ihre gesamte Argumentation auf einem Haß auf die Demokratie!« sagt er zu mir und wird plötzlich ganz blaß, weil er eine Schlange zwischen seinen Füßen entdeckt hat. ›Ich schätze die Menschheit nicht genug, um mich mit ihr abzugeben. Wenigstens könnte der Roman, wenn er nicht zu den Organen der gutmenschlichen Propaganda gehörte, mich daran hindern, sie in Grund und Boden zu verachten ...«

Richard Millet: *Verlorene Posten*.

Richard Millet ist so einer, mit allen Wassern des französischen Poststrukturalismus gewaschen. Heute ist er als französischer Schriftsteller auf »verlorenem Posten«, wie er 2011 schreibt: »Dieser Gesellschaft zu schaden, ist mittlerweile mein einziges Anliegen. Ihr moralischer Verfall ist so weit fortgeschritten, daß das Historische und Wirtschaftliche zu den neuen Gewändern des Dämonen geworden sind. Sie beruht auf der abstrakten Allgemeingültigkeit einer Lüge – nämlich, daß der Mensch gut sei und vollkommen werden könne, so man ihn nur von der Ethnie, der Nation, dem Katholizismus, der weißen Rasse, den europäischen Traditionen, dem Westen selber erlöst.« Nur in der literarischen Sprache, seinem Exil im fast ausgetauschten Frankreich, könne er noch aufbegehren. Oder mit Richard Rorty gesagt: »Weil sie die Aussicht auf eine Welt von ›letzten Menschen‹ mit Abscheu erfüllt, betrachten Radikale die ›bürgerliche Gesellschaft‹ und die ›bürgerliche Ideologie‹ mit jenen Augen, mit denen Ironiker die Metaphysik betrachten: Sie sehen sie als heimtückische Versuchung, die zu überwinden ist. So konnte die Illusion entstehen,



Coverbild von Debords
Society of the Spectacle
(1983)

die Kritik der Metaphysik sei auch eine Kritik der bürgerlichen Ideologie – und umgekehrt. Die Radikalen wurden durch diese zufällige Gleichsetzung zur Annahme verleitet, es gebe eine enge Verbindung zwischen ironistischer Theorie und radikaler Politik«. (Richard Rorty: *Habermas, Derrida und die Aufgaben der Philosophie*)

Derrida ist für Rorty ein »Ironiker«, genau wie Nietzsche, Sartre oder Foucault, deren Texte für das »Streben nach sozialer Gerechtigkeit« unnütz bis schädlich seien, wenn man glaube, mit ihrer Hilfe ethische Probleme lösen zu können. Das Leben als Literatur, die Welt als Text zu lesen, wie Derrida es tut, diene der privaten Selbstvervollkommnung, nicht hingegen der liberalen Demokratisierung. Der »Verzicht auf den emanzipatorischen Gehalt« (Jürgen Habermas) in Derridas Kritik der Moderne macht ihn für politisch radikale Leser verführerisch, wie Rorty (der sich selbst als »postmodernen bourgeois Liberalen« sieht) moniert. Auch Debords *Gesellschaft des Spektakels* mangelt es an emanzipatorischem Gehalt, die ästhetischen Interventionen durch semantische »Entwendungen« sind genau das, was Rorty für eine fatale Illusion der Radikalen hält: Kritik der Metaphysik ist Kritik der kapitalistischen Ideologie.

Ist es für die Neue Rechte noch sinnvoll, Debord und Derrida zu rezipieren, und zwar in einem Sinne, der mehr ist als Verständnis der Feindideologie (z.B. kann man ohne Derrida kaum Judith Butlers Theorie der *hate speech* verstehen)?

Rorty hält mit Habermas daran fest, daß das linke Projekt der »Lösung unserer öffentlichen Probleme« mit Derrida ein Riesenproblem hätte, wenn er wirklich nachweisen könnte, »daß ›Sprache‹ etwas ist, das aus eigener Kraft wirksam werden, außer Kontrolle geraten, sich in den Rücken fallen, sich den Kopf abtrennen kann usw.«. Die Sache mit dem »Nachweisen« gehört zu Habermas' eigener Illusion, daß Philosophie nur Geltung beanspruchen darf, wenn sie intersubjektiv kommunikabel ist. Doch mit Derridas *Grammatologie* ist der unabweisbare (wenn eben auch nicht beweisbare) Verdacht in der Welt, daß wir scheinbar »autonomen Individuen« bloß die Objekte metaphysischer Sprache sind, genauso wie mit Debord der Verdacht in der Welt ist, daß wir bloß die gefangenen Objekte des »Spektakels« sind.

Rechte machen sich seit jeher wenig Illusionen über die Autonomie des Menschen. In der »durch das Spektakel prinzipiell geforderten Haltung« der »passiven Hinnahme« ist die Linke inzwischen selber gelähmt. Also sind wir dran. Rechte sehen heute – wie die Linken 1967 – keinen Ausweg als den, durch Ästhetik, durch Ironie »neue bedeutungsvolle Gesamtheiten« aus den Trümmern der Kultur zu heben. Rorty war der Ansicht, ästhetische und politische Philosophie gehörten getrennt, sonst drohe Radikalisierung. Und wenn schon, sie gehören eng zusammen! Das lehrt uns die *condition postmoderne* (Lyotard), deren Teilelement auch wir sind, die wir uns gewisse Grundfesten der Wirklichkeit (Rasse, Volk, Geschichte usw.) nicht ausreden lassen. ■

Literaturhinweise:

Alain de Benoist: *Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert*, Berlin 1999;

Guy Debord: *Die Gesellschaft des Spektakels*, Berlin 1996;

Jacques Derrida: *Grammatologie*, Frankfurt a.M. 1983;

Richard Millet: *Verlorene Posten*, Schnellroda 2017;

Richard Rorty: »Habermas, Derrida und die Aufgaben der Philosophie«, in: ders.: *Philosophie & die Zukunft*, München 2000;

Danilo Scholz: »Reflexe. Zur Wiederauferstehung des poststrukturalistischen Popanzes im deutschen Feuilleton«, in: *Merkur Online* vom 9. September 2016;

Raoul Vaneigem: *Handbuch der Lebenskunst für die jüngeren Generationen*, dt. 1980. theopenunderground.de

Thomas Wagner: *Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten*, Berlin 2017.

Geförderte Zerrüttung

von Sophie Liebnitz

Dieser letzte Text aus einer Dreierserie zum Thema »Geschlecht und die Rechte« sollte eigentlich den Entwurf einer Geschlechterpolitik für das rechte Lager beinhalten und den Titel »Mann-Frau. Eine Wieder-Holung« tragen. Die Ereignisse haben diese programmatischen Überlegungen in den Hintergrund treten lassen – die durch den Feminismus forcierte Frontstellung der Geschlechter hat, unter anderem im Gefolge der Weinstein-Affäre, eine neue Qualität erreicht. Es lohnt sich, näher ins Auge zu fassen, wie diese Frontstellung durch aktuelle (Meta-)Politik gefördert und vertieft wird.

Der Grad der Entfremdung zwischen den Geschlechtern, der mittlerweile erzeugt worden ist, läßt sich vielleicht am besten am Phänomen des *Meldens* beschreiben. Dieses hat in der letzten Zeit verblüffende Blüten getrieben, die allerdings die einer fleischfressenden Pflanze sind. »Melden« bezeichnet neuerdings einen Vorgang, bei dem eine Frau (meist bzw. in der Praxis so gut wie immer) einen Mann bei einer (meist) halbstaatlichen, jedenfalls aus Steuergeldern finanzierten Stelle oder im Internet wegen eines beliebigen unerwünschten Verhaltens denunziert.

In Deutschland steht dafür die zum 11. Oktober, dem Internationalen Mädchentag, gestartete Facebook-App »keine Kleinigkeit.de« zur Verfügung, während man, ebenfalls seit diesem Termin, seine Empörung über »sexistische« Werbung auf der Webseite *werbemelder.in* bei Pinkstinks loswerden kann, einer Organisation, die ihre Existenzberechtigung darin sieht, solche Werbung anzuprangern und gesetzlich unterbinden zu lassen. Das Bild des Prangers, das im letzten Artikel zitiert wurde, gewinnt mit erschreckender Geschwindigkeit an Aktualität. Es ist das neue Kollektivsymbol einer Kultur des öffentlichen Beschämens (*Public shaming*). Daß der Pranger nicht mehr auf dem Markplatz, sondern im Internet steht, verbessert die Sache nicht. Es vervielfacht die Zuschauer und stellt den Vorgang auf Dauer. Konnte der Delinquent den physischen Pranger verlassen und darauf hoffen, daß über die peinliche Angelegenheit Gras wachsen werde und daß sie im Nachbarort vielleicht gar nicht publik geworden sei, so ist es damit vorbei. Das Netz »vergißt nichts«. Das ist im wesentlichen gesagt worden. Was nicht gesagt worden ist: Derzeit stehen darin (fast) nur Männer.

Deren Stigmatisierung erfolgt nicht etwa aufgrund nachweisbar justiziablen Verhaltens, sondern durch beliebige Personen, die beliebige Vorfälle unerträglich finden. Und das geht so: »Jedes Mal, wenn du dich durch einen Kommentar zu deinem Körper und Aussehen, durch Nachpfeifen, Grabschen oder was auch immer sexuell belästigt fühlst, drückst du den Button in unserer App oder meldest den Vorfall auf unserer Webseite. Dabei ist egal, ob die Belästigung von Bekannten, Fremden, Kollegen oder jemandem aus der Familie ausgeht. *Belästigung ist, was dich belästigt* und keine Kleinigkeit« (*keine Kleinigkeit.de*; Hervorhebung S.L.). Halten wir fest: der Begriff Belästigung wird nicht definiert, die Mel-

dung erfolgt anonym (eine grobe Zuordnung nach Rubriken wie »Belästigungen mit Worten«, »Belästigungen ohne Worte«, »Belästigungen durch Exhibitionismus« kann, muß aber nicht getroffen werden). Niemand kann kontrollieren, ob der »Vorfall« überhaupt stattgefunden hat, geschweige denn, wie er stattgefunden hat. Die Vorfälle sind ohne Kontrolle beliebig multiplizierbar. Das ist besonders absurd angesichts der Tatsache, daß es das erklärte Ziel ist, »auf die hohe Dunkelziffer sexueller Belästigung im Alltag aufmerksam zu machen und diese abzubilden« (keinekleinigkeit.de). Eine Agenda, die zum freien Erfinden von Vorfällen geradezu ermutigt, ist vollkommen ungeeignet, eine Dunkelziffer abzubilden. Sie läßt keine wie immer gearteten Schlüsse zu. Das gilt ebenso von den sich explosionsartig verbreitenden Hashtags wie #MyHarveyWeinstein (Anne T. Donahue), #balancetonporc (Sandra Mueller), #metoo (Alyssa Milano) und #howIwillchange.

Die ersten sollen möglichst viele Frauen dazu animieren, ihre Erlebnisse mit sexueller Belästigung zu schildern. Es ist charakteristisch, daß es eine Schauspielerin und zwei Journalistinnen sind, die diese Hashtags auf den Weg gebracht haben. #howIwillchange wiederum, die männliche Antwort darauf, wurde von dem australischen Autor Benjamin Law initiiert. Das ist insofern pikant, als Law, was die »Belästigung« von Frauen betrifft, nicht unter Verdacht stehen dürfte. Er ist bekennend schwul. Soweit ich sehe, hat bislang kein heterosexueller Mann per Rautenzeichen in den Meinungskampf eingegriffen. Wie sehr die Kampagne medial befeuert wird, zeigt ein Blick auf die Internetseite der *Süddeutschen Zeitung*, wo ein Artikel den anderen jagt. Das Ziel dabei formuliert in schöner Eindeutigkeit die Feministin Anne Wizorek, die den #Aufschrei gegen den bedauernswerten Rainer Brüderle losgetreten hatte. »Mir geht es zu wenig um Kritik am gesellschaftlichen Nährboden, auf dem Sexismus und damit sexuelle Gewalt überhaupt gedeihen können. Genauso sollten wir dringend über Prävention sprechen. Wir vermitteln ja bereits unsern Kindern Geschlechterrollen, die ein Machtgefälle zwischen Jungen und Mädchen zementieren.« (Hannah Beitzer: »Mir geht es zu wenig um Kritik am gesellschaftlichen Nährboden«, in: sueddeutsche.de vom 14. Oktober 2017) Hier kommen wir zum Kern der Sache. Angegriffen wird unter dem Vorwand, gegen undefinierte »Belästigung« vorzugehen, das, was von klassischen Geschlechtsrollen noch übrig ist, die undifferenziert im Sinne männlicher Dominanz aufgefaßt werden.

Geht man die Kommentare durch, wird schnell klar, daß unter »Belästigung« die unterschiedlichsten Kommunikationsakte zusammengefaßt werden, wobei teilweise nicht einmal klar ist, ob es sich um absichtsvolles Tun handelt. Anstreifen, zuzwinkern, ein freundliches Kompliment, der Vorschlag, Telephonnummern auszutauschen, eine Essenseinladung fallen offenbar ebenso darunter wie gröbste Handgreiflichkeiten bis hin zur Vergewaltigung. Harmlose Alltagsreaktionen werden dadurch kriminalisiert; sie finden sich plötzlich auf einer Skala mit einem Verbrechen wie Vergewaltigung wieder. Umgekehrt wird Vergewaltigung verharmlost, wenn sie als Steigerungsstufe anzüglicher Blicke oder Bemerkungen erscheint.

Die suggerierte Kontinuität existiert nicht: Weder führt anzüglisches Verhalten zu Vergewaltigungen, noch geht einer Vergewaltigung zwangsläufig anzüglisches Verhalten voraus. Der Versuch, hier einen übergreifenden Zusammenhang zu konstruieren, indem all dies in einen Topf geworfen wird, zielt auf nichts weniger als eine umfassende De-Normalisierung männlichen Verhaltens ab. Das gesamte Verhaltensrepertoire wird Gegenstand von wahlweise moralischer Verurteilung, Kriminalisierung oder Pathologisierung. Geschaffen werden dabei Kataloge männlichen Verhaltens, die mittelalterlichen Lasterkatalogen gleichen, mit dem Unterschied, daß ihnen kein Tugendkatalog mehr gegenübersteht. Vom *Manspreading* zum *Mansplaining* tauchen neue offensive Verhaltensweisen auf, zu denen besonders auch die gezählt werden, die früher schlicht als höflich galten: das In-den-Mantel-Helfen, Tür-Aufhalten usw. kann stets als Attacke auf die Autonomie der Frau gedeutet werden. (Ein Bekannter berichtete mir ein einschlägiges Erlebnis: Als er in einem überfüllten Hörsaal aufstand, um einer Studentin seinen Platz anzubieten, fuhr die ihn an, sie sei doch nicht behindert.) Den kulturwissenschaftlich vorbelasteten Leser erinnert dies vielleicht an einen Prozeß, den Michel Foucault

»Millionen Frauen erheben jetzt ihre Stimme. Unter dem Hashtag #Metoo posten sie, wie sie von Männern bedrängt, begrabst oder sogar vergewaltigt wurden. Es gibt nicht nur einen Weinstein, sagen diese Frauen. Es gibt Millionen Weinstains auf der ganzen Welt. Es gibt sie nicht nur im ›System Hollywood‹, dessen Struktur Abhängigkeitsverhältnisse schafft und Ausbeutung begünstigt. Die Weinstains lauern in der U-Bahn, auf dem Oktoberfest, im Ausbildungsbetrieb – und mitunter in der eigenen Wohnung.«

Oliver Klagen: »Aber ich bin doch kein Weinstein!«, in: sueddeutsche.de vom 20. Oktober 2017.

»Gleichzeitig mit der gerade hochkochenden Debatte kündigt Frankreichs Staatssekretärin für Frauenfragen, Marlène Schiappa, eine seit Amtsantritt vorbereitete Gesetzesinitiative zur Reform des Sexualstrafrechts an. Sie hat eine landesweite Befragung von Frauen, aber auch von Experten wie Psychologen, Richtern und Polizisten lanciert. Noch Ende des Jahres will sie das Gesetz einbringen, das ›die Toleranzschwelle der Gesellschaft niedriger machen‹ soll.«

Martina Meister: »Verpfeife dein Schwein« wird in Frankreich zum Twitter-Trend«, in: welt.de vom 16. Oktober 2017.

die »Einpflanzung der Laster« nannte. Die in den detaillierten Beichtkatalogen der katholischen Kirche abgefragten sexuellen Praktiken hätten erst durch diese Abfrage ihr Profil und damit den Status eines benennbaren »Problems« erhalten. Vergleichbar verhält es sich hier, wenn für breitbeiniges Dasitzen von Männern plötzlich ein Wort benötigt wird. Die Schaffung von Neologismen zeigt im allgemeinen einen Bedarf an. Die katholische Kirche strebte nach möglichst vollständiger Kontrolle des Alltagslebens ihrer Schäfchen. Als hierarchisch strukturierte und allgegenwärtige Organisation vertrat sie diesen Anspruch in unübersehbarer Weise und bot damit auch aufkeimendem Widerstand ein klares Ziel. Aber für wessen Bedarf werden Begriffe wie *mansplaining* geprägt und männliche Verhaltensweisen katalogisiert? Gefördert vom Familienministerium (Pinkstinks) und von der HTW Berlin (keineKleinigkeit), bieten beide Organisationen schöne Exempel für den »Beutewert des Staates« bzw. der öffentlichen Hand – aber wer ist die Klientel dieser Geschlechterinquisition?



Robert Doisneau: »Le Baiser de l'Hôtel de Ville Paris«, 1950

Die Macherinnen, beides Geisteswissenschaftlerinnen, erheben sich zu Sprecherinnen aller Frauen, vertreten aber in erster Linie sich selbst und ihr engstes ideologisches Umfeld. Die Schöpfer der Hashtags wiederum stammen, wie wir gesehen haben, aus den Medien, der Filmbranche und in einem Fall zusätzlich der Schwulenszene, also sehr speziellen und entschieden links dominierten gesellschaftlichen Feldern. Von dieser Seite strebt man ganz ungeniert danach, die geschlechtsspezifischen und intimen Verhaltensmuster von europäischen und (weißen) amerikanischen Männern umzukrempeln. Wer sich dagegen zur Wehr setzt, hat das Problem, es nicht mit einer angreifbaren Institution, sondern mit dem oben beschriebenen Zusammenhang diffuser Interessengruppen zu tun zu haben.

Bemerkenswert ist die Existenz von »male feminists«, die solche Unternehmen unterstützen und etwa auch auf den Seiten von Pinkstinks in einer eigenen Rubrik das Wort ergreifen. Sie fallen unter die Kategorie der »Stellvertreterminoritären« (Bettina Gruber), also von Leuten, die einer Minderheit *nicht* angehören, deren reale oder vermeintliche Interessen dafür aber dreimal so lautstark unterstützen. Im Gegensatz zu ethnischen Minderheiten vertraten Frauen sich bislang im allgemeinen selbst, der typische Stellvertreter war eher für erstere zuständig. Sein Auftauchen scheint mir ein Indiz für den enormen Macht- und Statusgewinn der Gender-Ideologie zu sein: Auch Frauen sind nunmehr (in einer Situation, in der sie, jedenfalls in westlichen Ländern, wirtschaftlich, juristisch und sozial so gut gestellt sind wie nie zuvor) in den Kreis der zertifizierten Verdammten dieser Erde aufgenommen. Das bedeutet: sich zu ihren (feministisch vorgegebenen) Interessen zu bekennen, erbringt moralischen Mehrwert (idealistische Motive sind natürlich nicht ausgeschlossen).

Die Formulierungen, mit denen Männer erklären, warum sie sich aufgerufen fühlen, diese Rolle einzunehmen, sind stereotyp: »Ich bin als weißer, heterosexueller cis-Mann, der in Deutschland lebt und arbeitet, Teil einer der privilegiertesten Gruppen von Menschen, die es weltweit gibt. Ich werde in der Regel nicht diskriminiert. Im Gegenteil: Ich bin mehr Teil der Ursache von Diskriminierung, als Teil der Lösung.« Man müsse sich daher »seines Privilegs bewusst« sein und dieses nutzen, »um eben dieses Privileg zu kritisieren.« (Robert Franken: »Vom Privileg des Feministen«, in: pinkstinks.de vom 10. Juli 2017) Hier wird ersichtlich, was die Perspektive dieser Männer mit der Praxis des »Meldens« zu tun hat: Sie melden sich dem Weltgewissen und der Menschheit gewissermaßen gleich selbst als abschaffungswürdige Profiteure ihrer Rasse und ihres Geschlechts. Wie das in der Anwendung aussieht, demonstriert wieder einmal ein Blick nach Übersee. In einem Blog des *Scientific American* erreicht diese Haltung ungeahnte Höhen (oder Tiefen): Aus der Feder von



Bastian Greshake Tzovaras erging am 10. Oktober 2017 als Empfehlung an die Männer: »Mund halten, zurücklehnen und zuhören«. Denn für Frauen, die in den naturwissenschaftlichen Fächern Schwierigkeiten haben, gilt nicht etwa, daß sie sich mehr anstrengen müßten oder vielleicht im falschen Fach sind, sondern: »STEM [englisch für MINT-Fächer] has failed them«, ein Wortspiel mit »jemanden durchfallen« und »jemanden im Stich lassen« oder »enttäuschen«. »But how can men help to facilitate change and support women in STEM? All the things I try to implement are the result of listening to women – who sacrificed their spare time to educate me – and taking their advice. Thus, maybe the single best, most actionable thing is this: step back, shut up. Give women space, and listen to them.« In dieser aggressiv-pädagogischen Tonart geht es weiter. Das männliche Subjekt erteilt sich detaillierte Anweisungen zu seiner Abschaffung, verlangt die Aufstellung eines Verhaltens-Kodex (z. B. für die Zusammenarbeit im Labor) und will, sein eigener Grundschullehrer, das »gute Benehmen« in der wissenschaftlichen Gemeinde erzwingen (»reinforce«). Diese Gesänge der Unterwerfung laufen darauf hinaus, jedes normale männliche Konkurrenzverhalten, sofern es sich gegen Frauen richtet, als sexistisch zu tabuisieren.

Was aber gilt überhaupt als Sexismus? Die weitgefaßten Definitionen bestimmen ihn nicht einfach als abwertendes Verhalten oder Handeln gegenüber einem Geschlecht, sondern allein schon, wenn das jeweilige Gegenüber bekannten Geschlechternormen entspricht, d. h. sich als Mann oder Frau statt als »genderqueeres Einhorn« herausstellt, wittern sie den sexistischen Affront. Jede solche Erwartung wird negativ angesehen und praktisch kriminalisiert. Der Sexismus-Vorwurf wird damit

»Schmiedel, 45, ist die Gründerin des Vereins »Pinkstinks«. Die Organisation kämpft gegen Geschlechterklischees in der Produktgestaltung und in der Werbung und in diesem Kampf setzt sie vor allem auf den Druck der Öffentlichkeit. Schmiedel ist also so etwas wie eine professionelle Shitstorm-Organisatorin: Wenn Pinkstinks Produkte oder Kampagnen auf seinen Social-Media-Seiten anprangert, sehen sich die verantwortlichen Unternehmen meist binnen weniger Stunden einer Flut an kritischen Nachrichten und Schmähungen im Netz ausgesetzt. Nur wenige Firmen halten so einem Druck stand, die meisten Unternehmen ziehen die kritisierten Produkte oder Motive zurück, wenn sie es mit einer von Schmiedel organisierten Empörungswelle zu tun bekommen. Stevie Schmiedel ist der wandelnde Albtraum der Werbewirtschaft, seit Jahren schon – von Oktober an ist sie aber auch die Frau, die maßgeblich darüber entscheidet, unter welchen Bedingungen diese Branche künftig überhaupt arbeiten darf.«

Angelika Slavik: »Expertin für Empörung« ; in: *sueddeutsche.de* vom 1. August 2017.

Literatur:

Hans Peter Duerr: *Nacktheit und Scham. Der Mythos vom Zivilisationsprozeß*, Bd. 1. Frankfurt a.M. 1988;

Michel Foucault: *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I.*, 6. Aufl. Frankfurt a.M. 1992;

John Gray: *Von Menschen und anderen Tieren. Abschied vom Humanismus*. 3. Aufl. Stuttgart 2010;

Bettina Gruber: »Minderheiten. Ein Irrtum«, in: *Tumult. Vierteljahresschrift für Konsensstörung*. Frühjahr 2017, S. 56–61.

zum Ausdruck des gesellschaftsweit grassierenden *radikalisierten Individualismus*: Geschlecht soll nichts Verallgemeinerbares an sich haben, weswegen es in dieser Vorstellungswelt solange vervielfältigt wird, bis der Begriff jeden Sinn verloren und jeder »seins« gefunden hat. Es ist offensichtlich, daß die Bedeutung von »Geschlecht« als Kategorie hier völlig verfehlt wird.

Solange Geschlechter unterschieden werden, solange wird es »Sexismus« sowohl im Sinne von Rollenerwartungen als auch im Sinne einer alltagssprachlichen Abwertung des anderen Geschlechts geben. Rabiate Versuche, diese zu unterbinden, werden zwangsläufig zum Gegenteil führen. Das reale oder vermeintliche Fehlverhalten ist in einem gewissen Rahmen eine unausweichliche Konsequenz des Geschlechtsunterschiedes selbst. Das soll nicht heißen, daß man über grobe Beleidigungen hinwegsehen sollte, daß Vergewaltigung keine Straftat wäre oder daß es etwa keine Werbung gäbe, die das Etikett »sexistisch« verdienen würde. Sinnvoll wäre an dieser Stelle aber nicht eine Diskussion über ein Machtgefälle zwischen den Geschlechtern (man kann davon ausgehen, daß die Mehrzahl der abgelichteten Frauen sich nicht unter Zwang zur Verfügung stellt). Sinnvoll wäre eine Diskussion über Kategorien wie Scham(schwellen) und Anstand. Diese wird nicht geführt, weil sie selbst schambesetzt ist in einer Gesellschaft, die Schamfreiheit als den erstrebenswerten Zustand schlechthin etabliert hat.

Sexismus-Vorwürfe erzeugen systematisch Animositäten zwischen den Geschlechtern. Das Terrain zwischen Männern und Frauen wird dank der anhaltenden Forderungen nach »Geschlechtergerechtigkeit«, »Respekt« usw. zum verminten Gelände. Wir stehen vor der Tatsache, daß der Staat Mittel zur Förderung zwischengeschlechtlicher Konflikte bereitstellt, statt diese einzuhegen. Durch ein voluntaristisches Konzept von Geschlecht wird zugleich die klassische Familienstruktur erfolgreich zerstört. Der Staat selbst arbeitet demgemäß objektiv an der Zersetzung der Familie mit, egal wieviel von Familienförderung die Rede sein mag.

Warum ist dieses Zerstörungswerk den Linken so wichtig? Die Geschlechterfrage wurde von der alten Linken, die noch ganz auf die Ökonomie fixiert war, schließlich als Nebenschauplatz der Geschichte betrachtet. Nun, Zweigeschlechtlichkeit begründet zunächst Familie als Ort einer gewissen Selbständigkeit, an dem Widerstand gegen den Staat möglich wird (denn die Familie ist nicht nur die Keimzelle des Staates, sondern eben auch des Widerstands gegen diesen). Zudem bildet die Polarität der Geschlechter ein starkes Ordnungsprinzip traditionaler Gesellschaften. Die Einteilung in geschlechtsspezifische Tätigkeiten und Verhaltensweisen ist über lange Zeit gewachsen und für solche Gesellschaften konstitutiv. Schließlich bleibt in der Anziehung der Geschlechter ein beunruhigendes, unaustilgbares Stück Natur, ein Glutkern, der sich bislang der gesellschaftlichen Kontrolle entzogen hat. Linke Utopisten können weder historisch noch biologisch Gewachsenes ertragen, es steht ihrem hybriden Anspruch auf Allformbarkeit im Wege. Nirgends wird so deutlich wie am Bollwerk des Geschlechts, daß der linke Humanismus letztlich ein Narzißmus mit böartigen Konsequenzen ist. Die Zerstörung der Achse Mann-Frau ist der ultimative Triumph über die Natur *und* Tradition zugleich. Gender Mainstreaming ist deshalb für den Linkoliberalismus, also jene Ideologie, zu der das klassische linke Denken unter Bedingungen einer Konsumgesellschaft mutiert ist, von solch zentraler Bedeutung. Die gelungene Domestizierung von Geschlechtsidentitäten, durch staatlich lizenzierte Stellen und noch lieber durch Selbstzensur vorangetrieben, setzt das Siegel unter die linke Phantasie von der restlos machbaren Gesellschaft.

Aus diesem Grund wird versucht, Konformität schon in den Kindergärten zu erzwingen, und aus diesem Grund stehen (heterosexuelle) Männer, die durch den Wandel erkennbar(er) verlieren, im Zentrum der Attacken. Die Weinstein-Affäre bietet nur eine Gelegenheit mehr, Männlichkeit selbst zu kriminalisieren und ein Fehlverhalten Einzelner als Rammbock gegen ein widerständiges Geschlecht und die Widerstände der Geschlechtlichkeit selbst einzusetzen. Die Antwort des rechten Lagers kann nur darin bestehen, im eigenen Lager neue Allianzen zwischen den Geschlechtern zu schmieden. YOU WON'T DIVIDE US. ■

richtung nordost



Joachim Fernau Die jungen Männer

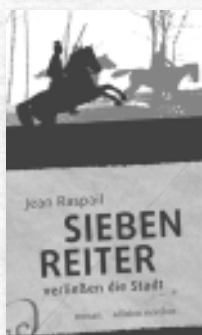
320 S., brosch., illustriert von A.E. Blotenberg, 19 €

Fernaus Roman *Die jungen Männer* spielt rund um den 30. Januar 1933. Dieser Tag der Machtergreifung Hitlers ist für uns heute ein Schlüsseldatum. Für Fernau »junge Männer« war es aber nur der Tag, an dem die Weimarer Republik wieder einmal eine neue Regierung bekam. Der Alltag ging weiter, man diskutierte die Ereignisse, aber die Geschichte blieb offen. **Nichts ist Fernau** mehr zuwider als die Über-

heblichkeit der Spätergeborenen. Er schildert unnachahmlich, wie der Mensch in seiner Zeit Ereignisse erlebt, von denen er nicht weiß, ob sie einmal als eine besondere Zeit wahrgenommen werden. **Die jungen Männer** – ein packend ehrlicher Roman: Vom Leben in der Diktatur kann nur schreiben, wer den kleinen und den großen Widerstand gegen die Tyrannis als Ausnahme begreift.



Joachim Fernau
Hauptmann Pax
144 S., brosch.,
illustriert, 17 €



Jean Raspail
**Sieben Reiter
verließen die Stadt**
248 S., brosch.,
illustriert, 22 €



Horst Lange
**Die Leucht-
kugeln**
172 S., brosch.,
illustriert, 17 €



Domenico
Di Tullio
**Wer gegen
uns?**
288 S., brosch.,
illustriert, 22 €



Friedrich Reck-
Malleczewen
Bockelson
Geschichte eines
Massenwahns
272 S., brosch.,
illustriert, 19 €

Verlag Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: vertrieb@antaios.de
www.antaios.de



God bless America

von Konrad Markwart Weiß

Wer während weniger Wochen Ostpreußen und Ostküste bereist, erlebt die Antipoden des Westens. Hier berücken Sommerkühle, Stille, Entschleunigung, Natur, weite Horizonte und Horizontalität; dort erdrücken Schwüle, Getöse, Rastlosigkeit, Urbanität und eine Vertikalität, die den Horizont oft auf einige hundert Fuß heranrücken und überdies nur mit dem Kopf im Nacken sichtbar werden läßt.

Selbst wer »God's own Country« über dessen linksliberales Schmelztiegel-Einfallstor New York betritt (entgegen Günter Maschkes Anweisung nicht »wenn überhaupt, dann als Mitglied einer Invasionsarmee«, sondern als gemeiner Tourist), ist vom Gegensatz frappiert: Die multiethnische Stadt, dabei *die* Stadt schlechthin, wie man alsbald zähneknirschend einräumt, ist an einem gewöhnlichen Wochentag beflaggt, wie man es sogar aus Europas selbstbewußteren Staaten an Nationalfeiertagen nicht kennt. Immer wieder zwingen überwältigende Schauwerte zum Rundumblick; immer rückt dabei das unentrinnbare Sternenbanner ins Gesichtsfeld – und am Rathaus von Staten Island ein eiserner Sammelbehälter zur Abgabe und würdigen Weiterbehandlung von »retired U.S. flags only«.

Auf der Fähre zurück nach Manhattan und in dessen Eingeweiiden, auf jedem U-Bahn-Wagen, den plakativen T-Shirts oder dezenten Ansteckern auf Anzugrevers und selbst auf den Getränkebechern der Passagiere, auf deren Mützen und den Werbeflächen darüber – spätestens wenn man an der piekfeinen Fifth Avenue wieder an die Oberfläche steigt, glaubt man in Sachen Flaggentaumel alles gesehen zu haben: bis man die katholische St. Patrick's Cathedral erblickt, ungläubig, weil selbst sie mit Stars and Stripes beflaggt ist.

Sogar die spätnächtliche Ausfahrt eines Feuerwehrwagens über den taghellen Times Square am Broadway, eines chromblitzenden Ungetüms, gerät zur patriotisch-dramatischen Inszenierung, und gelte es auch nur ein Kätzchen aus der Baumkrone zu retten: Blinkend und gellend bahnt sich Truck 4 – laut zahlreichen Aufschriften »Pride of Midtown« – seinen Weg, mit flatternden US-Fahnen am Heck. Ihren Ruhm hat sich die Truppe insbesondere an Nine-Eleven erworben, als über 300 Feuerwehrleute unter den Trümmern des World Trade Centers zu Tode kamen. So erwartet man gerade am Ground Zero gestreift-gesterntes Pathos in Blau-Weiß-Rot, das alles Bisherige in den Schatten stellt – und erlebt eine handfeste Überraschung: Der zentrale Gedenkort ist vollkommen flaggenlos, ist einer der stillsten und horizontalsten Orte Manhattans – und auch deshalb einer der beeindruckendsten. Dort, wo einst die beiden Haupttürme des WTC in die Wolken ragten, ihre Abmessungen am Fundament beibehaltend, sind die Namen der 3000 Toten des 11. September in die umlaufende, massive Bronzebrüstung eingekerbt, hinter der ein Wasserfall in unzähligen feinen Fäden auf den Grund der rechteckigen Bek-

ken stürzt, um dann, einer fast unmerklichen Neigung folgend, in deren Mitte langsam in einem dunklen Schacht zu verschwinden, dessen Grund dem Blick der Betrachter entzogen bleibt. Und diese sind ungewöhnlich still, obwohl die sonst allgegenwärtigen Aufsichtsorgane und belehrenden Hinweisschilder fehlen, verzehren nichts, posieren nicht, telefonieren kaum und verleihen dem Ort zusätzliche Würde. Das angrenzende neue One World Trade Center scheint menschenleer, niemand fährt über die stark bewehrte Auffahrt vor, niemand betritt oder verläßt den Turmbau, dessen gläserne Fassade den strahlend blauen Himmel spiegelt und sich trotz ihrer 400 Meter Höhe beinahe dezent in diesen einfügt. Der vollständig aus dem Getriebe der Riesenstadt herausgelöste Ort vermittelt insgesamt den Eindruck, als wäre Amerika womöglich nachdenklich geworden, nachdenklich an seiner eigenen Größe und der üblichen Art, diese zu zelebrieren und aller Welt auf allen Kanälen unausgesetzt ins Bewußtsein zu hämmern.

Der schwerste Hammer, trotz der nun wirklich nicht zu vernachlässigenden politischen, wirtschaftlichen und populärkulturellen Schlaginstrumente, bleiben die United States Armed Forces, denen man denn auch Schlag auf Schlag begegnet: Auf Bahnhöfen und Flughäfen, immer wieder entlang der einschlägigen Phalanx hausgroßer Fahnen, US Army, US Marine Corps, US Navy, US Air Force, US Coast Guard, schon vor der eigentlichen Ankunft und erst recht hinterher, wo allgegenwärtige Details eine allgemeine Geisteshaltung kennzeichnen: Von der Getränkekarte, die in Großbuchstaben HEROES VODKA, weil »veteran owned«, empfiehlt, über die empörte Entgegnung eines zerlumpten Stadtstreichers auf die vorbeugende Zurückweisung durch einen Washingtoner Hochbürokraten: »I'm a veteran, man!«; vom ausgewachsenen Flugzeugträger, als Kriegsmuseum dauerhaft vor Anker an der West Side Manhattans, bis zur National Mall, die sich im Herzen Washingtons über Kilometer erstreckt – die US-Amerikaner sind nicht das Volk, das sich »ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt« hätte. Stattdessen reihen sich dort gewaltige Denkmäler für Kriege, Krieger und Kriegsherren, von keinerlei Selbstzweifeln angekränkelt, in ununterbrochener Abfolge aneinander – und selbst »kontextualisierende Erklärungstafeln«, die aus der bequemen Position der Nachgeborenen die Vergangenheit (um)deuten könnten, fehlen zwischen den gletscherweißen Massiven von Kapitol und Lincoln Memorial. Nur die Gesichtszüge der Monumentalstatue des Präsidenten auf seinem Thron aus Rutenbündeln sind zerquält, wenn sie dem Potomac River den Rücken zukehrt, auf dessen jenseitigem Ufer Virginia liegt. Dort befindet sich der Nationalfriedhof Arlington, dessen Erde über eine Viertelmillion Gefallene bedeckt – die ersten Toten des Bürgerkriegs. Sinnigerweise befindet sich der Friedhof auf dem enteigneten Anwesen des legendären Konföderierten-Generals Robert E. Lee.

Daneben zwei weitere emblematische Bauten der US-Streitkräfte: Die fünf jeweils 300 Meter langen Fassaden des äußersten der fünf Gebäude rings des Pentagon und das Marine Corps War Memorial, das den weltberühmten »Schnappschuß« von sechs Marines, die auf Iwo Jima die US-Flagge hissen, in Bronze gießt. Die Inschriften am Sockel verzeichnen die Waffentaten der Marineinfanterie: Euphemistisch, wie in »War between the States«, fragwürdige Heldenstücke wie die »Indian Wars« und frühe Bananenkriege, oder unzählige Feldzüge jüngerer Datums – wo auch immer Uncle Sam sich »widerwillig« gezwungen sah, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten »selbstlos« zum Durchbruch zu verhelfen.

Diese Sichtweise trommeln auch die Fremdenführer des angrenzenden Arlington National Cemetery unbekümmert, und wenn die Schalterdame zuvor darauf hingewiesen hat, daß der Eintritt für Veteranen frei sei, und zwar für jene *aller* Nationen, möchte man *fair enough!* ausrufen – sind doch die meisten nichtamerikanischen Veteranen erst durch US-Angriffe in diesen Stand gelangt. Gleichviel: Zwischen den sattgrünen Graberfeldern mit hunderttausenden gleichartigen, schneeweißen Grabsteinen, die sich in Reih und Glied bis zum Horizont der makellos gepflegten hügeligen 250 Hektar hinziehen, wandelt man durch eine arkadische Landschaft, zudem »the nation's most sacred shrine«, wie Hinweisschilder den ehrfürchtigen Besuchern überflüssigerweise einschärfen. Erst am Grabmal des Unbekannten Soldaten des Ersten Weltkriegs, während der Ansprache des kommandierenden Offiziers der Wachab-

»This country is in a crisis. And if you're fighting to save this country, if you're fighting to take this country back, it's not going to be sunshine and patriots. It's going to be people who want to fight.«

Steve Bannon

lösung, wird dessen bombastische Rede und outrierende Intonation selbst einem dem Militärisch-Zeremoniellen gewogenen ausländischen Beobachter schwer erträglich; keineswegs aber den anwesenden Amerikanern, was den entscheidenden Mentalitätsunterschied zwischen deren Volk und Politikern und Europa, insbesondere Deutschland, unterstreicht, den unterschiedlichste Gesprächspartner im Verlauf der Reise ausnahmslos bestätigen: Während die entschlossene Parteinahme für Nation, Fahne und Armee hierzulande politische Karrieren beendet, ist sie dort Voraussetzung.

Diese überragende gesamtgesellschaftliche Wertschätzung wurde den U.S. Armed Forces traditionell allerdings keineswegs zuteil, ganz im Gegenteil, wie Martin van Crefeld darlegte: »Historisch gesehen waren militärische Werte der amerikanischen Demokratie so fremd, daß das Militär als vernachlässigtes Stiefkind galt und sich auch so empfand. (...) Offiziere der Land- und Luftstreitkräfte erfüllten hartnäckig ihre Pflicht in einem Volk, das hoffte und zu glauben versuchte, alle Offiziere seien so nutzlos wie ihre Säbelketten« (*Kampfkraft*, Graz 2005.). Und in der scheinbar so unerschütterlichen Verbundenheit der Amerikaner mit Armee und Nation zeigen sich neuerdings wieder Risse – neuartige. Anders als zu Zeiten des Vietnamkriegs richtet sich heute der Widerstand nicht quer durch alle Schichten gegen den Gesamtstaat und seine Interventionen *overseas*, mithin gegen ein als ungerecht erachtetes gegenwärtiges Wirken nach außen: Die nicht weniger wütenden Aktivisten unserer Tage nehmen in sehr europäischer Weise vielmehr die eigene *Vergangenheit* aufs Korn, die sie mit der Elle des Zeitgeists anhand echter oder vermeintlicher, aber jedenfalls nicht ihrer eigenen Partikularinteressen messen.

Dieser Zeitgeist konterkariert die integrative Fahnen-Besessenheit der Amerikaner und stärkt ihre zweite, ebenso allgegenwärtige, aber zentrifugale: jene für Rassenfragen – ausgerechnet im Mutterland der politischen Korrektheit. So wurde zunächst, in einem ersten Anlauf, die Konföderierten-Fahne von den Kapitolen der Südstaaten geholt; als Vorwand diente die Photographie eines späteren Amokläufers vor dem inkriminierten Banner. Landesweit überboten sich in weiterer Folge auffallend oft weibliche Politiker darin, Denkmäler für emblematische Figuren des Südens schleifen zu wollen; dann legte ein fast ausschließlich weißer Mob *brevi manu* selbst Hand an und stürzte, in wütender Geschäftsführung ohne Auftrag und angeblich zugunsten der meistens gleichgültigen schwarzen Bevölkerungsgruppe, diese vermeintlich insultierenden Statuen. Ein weiterer weltberühmter Volksheld des amerikanischen Südens, der selbst nach der heutigen hypertrophen Definition des Rassismus gänzlich unverdächtige Johnny Cash, sang seinerzeit »God bless Robert E. Lee«; in Charlottesville und andernorts wird dieser heute vom Sockel geholt. Daß die Gestürzten vor allem für die Erhaltung der Sklaverei gekämpft hätten, ist schon historisch gesehen grob vereinfachend und dennoch eine stets wiederkehrende Begründung; die eigentliche Stoßrichtung enthüllt jene, mit der die durch ihre ersten Erfolge angestachelten US-Taliban nun auch den Sturz der Statuen des Christoph Columbus unter anderem in Columbus/Ohio fordern: »Topple white supremacy now!«.

Von einer Vorherrschaft der demographisch, topographisch, ideologisch und kulturell stetig auf dem Rückzug befindlichen Weißen ist im Laufe der Reise indes wenig auszumachen; eine Petition für die Schleifung eines weiteren Columbus, schließlich »ein Mann, der Schwarze ermordet, vergewaltigt und versklavt hat«, verrät dafür, wohin die Reise gehen soll: »Um Mitglieder unserer Gesellschaft zu ehren, deren Führung wir inspirierend finden«, soll an seiner Stelle dem jüngst an einer Überdosis verstorbenen schwarzen Pop-Musiker Prince ein Denkmal gesetzt werden.

Die allmähliche Zersetzung nun auch des Hegemonen, von innen heraus, betrieben durch eine schwindende Noch-Mehrheit zugunsten wachsender Noch-Minderheiten, mag angesichts dessen Sünden zunächst klammheimliche Befriedigung auslösen. Indes: Noch jede einschlägige Welle ist während der vergangenen Jahrzehnte über den Atlantik nach Europa geschwappt – und diese neue trafe hier auf einen schon davor gleich mürberen Kontinent. Daher, und schon aus egoistischen Gründen, so schwer es über die Lippen gehen mag: *God bless America.* ■

»Im Dezember 2015 stimmte der Stadtrat von New Orleans dafür, vier Bürgerkriegsdenkmäler entfernen zu lassen. Eineinhalb Jahre später setzte die Stadt den Plan um. Mitte Mai wurde das letzte Monument abtransportiert, eine Statue von Robert E. Lee. Bürgermeister Mitch Landrieu sagte, die Konföderation hätten »auf der falschen Seite der Geschichte und der Menschheit gestanden. Man dürfe das, was passiert sei, zwar niemals vergessen, es aber auch nicht »auf einen Podest stellen.«

Julian Dorn: »Bürgerkriegsdenkmäler spalten Amerika«, unter faz.net vom 16. August 2017.

Jared Taylor, Advokat der Weißen

von Martin Lichtmesz

Als ich im Frühjahr 2017 per E-mail eine Einladung bekam, auf der alljährlichen Konferenz des US-amerikanischen Thinktanks *American Renaissance* (Amren) einen Vortrag zu halten, zögerte ich nicht lange mit einer Zusage: Nicht nur bot sich mir die Gelegenheit, zum ersten Mal die USA zu bereisen, ich war auch gespannt darauf, einem der interessantesten Köpfe der amerikanischen Rechten persönlich zu begegnen. Ich hatte in unzähligen YouTube-Videos fasziniert verfolgt, wie der 1951 als Sohn christlicher Missionare in Kobe geborene und in Japan aufgewachsene Amren-Chef Jared Taylor mit einer geradezu asiatischen Ruhe ein linkes Argument nach dem anderen hinterfragte und widerlegte, Fangfragen abfederte und Unterstellungen elegant zurückwies, dabei stets den Eindruck eines vernünftigen, höflichen Gentlemans der alten Schule erweckend. Niemals ließ er sich provozieren, niemals verlor er die Haltung oder die Geduld, selbst gegenüber den aufsässigen und dümmsten Gegnern. Taylor genießt im rechten Spektrum abseits des Mainstreams großen Respekt als integrierter, scharfsinniger »Advokat weißer Interessen« und wichtigster Vertreter des sogenannten »Rassenrealismus« (»race realism«). Mit diesem Schlagwort grenzt er sich vom stigmatisierenden Vorwurf des »Rassismus« ab – nicht Herabsetzung von Rassen oder ethnischen Gruppen sei beabsichtigt, sondern die Beschreibung ihrer durchschnittlichen Fähigkeiten, Handicaps und typischen sozialen Verhaltensweisen.

Seine ganze Arbeit dreht sich im wesentlichen um drei miteinander verknüpfte Themen, von denen man zwei davon in Deutschland nicht einmal ansatzweise öffentlich diskutieren könnte (im Gegensatz zu den USA gilt schon das Wort »Rasse« als verbrannt und wird kaum benutzt), und das dritte nur mit Einschränkung: Die Affirmation einer selbstbewußten »weißen Identität«, die wissenschaftliche Untersuchung von biologischen Rasseunterschieden und ihrer soziokulturellen Auswirkungen sowie die Kritik an einer Identitäts- und Einwanderungspolitik, die im Verbund mit demographischen Tendenzen dazu führen wird, daß die weißen Amerikaner, die heute nur mehr 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen (im Jahre 1960 waren es noch rund 90 Prozent, eine Zahl, die zwischen 1870 und 1970 mit geringen Schwankungen ziemlich konstant blieb), spätestens ab dem Jahre 2050 in der Minderheit sein werden, was unter anderem die US-Volkszählungsbehörde (U.S. Census Bureau) 2008 offiziell bestätigte. Es findet also in den Vereinigten Staaten ein ähnlicher »großer Austausch« statt wie in Westeuropa, und hier wie dort reagiert die Linke auf dieselbe Weise: Entweder wird dieser Prozeß (die Altright-Szene spricht von einem schleichenden »weißen Genozid«) als »rechtsradikale Verschwörungstheorie« und »Paranoia« verworfen oder aber das stetige Schrumpfen der einst dominanten weißen Bevölkerung zu einer Minderheit unter anderen Minderheiten unverhohlen abgefeiert. Den berüchtigten »weißen heterosexuellen Mann« oder die weiße Rasse generell

»Rasse ist ein wichtiger Aspekt der individuellen und der kollektiven Identität. Von all den Bruchlinien, die eine Gesellschaft spalten – Sprache, Religion, Klasse, Ideologie – ist sie die hervorstechendste und polarisierendste. Rasse und Rassenkonflikte stehen im Zentrum einiger der gravierendsten Herausforderungen, der sich die westliche Welt im 21. Jahrhundert stellen muß. Rassenprobleme können nicht ohne adäquates Verständnis gelöst werden. Versuche, ihre Bedeutung herunterzuspielen oder ihre Realität zu leugnen, verschlimmern diese Probleme nur noch. Fortschritt bedarf der Studie sämtlicher Aspekte von Rasse, historisch, kulturell oder biologisch. Diesen Ansatz nennen wir Rassenrealismus.«

American Renaissance:
»Woran wir glauben«,
unter: amren.com.

als weltgeschichtliche Schurken und Alleinschuldige an den Rassenkonflikten in den USA hinzustellen, ist inzwischen linksliberaler Mainstream, der über Portale und Magazine wie *Salon*, *Slate*, *Buzzfeed* oder *Huffington Post* weite Verbreitung findet. Bei nicht-weißen Linken (im Amerikanischen: »liberals«) ist die Grenze zum offenen anti-weißen Rassenhaß häufig weit überschritten, während weiße Linke das nordamerikanische Pendant zum westeuropäischen »Ethnomasochismus« bilden, der in Gestalt der »Social Justice Warriors« oft schrille Formen annimmt. Aus dieser Richtung kommt auch das Bestreben, die in den USA durch den 1. Zusatzartikel zur Verfassung (»First Amendment«) geheiligte Redefreiheit einzuschränken, indem bestimmte »diskriminierende« Meinungen als »Haßrede« gebrandmarkt werden. Auch Taylor ist eine beliebte Zielscheibe zahlreicher linker Wachhundorganisationen (etwa dem berüchtigten »Southern Poverty Law Center«), die wie in Deutschland mit Diffamierung und Desinformation arbeiten und Allianzen mit gewaltbereiten Antifanten bilden.

Um Jared Taylors Positionen gebührend einzuordnen, ist es wichtig, zu verstehen, wie sehr die Gesellschaft der Vereinigten Staaten im Zeitalter eines gravierenden demographisch-kulturellen Umbruchs vom Thema »Rasse« (respektive »Rassismus«) geradezu besessen ist, was eine direkte Folge ihrer Fragmentierung in allzu heterogene Bestandteile ist. »Rasse« ist also keineswegs ein Thema, das ausschließlich fanatische »Rassisten« wie »Antirassisten« bewegt, sondern das die gesamte auseinanderbröckelnde Nation in ihren Bann geschlagen hat. Ein »liberal« würde den einleitenden Sätzen von Taylors seinerzeit auch im Mainstream gelobten Buch *Paved With Good Intentions* (»Mit guten Absichten gepflastert«, 1993) wohl ohne weiteres zustimmen: »Rasse ist das große amerikanische Dilemma. Das war immer so und wird wahrscheinlich so bleiben. Die Rassenfrage hat unsere Vergangenheit getrübt und verdunkelt unsere Zukunft. Es handelt sich dabei um ein besonders schmerzhaftes und sogar beschämendes Dilemma, da die Vereinigten Staaten in vielfacher Weise ihrem Volk als Segen und der Welt als Vorbild gedient haben.« Der Unterschied ist, daß die »weißen Nationalisten« oder »Separatisten« (wie sie sich selbst nennen) darüber auf eine Weise sprechen, die die Spielregeln des Diskurses verletzt, mit anderen Worten die linke Deutungshoheit und Vormachtstellung attackiert. Ihr größtes Problem ist dabei, daß sie einen fundamentalen Glaubensartikel der USA in Frage stellen oder zumindest historisch relativieren müssen, nämlich den Satz der Unabhängigkeitserklärung, wonach es »selbstevident« sei, »daß alle Menschen gleich erschaffen worden« seien. Hinzu kommt, daß explizit »weiße Identitätspolitik« in den USA historisch mit verschiedenen extremistischen Traditionen verknüpft ist (nicht anders übrigens als die »Black Power«-Bewegung), vom 1915 neugegründeten Ku-Klux-Klan (der noch heute in skurrilen Restbeständen fortbesteht), über die »American Nazi Party« des Provokateurs George Lincoln Rockwell bis zur »National Alliance« seines Zöglings William Luther Pierce. Auch die chaotisch zusammengewürfelte Altright-Bewegung kann sich zu ihrem eigenen Schaden über weite Strecken nicht von diesem Erbe freimachen, besonders in ästhetischer Hinsicht. Die unter anderem von Richard Spencer angeführte »Unite the Right«-Demonstration vom 11. und 12. August dieses Jahres versammelte zahlreiche rechte Splittergruppen, um in Charlottesville, Virginia gegen die geplante Entfernung einer 1924 errichteten Statue des konföderierten Generals Robert E. Lee zu protestieren. Die Veranstaltung geriet zum Fanal, das von den Medien wie immer stark tendenziös ausgeschlachtet wurde. Die Polizei und die Stadtverwaltung provozierten gezielt eine gewaltsame Eskalation, als sie die Demonstration auf ihrem Siedepunkt plötzlich für aufgelöst und »illegal« erklärten und die Demonstranten ohne Schutz in die Richtung der militanten linksextremen Gegendemonstranten trieben. Ein Teilnehmer der »Unite the Right«-Demonstration verlor offenbar die Nerven und fuhr mit seinem Auto auf zwei weitere Wagen auf, deren eines eine linke Demonstrantin traf und tötete. Den Rechten wurde von den Medien die Alleinschuld an dem Desaster aufgeladen, während Donald Trump (auch vom hiesigen *Spiegel* und *Stern*) als verkappter »Klansman« dargestellt wurde, weil er es gewagt hatte, die Gewalt beider Gruppen zu verurteilen. Die Entfernung der Reiterstatue Lees ist indes nur eine Maßnahme unter vie-

»Doch Rasse ist das Kind des Rassismus, nicht seine Mutter. Und die Definition eines ›Volkes‹ hatte nie mit Abstammung und Physiognomie zu tun, sondern immer mit Hierarchie. Unterschiede von Haut und Haar sind alt. Der Glaube an die Überlegenheit von Haut und Haar, der Gedanke, diese Faktoren könnten eine Gesellschaft angemessen strukturieren und würden auf tiefere, unauslöschliche Eigenschaften hinweisen – das ist der neue Gedanke im Herzen dieser neuen Menschen, die rettungslos in dem tragischen Irrglauben genährt wurden, weiß zu sein.«

Ta-Nesihi Coates, *Zwischen der Welt und mir*, Berlin 2016.

»Donald Trumps Wahl hat mir klar gemacht, daß ich meinen Jungen eine generationale Lektion beibringen werde, eine, die mir selbst zum Großteil fast entgangen wäre. Ich werde ihnen beibringen, vorsichtig zu sein, ich werde ihnen beibringen, Verdacht zu schöpfen, ich werde ihnen beibringen, mißtrauisch zu sein. Viel früher, als ich gedacht hätte, werde ich mit meinen Jungen diskutieren müssen, ob sie mit Weißen wirklich befreundet sein können.«

Ekow N. Yankah, »Can My Children Be Friends With White People?«, in: *New York Times*, vom 11. November 2017.



Jared Taylor und Martin Lichtmesz, American Renaissance Conference, 29. Juli 2017, Burns, Tennessee

»Wer ist rassistischer, Weiße oder Schwarze? Schwarze! Und wißt ihr warum? Weil auch wir Schwarze hassen! Alles, was Weiße an Schwarzen nicht leiden können, können Schwarze ERST RECHT nicht an Schwarzen leiden. Es gibt einen Bürgerkrieg unter Schwarzen, und es gibt zwei Seiten: Schwarze und Niggas. Und die Niggas müssen weg! Jedemal, wenn Schwarze eine gute Zeit verbringen wollen, kommen ein paar ignorante Nigga-Ärsche und vermässeln es!«

Chris Rock: *Niggas vs. Black People*, Comedy-Routine, 1996.

len im Rahmen einer laufenden ikonoklastischen Welle, die darauf abzielt, die historische Erinnerung an das pauschal als »rassistisch« denunzierte Erbe der Südstaaten auszulöschen. Dabei zeichnet sich jetzt schon ab, daß die nächsten und übernächsten Wellen das traditionelle (implizit weiße) Amerika schlechthin attackieren werden. So forderte der kalifornische Ableger der Bürgerrechtsorganisation NAACP bereits die Abschaffung der Nationalhymne »Star-Spangled Banner«, weil auch diese latent schwarzenfeindlich sei.

In diesem von der antirassistischen Linken dominierten Diskurs haben diejenigen, die sich für die Interessen der Weißen einsetzen, auch aus anderen Gründen einen erheblichen Nachteil. Die Spielregeln stehen hier deutlich zu ihren Ungunsten und basieren auf doppelten Standards. Während die Weißen unablässig aufgefordert werden, ihre »Schuld« gegenüber Nicht-Weißen und ihr »weißes Privileg« zu bekennen, werden andere Gruppen, insbesondere Schwarze und Latinos, zum Stolz auf ihre eigene Rasse oder Ethnie ermutigt und theoretisch vom Vorwurf des Rassismus abgeschirmt, gemäß des Ideologems, daß »rassistisch« nur sein kann, wer die strukturelle Macht in den Händen hält (also Weiße). Eine besonders aufpeitschende Rolle hat hier die »Black Lives Matter«-Bewegung gespielt, die ein verzerrtes Bild angeblich willkürlicher, rassistisch motivierter Polizeigewalt gegen Schwarze propagiert, unter Ausblendung der überproportional hohen schwarzen Verbrechensraten, insbesondere der Tatsache, daß im Jahresschnitt über 90 Prozent der schwarzen Mordopfer von anderen Schwarzen ermordet werden. Der Rassismus-Begriff wird derart umfassend angewendet, daß es für die beschuldigten Weißen auf kafkaeske Weise kein Entrinnen gibt. Sie werden des Rassismus beschuldigt, wenn sie aus einer Wohngegend fliehen, weil dort zu viele Farbige leben, aber auch, wenn sie eine farbige Wohngegend besiedeln und »gentrifizieren«; wenn sie die Hautfarbe des anderen wahrnehmen (»Othering«), aber auch, wenn sie sich farbenblind stellen (mangelnder Respekt vor dem Anderssein des Anderen); wenn sie nicht an der Kultur der Nicht-Weißen teilnehmen (Abgrenzung), aber auch, wenn sie an deren Kultur teilnehmen (»kulturelle Aneignung«). In der linken antirassistischen Ideologie sind Weiße per se Unterdrücker und Nicht-Weiße eine unterdrückte Klasse. Rasse sei ein »soziales Konstrukt«, während »Rassismus« eine unhinterfragbare Realität sei. »Diversity« (das Pendant zu »Buntheit« und »Vielfalt«) müsse gefeiert werden, obwohl in Wahrheit alle Menschen jenseits der Hautfarbe völlig gleich seien; allseitige biologische Rassenmischung (die aufgrund ihrer rezessiven Gene langfristig dazu führen würde, daß es keine Weißen mehr gibt) wird als Weg in eine

tolerante, friedliche, egalitäre Menschheitszukunft gepriesen. Jeglicher Muckser einer sich selbst behauptenden oder abgrenzenden weißen Identität wird unterschiedslos als »white supremacy« gebrandmarkt, was man als »weiße Vorherrschaft«, »weißes Überlegenheitsdenken« oder »weißer Chauvinismus« übersetzen kann. Besonders entlarvend war in dieser Hinsicht eine Kampagne, die im Oktober 2017 aus den Untiefen des Internetforums 4chan lanciert wurde. Über soziale Medien und Handzettel wurde viral der Slogan »It's Ok to be White« verbreitet, der sofort hysterische Stimmen auf den Plan rief, die ob dieses »Rassismus« und dieser »white supremacy« Alarm schlugen. Damit war der Beweis erbracht, daß im Amerika des Jahres 2017 bereits ein bloßes »OK« zum »Weißsein« als »rassistisch« gilt – passend zum Skandal der »implicit whiteness« Donald Trumps, der von seinen Gegnern ohne jeglichen Beweis dogmatisch zum »Rassisten« erklärt worden ist, analog zur Zurückweisung jeglicher Kritik an Barack Obama als »rassistisch«. Mit der Wahl Obamas zum ersten schwarzen Präsidenten der USA (seine Mutter war übrigens weiß) wurde 2009 von seinen Apologeten das unvermeidliche demographische und kulturelle Ende des weißen Amerika eingeläutet und bejubelt; Amerikaner sein und »Weißsein« werde fortan nicht mehr die selbstverständliche Norm sein wie bisher. Die Jahre der Obama-Administration erwiesen sich jedoch keineswegs als sanfter Übergang in eine »postrassistische« Gesellschaft und führten stattdessen zu wachsenden sozialen und rassischen Spannungen. Der Wahlsieg Trumps bedeutet für die Verfechter dieser Ideologie einen untragbaren Backlash, wobei sie nicht imstande sind, ihre Mitschuld an der Polarisierung zu erkennen.

Weil die Linke am egalitären Dogma festhält, muß sie den »weißen Rassismus« zum Sündenbock für das Mißlingen ihrer multirassistischen Utopie erklären. Die Grundlage für diese Schuldzuweisung (die übrigens auch von schwarzen Konservativen wie Thomas Sowell abgelehnt wird) wurde bereits 1944 von dem schwedischen Soziologen Gunnar Myrdal in der Studie *An American Dilemma* formuliert: »Weißes Vorurteil und Diskriminierung sind verantwortlich für die niedrigen Standards der Neger, was ihre Lebensbedingungen, Bildung, Sitten und Moral betrifft, die wiederum die Vorurteile der Weißen fördern.« Siebzig Jahre später hat sich die Lage der Schwarzen trotz Desegregation, Integration, »affirmative action« und umfassender antirassistischer Propaganda insgesamt kaum verbessert, wenn nicht verschlechtert (ein Beispiel: bis zu 75 Prozent der schwarzen Kinder werden heute unehelich geboren, während es im Jahre 1965 noch 24 Prozent waren; bei Weißen sind die entsprechenden Raten etwa 30 Prozent vs. drei Prozent). Die wenigen entschiedeneren unter den Mainstreamkonservativen kritisieren die unregelmäßige, häufig illegale Einwanderung aus der Dritten Welt oder Mexiko, Mittel- und Südamerika vor allem auf der Basis kultureller Inkompatibilität, wie etwa die schlagfertige Republikanerin Ann Coulter in ihrem Bestseller *Adios, America! The Left's Plan to Turn Our Country Into a Third World Hellhole* (»Wie die Linke plant, unser Land in ein Dritte-Welt-Höllchen zu verwandeln«, 2015). Die Strategie dieser Konservativen ist es, für einen wahrhaft farbenblinden (also auch *nicht* anti-weißen) »staatsbürgerlichen Nationalismus« (»civic nationalism«) zu plädieren, gemäß dem klassischen Selbstverständnis der USA, wonach das »Land der unbegrenzten Möglichkeiten«, die »Heimat der Freien und Tapferen«, allen Menschen offensteht, und jedermann, egal welcher Rasse, Nation oder Religion, ein guter Amerikaner werden kann, wenn er sich ausreichend bemüht. Auf dieser Basis versuchen Republikaner wie der indischstämmige Dinesh D'Souza den Spieß umzudrehen, indem sie den Demokraten vorwerfen, die »wahren Rassisten« zu sein.

Anders die »Realisten« um Jared Taylor, die darauf insistieren, den Elefanten im Zimmer beim Namen zu nennen, womit sie das größte gesellschaftliche Tabu überhaupt brechen und die Kardinalsächtung als »Rassisten« auf sich nehmen. Ihre Antwort ist gleichsam »Ockhams Rasiermesser« der Debatte: Wenn rund sechzig Jahre nach Beginn der Aufhebung der Rassentrennung immer noch Rassenkonflikte herrschen und die ökonomische und kulturelle Gleichheit der Rassen immer noch nicht erreicht worden ist, dann liegt dies womöglich schlicht und ergreifend daran, daß es reale, hartnäckige Unterschiede zwischen den Rassen gibt, die keine rein »soziale« Theorie wegerklären kann, wovon ein wesent-

»Viele Menschen, Schwarze wie Weiße, denken, daß weißer Rassismus als Ursache für schwarzes Versagen der Schlüssel ist, um die amerikanische Gesellschaft zu verstehen. (...) Diese Art von Denken negiert, daß die Schwarzen für ihr eigenes Handeln Verantwortung übernehmen sollen. Noch subtiler: Es suggeriert, daß sie das gar nicht können. Wenn Weiße nach Ausreden für die Fehler der Schwarzen suchen – Ausreden, die sie für sich selbst oder ihre Kinder verabscheuen würden – dann behandeln sie die Schwarzen als Minderwertige, ob sie es beabsichtigen oder nicht.«

Jared Taylor: *Pa-ved with Good Intentions*, New York 1993.

licher die im Gruppenschnitt signifikant unterschiedliche IQ-Verteilung sei. Wissenschaftliche Referenzwerke sind hier unter anderem Charles Murrays und Richard Herrnsteins *The Bell Curve* (1994), J. Philippe Rushtons *Rasse, Evolution und Verhalten: Eine Theorie der Entwicklungsgeschichte* (deutsch 2005; das einzige der genannten Bücher, das übersetzt wurde), Frank Salters *On Genetic Interests: Family, Ethnicity, and Humanity in an Age of Mass Migration* (2003), Richard Lynns *Race Differences in Intelligence* (2006), Robert Putnams *Bowling Alone* (2000) über die entsolidarisierenden Effekte der »Diversität« auf den so-

zialen Zusammenhalt, und neuerdings Nicholas Wades *A Troublesome Inheritance: Genes, Race and Human History* (2014). Hinzu kommen die penibel dokumentierten Werke von Taylor selbst und seinen Mitstreitern wie dem »paläokonservativen« Publizisten Peter Brimelow. Taylor fordert keine Rückkehr zur Rassentrennung oder eine Rücknahme der Bürgerrechtsgesetze der sechziger Jahre, betont allerdings das Recht der Weißen, sich einer aufgezwungenen »Diversity« zu entziehen und unter ihresgleichen zu leben, wenn sie es wollen. Des weiteren sei es völlig legitim, die politisch unkorrekte Wahrheit auszusprechen, sich gegen den Kulturkampf der Linken zu wehren und danach zu streben, weiterhin die Mehrheit im eigenen Land zu bleiben.

Festzuhalten ist, daß der »farbenblinde« Konsens in der Tradition des amerikanischen liberalen Individualis-

mus durch den Aufstieg der kulturmarxistischen »Identitätspolitik«, die ethnische, religiöse, sexuelle oder rassische Minderheiten gleichsam zu revolutionären Subjekten erklärt hat, hauptsächlich von links ausgehöhlt wurde. Dies konstatierte der neokonservative Vordenker David Horowitz bereits im Jahre 2002 in einem Artikel, der sich kritisch mit den Positionen Taylors auseinandersetzte (salon.com, vom 9. April 2002). Es sei in der Tat richtig, daß die Linke einen antiweißen Gegenrassismus hervorgebracht hätte, der sich polarisierend auswirke und den Zusammenhalt der Nation zunehmend gefährde. Die pro-weiße Rechte sei allerdings in ihre Falle getappt: »Wir sind nun alle Gefangene der Identitätspolitik. Innerhalb des multikulturellen Rahmens, den der herrschende Liberalismus in unserer bürgerlichen Kultur errichtet hat, ist Taylors Anspruch auf einen Platz für Weiße am Tisch der Vielfalt gewiß einleuchtend. Aber es gibt die Alternative, diesen Tisch als Ganzes zu verwerfen und zum guten, alten amerikanischen Ideal des *E Pluribus Unum* – »aus Vielen, eine Einheit« – zurückzukehren. Nicht nur Schwarze und Weiße und Chicanos, sondern *Amerikaner*.« Taylor sei lediglich das seitenverkehrte Pendant zu »anti-amerikanischen Fanatikern wie Noam Chomsky oder Howard Zinn«, deren Werke eine »böswillig verzerrte Version« der amerikanischen Geschichte zeichnen; der »Rassismus«, den diese anprangern, werde von Taylor anerkannt, aber positiv gewertet. Amerika sei jedoch als »neue Nation« konzipiert worden, basierend auf universalen Prinzipien, die die alten Kategorien von »Blut und Boden« überwinden sollen. Er, Horowitz, weigere sich, zu glauben, daß dieses »zweieinhalb Jahrhunderte alte Experiment« gescheitert sei, daß die Menschen in der Tat unfähig seien, ihre ethnischen und rassischen Besonderheiten zu überwinden, um ein gemeinsames nationales Band zu knüpfen: »Lieber möchte ich mich als Amerikaner irren, als Präsident von Jared Taylors euro-rassischer Alternative zu sein.« »Amerika« wird hier zu einem Menschheitsversprechen, von dem letztlich auch die von Horowitz kritisierte antiweiße Linke träumt, die aber über den »Verfassungspatriotismus« hinausdenkt und dieses Ziel in dialektischen Schritten erreichen will. Damit sich die »Versprechen« des egalitären Universalismus erfüllen, muß die weiße Mehrheitsgesellschaft, die historisch sein (inkonsequenter) Träger



»Als Weißer ist man verzweifelt, irgend etwas anderes zu finden, an das man sich klammern kann. Man ist eifersüchtig. Fast jede weiße Person, mit der ich aufgewachsen bin, wünschte sich, sie wäre in einem ethnischen Zuhause aufgewachsen, das ihnen eine zweite Sprache gegeben hätte. Weiße Kultur ist die Serie *Familienbande*, Led Zeppelin und Guns N'Roses ... das ist alles, was wir haben.«

Christian Lander, Autor des Blogs *Stuff White People Like*.

war, Schritt für Schritt dekonstruiert werden – auch biologisch, wofür die »identitäre« Stärkung angeblich »unterdrückter« Minderheiten ein logisches Mittel ist.

Dem hält Taylor entgegen, daß sich die Vereinigten Staaten trotz ihrer universalistischen Grundlagen, de facto bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts selbstverständlich als in ihrem Wesen und Schicksal weiße (genauer gesagt: nordeuropäisch-angelsächsische), (protestantisch-)christliche Nation gesehen haben, wofür er als Zeugen ihre großen Staatsmänner von Jefferson bis Eisenhower aufruft, die überwiegend der Ansicht waren, daß Schwarze und andere Rassen (wie etwa die Indigenen Nordamerikas) in die von Weißen geschaffene Gesellschaft der USA nicht oder nicht vollständig integrierbar seien. Schon die Einbürgerungsbeschlüsse der Jahre 1790 bis 1802 legten fest, daß nur »freie weiße Personen mit gutem Charakter« die Staatsbürgerschaft erhalten dürfen. Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts erhitzte sich angesichts der Konflikte, die die Einwanderung aus Asien, Ost- und Südeuropa mit sich brachte, die Debatte um den nationalen Charakter der USA erheblich. Ein berühmtes, von Theodore Roosevelt persönlich bejubeltes Theaterstück des britischen Zionisten Israel Zangwill feierte die USA als »Schmelztiegel« (»Melting Pot«) aller Rassen und Nationen, als »Republik des Menschen und Königreich Gottes«, neben dem der Glanz »Roms und Jerusalems« verblasen werde. Gegenpositionen wurden von Autoren wie Madison Grant und Lothrop Stoddard formuliert, deren Werke weite Verbreitung fanden. Beide Männer entstammten der in den USA einst dominanten, bereits in den zwanziger Jahren in ihrem Status angefochtenen Schicht der »WASPS«, der »weißen angelsächsischen Protestanten«. Stoddards *The Rising Tide of Color* (1920) sagte ein Jahrzehnt vor Spengers *Jahre der Entscheidung* den (auch zahlenmäßigen) Niedergang der weißen und den Aufstieg der farbigen Völker sowie das daraus resultierende »Ende der globalen weißen Vorherrschaft« voraus. Eine Zeit lang lagen Grant und Stoddard im Trend: Der »Immigration Act« des Jahres 1924 untersagte insbesondere die Zuwanderung aus Ostasien, schränkte allerdings auch jene aus Süd- und Osteuropa durch Quotenregelungen ein, während Großbritannien, Irland und Deutschland bevorzugt wurden. Der »Immigration and Naturalization Services Act« des Jahres 1965 hob die bisherigen Restriktionen nicht-weißer Einwanderung auf und öffnete damit die Schleusen für den laufenden »großen Austausch« der weißen Noch-Mehrheitsbevölkerung, mit ähnlichen Folgen wie in Europa.

Die Zukunft sieht Jared Taylor eher pessimistisch. Wenn die laufenden Trends anhalten, sagte er in einem Interview mit dem Online-Magazin *American Thinker* (americanthinker.com vom 24. April 2014), werden die Staaten im Jahr 2034 »nur eine knappe weiße Mehrheit haben, viele davon im fortgeschrittenen Alter. Die arbeitsfähige Bevölkerung wird vor allem schwarz oder hispanisch sein. Um davon eine Vorstellung zu geben, könnte ich nun endlose Statistiken über Verbrechen, AIDS, Diabetes, Armut, Abhängigkeit von Sozialhilfe usw. zitieren. Wir werden eine schmerzlich in Schichten geteilte Gesellschaft haben, regiert von einer gemischten Elite, die die Massen von armen Schwarzen und Braunen in sicherer Distanz hält. Unsere Herrschenden werden weiterhin Lippenbekenntnisse über Gleichheit und Erlösung-durch-Vielfalt verbreiten, aber sie werden noch heuchlerischer leben als heute, in befestigten Enklaven. Sie werden Amerika nicht als eine geliebte Nation sehen, deren Schicksal in ihren Händen liegt, sondern als eine Herde, die man ausbeuten kann. Unsere zunehmend dritt-weltartige und unproduktive Bevölkerung wird immer mehr Städte in den Bankrott treiben und die Regierung wird von einer Krise in die andere schlittern. Es wird Inseln weißer Zivilisiertheit geben, aber nur für die Reichen. Die Mittelklasse wird schrumpfen, die Qualität der Schulbildung abnehmen, und mehr und mehr Weiße werden gezwungen werden, niedrig bezahlte Dienstleistungsjobs anzunehmen. Wir werden langsam das öffentliche Vertrauen und die moralische Infrastruktur verlieren, die der Bestechung, der Vetternwirtschaft, den Schmiergeldern und der Plünderung der Regierung Einhalt gebietet. Politiker werden Wahlen kaufen und manipulieren, besonders auf lokaler Ebene. Immer weniger Menschen werden noch ein Interesse an der Gesellschaft haben, weshalb es weniger freiwillige Hilfe und Wohltätigkeit geben wird. Zu pessimistisch? Zeigen Sie mir Trends, die mich widerlegen.« ■

»Inzwischen hasse ich Weiße und weiße Nationalisten mehr als irgendetwas ihrer Gegner, weil sie schwach, gebrochen, phänomenal autistisch oder alles zusammen sind. Ich bin heute, mehr als je zuvor, immer noch kein »weißer Chauvinist«. Jeder, der meine Arbeit kennt, weiß, daß ich Tribalismus unterstütze, immer und überall. Ich glaube, daß für menschliche Gemeinschaften das Motto der siebziger Jahre gilt: »Small is beautiful«. Allerdings bedarf eine Stammesgemeinschaft mehr als nur der Rasse. Rasse allein genügt nicht, um ein Volk zu einigen. Neulich flog ich nach Deutschland, um mit deutschen Identitären zu sprechen, und ich unterstütze vollständig ihre Bemühungen, ihre Kultur zu erhalten, weil sie eine Kultur haben. Die Deutschen sind nicht bloß »weiß«. Sie sind deutsch. Sie haben eine eigene Sprache und Geschichte als Volk. Die meisten Amerikaner sind pan-europäische Promenadenmischungen. Ob aus Versehen oder mit Absicht, Amerika hat kein Volk.«

Jack Donovan: »Why I am not a White Nationalist«, unter: jack-donovan.com vom 31. Mai 2017.

Dezember 1917: Brest-Litowsk

von Stefan Scheil

Vor einhundert Jahren sah es lange Zeit so aus, als würden im Fall des Ersten Weltkriegs die 1914 angegriffenen Mittelmächte die Oberhand behalten, obwohl sich der Gang der Dinge als überaus offen erwies. Man hatte in Europa mehrheitlich mit einem kurzen Krieg gerechnet. Es wurde ein langer. Gerüstet wurde für entscheidende Seeschlachten. Sie fanden nicht statt. In Deutschland war man sich vor dem Krieg recht sicher gewesen, Frankreich notfalls überrennen zu können. Das mißlang. Zugleich hatte in Berlin die »russische Dampfwalze« als militärisch unüberwindbarer Alptraum gegolten. Und nun standen deutsche Truppen Ende 1917 tief in Rußland; zahlreiche deutsche Siege und zwei russische Revolutionen hatten das erreicht, was niemand für möglich gehalten hatte: den deutsch-österreichischen Sieg über den östlichen Nachbarn.

Ab dem 7. Dezember 1917 schwiegen im Osten die Waffen. Die Weltgeschichte hielt gewissermaßen den Atem an, als sich in den Folge Monaten in Osteuropa eine neue Staatenwelt herauskristallisierte, die dann im März 1918 mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk ihre rechtliche Anerkennung fand. Österreich-Ungarn, Deutschland, die Türkei und Bulgarien einerseits und Rußland andererseits schlossen dieses Abkommen als einen Vertrag alter Art. Ein Vertrag unter Feinden auf Augenhöhe, die miteinander verhandelten und tatsächlich Frieden schließen wollten.

Daher enthielt der Vertrag von Brest-Litowsk kein Wort des Vorwurfs an Rußland, 1914 den Krieg mutwillig vom Zaun gebrochen zu haben. Berechtigt wäre diese Anklage gewesen, denn niemand hatte das Zarenreich in der Vorkriegszeit von Mitteleuropa aus bedroht oder provoziert. Aus freien Stücken wurde im Juli 1914 der Entschluß zum Krieg in Petersburg getroffen und dies so lange wie möglich geheim gehalten, damit sich Berlin noch in Sicherheit wiege. Noch heute steht in den Lehrbüchern so gut wie nie der 25. Juli 1914, das echte Datum des Beginns der zunächst noch geheimen russischen Mobilmachung, sondern wird fast immer der 30. Juli genannt, der offizielle Tag.

Bald nach Kriegsende publizierten die jetzt in Rußland regierenden Bolschewiki auch be-

weiskräftiges Aktenmaterial für jene russisch-französische Aggression. In den Grundzügen wußte man das im deutschen Auswärtigen Amt allerdings vorher schon und hatte deswegen zu radikalen Mitteln gegriffen. Der Zar und die russische Regierung hätten angesichts ihrer Taten jede Schonung verwirkt, daher könne man ihnen auch Revolutionäre wie Lenin ins Land schicken und sie mit entsprechenden Geldern ausstatten. »Militärisch war die Reise gerechtfertigt. Rußland mußte fallen. Unsere Regierung hatte aber darauf zu achten, daß nicht auch wir fielen«, erinnerte sich Erich Ludendorff später lakonisch an die damit verbundene Problematik.

Offiziell erhoben wurde der Vorwurf der »Kriegsschuld« von Seiten der Mittelmächte in den Brest-Litowsker Verhandlungen dennoch nicht. Die Vorgeschichte und die Kriegshandlungen des Großen Krieges sollten, wie traditionell üblich, »friedewirkend vergessen« sein.

Zugleich verzichteten beide Seiten im Friedensvertrag ausdrücklich »gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten« und zwar sowohl auf die Aufwendungen für die Kriegsführung selbst als auch auf Schadenersatz für zivile Staatsangehörige. Kriegsgefangene sollten umgehend von beiden Seiten in die Heimat entlassen werden.

In Sachen Gebietsabtritt fielen die Regelungen ebenfalls ganz klar aus. Der Vertrag von Brest-Litowsk zog eine Grenzlinie. Östlich davon verzichteten die Mittelmächte auf jeden Einfluß. Westlich davon versprachen die Sowjets, sich aus den inneren Angelegenheiten in diesem Gebiet herauszuhalten – wenn sie auch keine Sekunde daran dachten, sich daran zu halten. Die Mittelmächte beanspruchten ausdrücklich, »das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.« So las sich der Vertrag denn als Abschlußproklamation für den vormals sprichwörtlichen russischen »Völkerkerker«.

Als Konsequenz wurden von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstmals oder erneut Staaten wie Finnland, die baltischen Länder, Polen oder die Ukraine geschaffen. Rußland verpflichtete sich vertraglich, mit der »ukrainischen Volksrepublik« Frieden zu schließen und die Verträge der Mittelmächte mit der Ukraine

anzuerkennen. Selbst im Kaukasus blickte man nach Berlin, und im Herbst 1918 sollte dann sogar noch Georgien um den Beitritt zum Deutschen Reich ersuchen.

Vom Westen aus sah man höchst ablehnend, aber machtlos auf diese Entwicklung. Großbritannien und Frankreich standen 1917 vor dem Staatsbankrott, in Frankreich meuterten zudem die Truppen. Finanziell verschlechterte sich die Situation durch den Verlust des östlichen Bündnispartners erheblich. Rußland hatte sich zur Vorbereitung des Krieges vor 1914 in Paris ungeheure Summen geliehen, die nun als Forderung wegfielen. Die Bolschewiki weigerten sich, diese Staatsschulden anzuerkennen und verschickten statt dessen eine lange Liste mit »imperialistischen« Abkommen des früheren Zarenreichs, die sämtlich null und nichtig seien. Sie reichte bis ins 18. Jahrhundert zurück und umfaßte natürlich auch die Kreditvereinbarungen der jüngsten Zeit. Mit zu den gekündigten Verträgen gehörte auch das französisch-russische Bündnis von 1892, jener »Vertrag zur Eroberung Deutschlands und seine Aufteilung in Kleinstaaten«, wie der damalige Zar sich ausgedrückt hatte.

Allerdings hatten die Vereinigten Staaten als weitere und schließlich entscheidende westliche Macht im Frühjahr 1917 den eigenen Kriegseintritt verkündet. Der internationalen Öffentlichkeit präsentiert als angebliche Reaktion auf deutsche U-Boot-Attacks, galt dieser Schritt vor allem der grundsätzlichen Gefahr, die man von Deutschland ausgehen sah, schon lange vor 1914. In den Washingtoner Führungszirkeln wurde das Deutsche Reich als der eigentliche Unruheherd der Weltpolitik und als dunkle Bedrohung des eigenen Anspruchs als einzige Weltmacht empfunden. Das britische Weltreich würde sich letztlich Stück für Stück verdrängen und übernehmen lassen, dieser Prozeß war seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts längst im Gang. Von Deutschland glaubten die Washingtoner Entscheidungsträger das nicht. Ganz im Gegenteil galt dieses Land als dynamischer Gegenentwurf zur amerikanischen Weltordnung.

Der finsternen Thematik entsprechend hatte man Deutschland deshalb in den US-Militärakten schon kurz nach der Jahrhundertwende den Code-Namen »Black« gegeben und damit begonnen, den »Black-Plan« zu entwickeln, jenen für den kommenden Krieg gegen Deutschland. Als der Krieg von 1914 dann ausgebrochen war, vertraute US-Präsident Woodrow Wilson seinem Beraterkreis an, was seiner Meinung nach auf dem Spiel stand: Ein deutscher Sieg würde den Lauf der Zivilisation ändern.

Daran ist höchstwahrscheinlich wenigstens so viel zutreffend: Ein deutscher Sieg oder das Vermeiden einer deutschen Niederlage hätte das 20. Jahrhundert in Europa zu einem weitaus angenehmeren Zeitraum werden lassen, als dies der tatsächliche Geschichtsverlauf später zuließ. Zwar ließen sich die Streitigkeiten zwischen Ukrainern, Polen, Juden und Litauern nicht nach

einem einfachen Schema schlichten. Die verwickelte Lage und die gegenseitigen Ansprüche ließen nur Regelungen zu, die von den einen oder anderen erst einmal jeweils als unrecht empfunden worden wären. Wie immer jedoch die im deutschen Machtbereich vieldiskutierte Neuordnung der Völkerschaften schließlich im Detail geregelt worden wäre, sie hätte kaum Platz für jene Radikalisierung gelassen, die dann die totale Ära erst möglich werden ließ.



Das eigentliche deutsche Kriegsziel, vor weiteren französisch-russischen Angriffskriegen einen weiten Pufferraum als Schutz anzulegen und ihn zugleich als Raum wirtschaftlicher Durchdringung zu kreieren, hätte sich mit dem natürlichen Interesse der osteuropäischen Völker verbunden, Deutschland als Garanten der eigenen Unabhängigkeit zu verpflichten. Überdies gehörte es nicht zur Praxis deutschen politischen Denkens, das Verhältnis zu früheren Gegnern mit erfundenen Behauptungen über politische Schuld, dem verhandlungslosen Diktieren von Bedingungen und der Auferlegung von untilgbaren Schulden dauerhaft zu vergiften. Dies hätte sich, wenn man sich diesen Gedanken gestatten will, auch bei einer Friedensregelung gen Westen positiv ausgewirkt.

Aus der Perspektive des Vertrages von Brest-Litowsk wirken das Jahr 1989 und der nachfolgende Zusammenbruch der Sowjetunion daher ganz und gar nicht wie »die größte geopolitische Katastrophe des Zwanzigsten Jahrhunderts« (Wladimir Putin). Es scheint eher so zu sein, als habe die List des Geschichtsverlaufs einen 1918/19 begangenen Irrtum wenigstens teilweise korrigiert und ihn wieder näher an die natürliche Form herangebracht. Für Europa und für Deutschland kann sich daraus eine Zukunft als ein sich gegenseitig stützendes Europa der Völker und Vaterländer in einer zunehmend multipolaren Weltordnung ergeben. Aber dies wäre, wie alles in Geschichte und Politik, kein Selbstläufer. Es müßte von Personen in Macht und Amt gewollt und praktisch umgesetzt werden. ■

Eine Welt, eine Risikogruppe

von Nils Wegner

Als sich die Virologen Dietrich Peters und Günther Müller am 20. November 1967 über das Transmissionselektronenmikroskop des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin in Hamburg beugten, war die Lage kritisch. Mitte August des Jahres waren rund ein Dutzend Menschen mit übereinstimmenden Symptomen einer schweren Fiebererkrankung in die Notaufnahmen der Universitätskliniken in Marburg und Frankfurt eingeliefert worden. Bald sank die Temperatur der Patienten signifikant; dafür war binnen sieben Tagen nach Ausbruch der Krankheit das Lebergewebe der Betroffenen weitgehend zerstört, Lähmungserscheinungen stellten sich ein, und ein Viertel der Erkrankten begann, aus allen Körperöffnungen zu bluten – das medizinische »üble Vorzeichen« (*Signum mali ominis*), das bei über 70 Prozent der Betroffenen den bevorstehenden Tod ankündigte.

Als es bis Monatsende Neuerkrankungen sowie vier Todesopfer gegeben hatte, mußte ein Sprecher des hessischen Gesundheitsministeriums bekennen: »Wir tappen völlig im Dunkeln.« Mit den üblichen Analysemethoden blieb ein Durchbruch aus; erst eine Verkettung glücklicher Umstände führte zum Versand von Blutproben nach Hamburg, wo Müller mit dem *Negative-stain*-Verfahren eine kontrastreichere Form der Elektronenmikroskopie entwickelt hatte. So gelang ihm und Peters an jenem Tag tatsächlich die Abbildung des Erregers der rätselhaften Krankheit – einer in sich verschlungenen, peitschenartigen, bis dahin völlig unbekannt Struktur, die einer neuen Virusfamilie den Namen *Filoviridae* (von lat. *filum* für Saite, Draht) gab.

Parallel zur Jagd auf den Auslöser der Epidemie war auch die Suche nach seiner Herkunft angelaufen. Bei den Erstinfizierten (Indexpatienten) handelte es sich zum Großteil um Angestellte des damals in Frankfurt ansässigen Paul-Ehrlich-Instituts für Impfstoffe sowie der zum Pharmagiganten Hoechst gehörenden Marburger Behringwerke. Sie alle hatten direkten Kontakt mit Blut, Organen und Zellkulturen einer Lieferung Grüner Meerkatzen aus Uganda gehabt – die kleinen Affen waren für die Gewinnung von Nierenzellkulturen zur Züchtung und Erprobung von Poliomyelitis- und Masernimpf-

stoff importiert worden. Nach Aufkeimen des Verdachts, daß es sich bei den Tieren um die Überträger (Vektoren) der neuartigen Tropenseuche handeln könnte, wurden sie zusammen mit 600 Artgenossen umgehend getötet; der Erreger indes wurde nach dem mutmaßlichen Ausbruchsort Marburgvirus getauft.

50 Jahre nach diesen Vorkommnissen steht die Geschichte der Entdeckung der Filoviren als Menetekel an der Wand einer beispiellos vernetzten und globalisierten Welt. Bereits 1967 war auf dem Höhepunkt der öffentlichen Erregung im *Spiegel* zu lesen: »[N]och immer bangen die Mediziner vor der Möglichkeit, daß sich in der dichtbevölkerten, verkehrsschnellen zivilisierten Welt unvermutet eine neue, bis dahin unbekannt Virusart zeigen könnte, die verheerende Seuchen mit sich brächte, vergleichbar den völkermordenden Pestzügen des Mittelalters.« Als dieser Artikel erschien, hatte es binnen 40 Jahren mit der »Spanischen Grippe« (1918–1920) und der »Asiatischen Grippe« (1957/58) zwei weltweite Influenza-Pandemien gegeben, denen bis zu 52 Millionen Menschen zum Opfer gefallen waren und denen sich nach den Ereignissen in Marburg noch die »Hongkong-Grippe« (1968–1970) zugesellen sollte, an der – heute vergessen – allein in der Bundesrepublik rund 30000 Menschen starben.

Während uns schriftliche Zeugnisse von Epidemien bereits aus antiker Zeit vorliegen, gilt als erste der die gesamte damalige Alte Welt ergreifenden Pandemien der »Schwarze Tod« des Spätmittelalters (durch das Bakterium *Yersinia pestis*; 1346–1353), der die Bevölkerung Europas um ein Drittel dezimierte. Wahrhaftig um den ganzen Globus rasende Infektionswellen sind ein wesentliches Kennzeichen des industriellen Zeitalters und tatsächlich erst seit Ende des Ersten Weltkriegs nachgewiesen – eine ganz eigene Begleiterscheinung der seither immer weiter eskalierenden Entgrenzung der Welt. Als eine düstere, wenngleich nebulöse Vorahnung kommender Ereignisse läßt sich Friedrich Wilhelm Murnaus Stummfilm *Nosferatu* von 1922 lesen, in dem der (auf Bram Stokers Roman *Dracula* basierende) Vampirgraf Orlok mit einem Schiff voller Ratten die Pest in die Hafenstadt Wisborg bringt.



Augsburger Pesttafel

Zwar hat sich mit dem immer weiter fortschreitenden »Zusammenwachsen« der Welt auch die Infektionsmedizin unablässig weiterentwickelt. Gleichwohl stellt sich neben dem seit jeher bestehenden bedenklichen Primat der Wirtschaft vor Gesundheitsfragen (in den 1960ern gab es für die weltweit für Tierversuche im Umlauf befindlichen Affen in der BRD etwa keinerlei Einfuhrgesetze, während importierte Haustiere mit strengen Auflagen versehen waren) insbesondere die Rolle der internationalen Medien hochproblematisch dar – während Epidemien insbesondere in Entwicklungsländern in der Regel nur am Rande oder gar nicht erwähnt werden, wird beim Nachweis des Übergangs von Krankheitserregern in den globalen Waren- und Personenverkehr umgehend Katastrophenstimmung geschürt, was aufgrund des Spektakelcharakters oft in keinerlei Verhältnis zur tatsächlichen Mortalität und Letalität steht.

Paradebeispiel ist die rasche weltweite Ausbreitung des *Severe acute respiratory syndrome*, kurz SARS, hervorgerufen vom durch Tröpfcheninfektion übertragenen (und bis dahin unbekannt) SARS-assoziierten Coronavirus, der sich 2002/03 innerhalb weniger Wochen von Asien über die USA und Großbritannien in die ganze Welt ausbreitete. Die tatsächlich mäßige Todesrate von neun Prozent (etwa 775 Tote weltweit) wurde gänzlich verdeckt von der Bestürzung über die rasante Verbreitungsrate der Erkrankung, die für einen luftübertragbaren Erreger unter Bedingungen der globalisierten Welt allerdings mitnichten ungewöhnlich ist. Entsprechend fiel die weltweite Reaktion aus, als die WHO im April 2009 vor einem bestimmten Subtyp des H1N1-Influenzavirus sprach und wenige Wochen später die höchste weltweite Alarmstufe ausgab – die einjährige Medienhysterie um die »Schweinegrippe« sorgte unter anderem für kopflose staatliche Ankäufe unerprobter Impfstoffe, wodurch etwa den deutschen Bundesländern ein Schaden von 245 Millionen Euro entstand. Tatsächlich werden in Deutschland 258 Todesfälle auf die »Schweinegrippe« zurückgeführt.

Zu zweifelhaftem Weltruhm brachte es insbesondere der bekannteste Verwandte des Marburgvirus, der erstmals 1976 im Kongo aufgetretene Ebolavirus, im Zuge des in West- und Zentralafrika um sich greifenden Ausbruchs 2014–2016. Man beachte: Filoviren sind an Wildtiere angepaßt und im menschlichen Organismus wirtsfremd. Das zeigt der katastrophale Verlauf der Infektion mit schnellem Tod (der den Grund für das hohe Medieninteresse an den sogenannten »hämorrhagischen Fiebern« darstellt), wodurch sich die Erreger nicht längerfristig verbreiten können. Ebenso sind sie von Mensch zu Mensch im Vergleich etwa zu Rhinoviren (Schnupfen) nur schwer übertragbar, in der Regel durch direkten Kontakt mit infiziertem Gewebe, was im bezeichneten Ebolafall vor allem – internationalen – Ärzten und Pflegepersonal zum Verhängnis wurde. Sie wurden im Ansteckungsfall in ihre Heimatländer ausgeflogen und verschärften dort die Medienhysterie.

Dies führt zurück zum Kern des Problems. Daß eigentliche Tierkrankheiten (Zoonosen) die Artengrenze überschreiten, erklärt sich insbesondere durch das massive Bevölkerungswachstum in Afrika, die damit verbundene Durchsiedelung des Urwalds und die daraus erfolgende Verschleppung in Ballungsräume. Von dort aus führen Verkehrswege in die ganze Welt, und einer globalen Ausbreitung binnen weniger Wochen ließe sich nur durch die – kaum mögliche – umgehende Abschottung eines ganzen befallebenen Lands entgegensteuern.

Neue Biogefahren lauern bereits: 2011 tötete das EHEC-Bakterium, verbreitet über Sprossengemüse aus Ägypten, in Norddeutschland 53 Menschen. Der Anfang 2016 von der WHO ausgegebene »Gesundheitsnotstand internationalen Ausmaßes« aufgrund des Zikavirus, der sich bislang von Afrika und Südostasien bis Lateinamerika ausgebreitet hat, besteht noch immer, auch wenn man hierzulande lange nichts mehr davon gehört hat. Und seit August 2017 beobachtet die WHO einen »Großausbruch« der Pest auf Madagaskar, wobei mit Stand vom 2. November in 62 Prozent der Fälle die besonders durch Reisende übertragene Lungenpest auftritt – sämtliche umliegenden Inseln und die Staaten Süd- und Ostafrikas befinden sich seither in Pandemie-Alarmbereitschaft. Die Rückkehr von Krankheiten wie der Krätze im Kielwasser des Migrantengstroms wird hierzulande eher beschwiegen.

Die Entdeckung des Marburgvirus und seiner ziemlich eindeutig rekonstruierbaren Verschleppung nach Deutschland hätte vor 50 Jahren einen weltweiten Weckruf darstellen können. Der kam jedoch erst fast 15 Jahre später infolge eines ganz anderen Erregers, nämlich HIV, der im Gegensatz zu den blinden Passagieren aus der Dritten Welt auch viele prominente Opfer forderte. Die Globalisierung hat nicht zuletzt auch dem Tod die Weltreise einfacher gemacht – doch solange Warenfluß und Tourismus Vorrang haben, sind etwaige Vorsichtsmaßnahmen nur hinderlich. ■

Das Kaninchen bin ich

von Frank Lisson

Wer sich an den zumeist banalen, aber volkspädagogisch »wertvollen«, oder schlicht absurden, aber unterhaltsamen Handlungen neuerer deutscher Filmproduktionen sattgesehen hat, greife vielleicht einmal zu jenen DEFA-Streifen, die zwischen 1965 und 1966 in der DDR zwar gedreht, aber nie zur Ausstrahlung zugelassen worden waren. Erstaunlich nämlich, daß es in der DDR jener Jahre offenbar noch genügend Mut und Bereitschaft, vor allem aber genügend Bewußtsein für die großen Fragen der Zeit gab, verbunden mit einer luziden Kritikfähigkeit, wie man sie später in deutschen Studios und Redaktionen nie wieder finden sollte, weil sie im Osten durch das Regime der SED, im Westen durch das der kulturbetrieblichen Selbstzensur vollständig ausgerottet worden war. Diese ungemein kunstvoll-subtilen wie hintergründigen Filme, getragen und durchdrungen von einer rührend-naiven Sehnsucht nach Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit, wie *Das Kaninchen bin ich* oder *Denk bloß nicht, ich heule* oder *Der verlorene Engel* oder *Karla* erschüttern das dafür empfängliche Gemüt heute vielleicht noch mehr, als sie es damals getan hätten. Denn zum vorerst letzten Mal wurden hier Dinge offen beim Namen genannt, die kein herrschendes Milieu hören will, indem man nämlich die *tatsächlichen* Unterdrücker und deren Machenschaften zum Gegenstand der Kritik erhoben hatte.

In dem Drama *Denk bloß nicht, ich heule* versucht der jugendliche Held Peter Naumann, dem sein renitentes Verhalten jegliche Karriereaussichten verstellt und dem man eben deshalb vorwirft, sein Leben »wegzuwerfen«, aus jener Enge, Furcht, Gleichgültigkeit, Anpassungs- und Verleugnungsbereitschaft auszubrechen, in die alle Gesinnungsstaaten ihren Nachwuchs hineinzuerziehen bemüht sind. Man sagt ihm, das Wichtigste sei zu *leben*; er aber beschimpft sogar seine vermeintlichen Gefährten, die Freiheit mit der Lizenz zum kriminellen Handeln verwechseln. Auch seine Freundin versteht ihn nicht recht, will ihn daher »bessern«. Peter: »Du liebst natürlich die Republik.« Anne: »Ja.« Peter: »Ich nicht! Weil ich nicht lügen will! In Physik muß ich denken, in Stabü darf ich nicht. Weil ich nicht will, daß nur meine Lügen

gebraucht werden und nichts anderes von mir. – Das hab' ich im Aufsatz geschrieben.« Anne: »Warum denkst du so?« Peter: »Warum?« – Wo läse oder hörte man heute, im Zeitalter ohnmächtig akzeptierter oder verharmloster *Political Correctness*, solche Dialoge? Nirgends; weil dort, wo alle nur noch *leben* wollen, tatsächlich niemand mehr so denkt. Denn eben das hat die Sache so einfach gemacht und gibt Antwort auf die Frage, wie es nach zwei gescheiterten Versuchen einem politischen Milieu endlich gelingen konnte, eine ganze Gesellschaft moralisch derart zu konditionieren, daß jeder nunmehr »freiwillig« tut, wozu bisher stets *direkte* Gewaltandrohung nötig war; und man sich bereits selber zensiert, noch bevor ein unerwünschter, fremder Gedanke überhaupt heranreifen kann.

Sämtliche Protagonisten der genannten Filme scheitern an ihren Idealen, an ihrem Anspruch auf Wahrheit, den die staatliche Wirklichkeit ihnen auszutreiben versucht: die junge Kellnerin Maria Morzeck, deren Bruder wegen »staatsgefährdender Hetze« zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, und die, zunächst ahnungslos, mit dessen Richter ein Verhältnis beginnt; der Schüler Peter Naumann, der gegen die Staatsverlogenheit aufbegehrt; der Künstler Ernst Barlach, dessen Werke ab 1937 aus der Öffentlichkeit entfernt werden, woran der alte Mann zerbricht; die unangepasste Lehrerin Karla, die ihre Schüler zum eigenständigen Denken erziehen will. – Nichts Vergleichbares ist je im Westen entstanden, da dort eine solche Freimütigkeit unter den Kunstschaffenden gar nicht erst aufkommen konnte, nachdem rasch zur Meinungsherrschaft gelangte und heute noch herrschende Kartelle sich bereits in den 1950er/1960er Jahren das *Monopol auf Kritik* gesichert hatten und deren Interesse einem ganz anderen Ziel verpflichtet war: dem der Subversion; zunächst der nihilistisch-existentialistischen, dann der utopisch-sozialistisch-anti-imperialistischen. Daraufhin mußte jede Form von Unzufriedenheit durch die »richtige Gesinnung« abgedeckt sein.

Zwar sollte sich die Kunst gerade im Westen gegen das »System« richten, aber nur solange, wie man als Kritiker mit der moralisch *einzig zulässigen Gesinnung* das System selber



▶ »Kennt Ihr Fontane?«

Alle Szenen aus *Karla*, DEFA 1966



▶ »Fontane stand in der Front der kritischen Realisten – als linker Flügelmann. Er hat die Kraft der Arbeiterklasse voll erkannt, wenn auch noch nicht gütig gestaltet.«

noch nicht verkörperte. Denn kritikberechtigt war allein, wer wenigstens vorgab, den entgegengesetzten Standpunkt derer zu vertreten, die den Krieg verloren hatten. Damit wurde von Anfang an jeder sachlichen Auseinandersetzung der Boden entzogen, jeder Gegner dieser neu verordneten Moral unter Generalverdacht gestellt und mundtot gemacht. So erst konnte das Trauma der totalen Niederlage, der Ohnmacht, der Schuld und der Beschuldigungen seine volle Wirkung entfalten und zur kollektiven Psychose heranreifen. Denn erst die als *verdient* empfundene Niederlage macht aus Besiegten Täter und aus Tätern Verbrecher. Daraus erklärt sich die Neigung aller Besiegten, die Moral derjenigen Täter zu übernehmen, denen man unterlag. Damals also entstand das hochkomplizierte Geflecht aus taktischer Gesinnung und politisch-sozialem Machtkalkül, worin sich bald jeder verwickelte und das schließlich zu der allgemein verbreiteten Betriebsblindheit führte, die jede echte, tiefgreifende Kritik an den *Ursachen* herrschender Doktrinen und Tabus verhindert und das Verstehen derselben so sehr erschwert. Deshalb bleibt oft nur hilfloses, bitteres Erstaunen, wo die besagte Psychose sämtliche Wege hin zur Befreiung aus ihren Zwängen blockiert.

Alle Gesinnungsstaaten waren stets bemüht, ihren Totalitarismus dadurch zu verblenden, daß sie ostentativ auf den Totalitarismus des besiegten Vorgängers hinwiesen. Und so loben und fördern auch die Zensoren von heute die Zensierten von gestern, ohne daß das Groteske dieser Situation irgendjemandem der Beteiligten und stillen Dulder aufzufallen scheint oder in ihnen Zweifel auslöst. Halten doch diejenigen, denen die moralische Selbstermächtigung alle Skrupel genommen hat, ihre Willkür, ihre Schikanen, ja sogar ihren Terror stets für »gerecht«. Deshalb gibt es hierzulande bis dato keinen einzigen tatsächlich *regimekritischen* Film zu sehen, der die Lage der heutigen Oppositionellen auf gleich mutig-naive Weise anschaulich machte, wie dies in besagten DEFA-Filmen geschah. Und das, obwohl es sich dem Betrachter mehr als aufdrängt, die dort geschilderten Fälle auf die heutigen Verhältnisse zu übertragen. Denn wo sind die Filme, in denen dieses Land aus der Perspektive unangepaßter Lehrer gezeigt würde? Oder aus der gegen Indoktrination, Gender-Wahn, Inklusion, Überfremdung rebellierender junger Leute, bei denen die Erziehung zum linken Einheitsmenschen versagt hat; sensible Einzelne, die, wie einst, der »staatsge-



► »Wer hat euch denn diesen Unsinn erzählt?«

► »Diesen Unsinn hat uns der Herr Direktor erzählt.«

fährdenden (heute: populistischen) Hetze« beschuldigt werden und daraufhin ihren Arbeitsplatz verlieren, keine akademische Karriere machen, ja nicht einmal ein höheres öffentliches Amt bekleiden dürfen. Filme, die zeigen, wie es »verdächtigen« Künstlern und Autoren mit Büchern bei »verdächtigen« Verlagen *hierzulande* ergeht, deren Werke ohne Berücksichtigung ihres Inhalts aus öffentlichen Räumen und Bibliotheken entfernt oder *prinzipiell* gar nicht erst angekauft werden. – Wir alle mußten lernen, und die meisten haben gelernt, zu schweigen, wegzusehen, die Willkür hinzunehmen, ohne daran irre zu werden. So sind wir unsensibel geworden gegen jede Form der Repression, die von den »Guten« ausgeht. Denn der Zivilgesellschaft nach Maß haben die systemimmanenten Pervertierungen der eigenen Vorsätze schlichtweg egal zu sein.

Wer dennoch solche Alltagswirklichkeiten filmisch ins Licht setzten wollte, fände hier und heute weder einen Regisseur noch eine Produktionsfirma, die bereit wären, gegen die zivilgesellschaftliche Norm zu verstoßen. In der frühen DDR wurden regimekritische Filme immerhin noch gedreht, um sie daraufhin (gegebenenfalls) zu verbieten; hier und heute erspart man

sich den Aufwand und läßt die Zensur bereits im Vorfeld walten, weshalb derartige Produktionen gar nicht erst entstehen können. Man hat gelernt – und bleibt beim Ungefährlichen, das ins eigene Weltbild paßt. So etwa der Film *Hunger auf Leben* (2004) über das relativ kurze Leben der verführerisch-attraktiven DDR-Staatsautorin Brigitte Reimann (1933–1973), einem Literatur-Vamp: sinnlich-exaltiert, linientreu, weil gutgläubig und karriereorientiert, aber keine Genossin; freilich auch kritisch, ja widerspenstig, vor allem dann, wenn der Schatten des Regimes einmal auf sie selber fällt. Eine solche Autorin bringt also einiges von dem mit, was auch den heutigen Kulturbetriebsschriftsteller auszeichnet, weshalb es hüben wie drüben – und keineswegs unberechtigt – stets als schick galt, sie zu mögen. Folglich gibt ihr exzessiv bewältigtes Leben einen unterhaltsamen Filmstoff ab, sofern man nicht zu viele Ähnlichkeiten zwischen den heutigen und den damaligen Realitäten bemerken will. Denn dann müßte der Filme zutiefst verstören. Und so kennt das Leben Brigitte Reimanns auch wache Momente, etwa, als sie den ideologischen Erwartungen einmal nicht mehr entsprach und prompt zu spüren bekam, was es bedeutet, plötzlich auf der »fal-



- ▶ »Vielleicht ...«
- ▶ »... hat er damals das Kommunistische Manifest noch nicht gelesen ...«
- ▶ »Aber kaum hat er es gelesen, stand er auch schon stramm als linker Flügelmann.
So hätten wirs doch gern, oder?«

schen Seite« zu stehen: »Mein Hörspiel habe ich vom Rundfunk zurückbekommen. Es hat ausgezeichnet gefallen ... jedoch müßte man bedauern ... – Das politische Aber! – Manchmal hasse ich das ganze deutsche Pack, dieses Volk von Kriechern und Mitläufern; Leute, die immer nur das taten, was man ihnen von oben befahl.«

Wer nun eben solches, fast wortgleich erlebt und empfunden, über viele Jahre hinweg mit *hiesigen* Verlagen und Rundfunkredaktionen erfahren hat; wessen Klage über solche Verhältnisse vor einem verständigen Lektor eines renommierten Verlages nur am privaten Telephon stattfinden durfte, aus Furcht, es könne ein Kollege mithören; wer bei seiner Promotion mitten in der Arbeit gezwungen worden war, den Antrag zurückzuziehen, weil man ihn, nachdem »Recherchen« über ihn eingeholt worden waren, verdächtigte, »politisch nicht tragbar« zu sein, und wer dann an der nächsten, vorsichtig ausgesuchten Universität scheu und eingeschüchtert und in aller Heimlichkeit bis zur Urkundenverleihung zittern mußte, doch noch denunziert oder »geoutet« zu werden; kurz: Wer von den Kulturfunktionären heutigen Schlages in Verlagen, Rundfunk und Universität ausgepuckt worden ist, weil er nicht schmeckt, wie es

die herrschende Ideologie verlangt, sieht solche Filme mit anderen Augen. Er hat erlebt und erlitten, womit die Heuchler und Hofschreiber nur kokettieren. Und er hat begriffen: In Staaten wie diesen besteht die sogenannte »Kultur« aus dem sich selber spielenden, sich selber feiernden, sich selber inszenierenden, in sich geschlossenen Apparat *instinktiver* Gradlinigkeit aus Gefallsucht, worin jeder leugnet, was er nicht sehen will, und alsbald vergißt, daß es sein Schweigen ist, das Unrecht schafft, indem es Unrecht duldet.

Wer sich von all dem nicht völlig abstumpfen oder korrumpieren ließ, mußte in der späten BRD die gleichen Erfahrungen machen wie die Sensibleren in der frühen DDR: Vielleicht war er mit fünfzehn Jahren entschlossen, seinem Land zu dienen, sich politisch zu engagieren, wollte helfen, einen gerechten, demokratischen Staat aufzubauen oder zu erhalten, bis er mit vielleicht zwanzig Jahren erkannte, daß die Worte von »Freiheit« und »Pluralismus« doch gar nicht so gemeint waren ... Also beteiligte er sich vielleicht noch bis fünfundzwanzig oder dreißig gewissermaßen aus Protest an der Farce des Politischen, schämte sich aber bereits für seine einstige jugendliche Naivität, das durch und durch Verlogene der politischen und kul-



- ◉ *»Ich denke, es kommt weniger darauf an, wie wir es gern hätten, sondern wie es wirklich war mit ihm. Ob er das Manifest je gelesen hat oder nicht, die Kraft der Arbeiterklasse hat er auch später nie gestaltet, geschweige denn gültig.«*

turellen Klasse nicht schon früher erkannt zu haben, bis er mit vielleicht vierzig Jahren das Ganze gründlich satt hatte, den Zirkus der täglich ausgerufenen Phrasen nur noch verachtete und, bevor der in ihm nistende Ekel zum Krebsgeschwür mutierte, sich von allem, von den real-sozialistischen wie von den linksliberalen Lebenslügen, resigniert abwandte. Einst klang das so (Reimann, Tagebücher): »Seit der ČSSR-Affäre hat sich mein Verhältnis zu diesem Land, zu dieser Regierung sehr geändert. Verzweiflung. Manchmal Anfälle von Haß. (...) Nichts ist schlimmer als hilfloser Zorn, die Unfähigkeit zur Aktion.«

Wahrscheinlich haben solche und ähnliche Erfahrungen stets bewirkt, daß jede theoretisch beabsichtigte Demokratie alsbald zur real existierenden Ochlokratie herabsinken mußte: Denn zuletzt sind nur noch die Schlechtesten bereit, sich an der großen staatlich-obligaten Posse zu beteiligen. Ist doch bislang jede demokratische Verfassung daran gescheitert, daß sich bald niemand mehr daran hielt, weil die charakterlosesten Naturen schließlich alle anderen verdrängt hatten, so daß allein die Linientreuen und Karrieristen übrig blieben und sagen konnten: Der Staat bin ich!

Warum aber funktioniert die heutige, so einnehmend seriös und professionell flimmernde Ochlokratie viel besser als alle bisherigen, und warum ruft sie nur noch so wenig Widerstand hervor? Vielleicht kommt es auch hier auf die Dosis an: Wo die Strafen nicht mehr drakonisch sind, sondern den zu Bestrafenden leise und langsam zerstören, wo es keine Engpässe oder Mängel in der Versorgung mehr gibt, welche die geistigen Repressionen noch drückender machten und überall das »Gefühl« vermittelt wird, alles zu dürfen und »frei« zu sein, lohnt es sich nicht, diese, wenngleich vor allem virtuellen Vorzüge einzubüßen, indem man genauer hinschaut, nach »anderen Verhältnissen« verlangt und dadurch seinen Ausschluß aus der Community des »schönen Lebens« angesagter Meinungen riskiert. Möglicherweise hindert diese Furcht die allermeisten daran, das doch bloß geringe Abstraktionsvermögen aufzubringen, um die Parallelen zwischen den beiden Wirklichkeiten zu erschauen und das Wort von der endlich erreichten »Ankunft im freiheitlichsten und gerechtesten Staat« als den größten bundesrepublikanischen Mythos zu entlarven. Denn zuletzt gründet fast jeder Staat auf der Selbstgefälligkeit, das heißt Ignoranz und Eitelkeit seiner

Karrieristen. Darin besteht die vielleicht zäheste anthropologische Konstante. Zu allen Zeiten sucht jeder einzelne der vielen Profiteure im jeweiligen Regime das ihm nützliche Mittel, den eigenen Zweck zu erfüllen. Dahin zwingt ihn gewissermaßen das Leben selbst. Und deshalb schämt sich in keinem Staat, auch im heutigen nicht, irgend jemand der Akteure seiner immer gleichen Machenschaften, und seien diese auch noch so schäbig. Das Spiel der Vorteilsverlogenheit beginnt fast jeden Tag aufs neue; es ist vielleicht der nämliche instinktive Mechanismus, der auch die Spinne lenkt, wenn sie täglich ihr Netz an der gleichen, einmal ergiebigen Stelle neu webt, mag es dort auch noch so oft zerrissen werden. Oder eben der des Kaninchens, das sich immer wieder das Fell über die Ohren ziehen läßt, weil gewissermaßen sein Zweck darin besteht, gefressen zu werden. – Der Zweck des Menschen aber ist, wie man sagt, das »schöne Leben«. Dies zu erreichen gelingt jedoch nur demjenigen, der erfolgreich ignoriert, daß das gesamte Gebäude auch der heutigen Wirklichkeit auf lauter Selbstbetrügereien gründet; bald unser ganzes staatliches, wirtschaftliches, weltanschauliches, privates Dasein hängt davon ab. Folglich kann niemand wollen, daß dieses über Generationen mühsam aufgebaute Gehäuse zusammenbricht. Zu viele sind darin integriert, haben auf Gedeih und Verderb ihren Pakt mit der staatlichen Wohngenossenschaft geschlossen, zu viele verdanken ihre komplette Existenz jener Bigotterie. Freilich stellt dieser bedrückende Zustand jeden auf die Charakterprobe, indem seine Repräsentanten dem Einzelnen zurufen: wir werden auch dich schon noch klein kriegen, denn in jedem Menschen steckt ein fauler, aber fruchtbarer Kern, den wir für uns beanspruchen und dienstbar machen wollen.

Solches auszusprechen ist kein Pessimismus; es sind auch keine »Nachtgedanken«, sondern kühle Beobachtungen der Lage, die kaum jemand ernsthaft leugnen kann, der hierzulande die politische Wirklichkeit der letzten dreißig Jahre erfahren hat. Allein die vielen Nutznießer und Ignoranten jener Wirklichkeit dürften sich zu einem milderem Urteil verpflichtet fühlen. Denn die Fähigkeit, in *alle* Verhältnisse hineinzuwachsen und sie nur so weit zu kritisieren, wie man niemandem der Täter wehtut, am wenigsten sich selber, gehört zu den Grundvoraussetzungen des »schönen Lebens«. Deshalb ist es ein nur schwacher Trost, darauf hoffen zu dürfen, daß die heute als die »Bösen« stigmatisierten, die Geächteten, Schikanierten, Verstoßenen und Verschwiegenen, vielleicht morgen die »Guten« sein werden; denn den Schaden und das aufreibende, zerstörte Leben erleiden sie hier und jetzt.

Sich nun unter denjenigen notwendig dagegen zu empören, die von der *Falschheit* des geschichtspolitischen Mythos, auf den wir alle vereidigt worden sind, weniger profitieren, ist das eine. Ein anderes, die *Natur* jenes Komplexes *verstehen* zu wollen. Denn erst nachdem wir uns darüber klar geworden sind, was alles vom

Filme

Das Kaninchen bin ich, nach dem gleichnamigen Roman von Manfred Bieler. Regie: Kurt Maetzig, Manfred Bieler, 1965;

Denk bloß nicht, ich heule, Regie: Frank Vogel, 1965;

Der verlorene Engel, Regie: Ralf Kirsten, 1966/1971;

Karla, Regie: Herrmann Zschoche, Drehbuch: Ulrich Plenzdorf, Herrmann Zschoche, 1966.

Präsentiert in der Reihe: *Verboten. DEFA. Abteilung 11. Plenum des Zentralkomitees der SED 16.–18.12.1965*. Neu digitalisiert. [Berlin]: DEFA-Stiftung; Icestorm Entertainment 2015; 10 Filme.

Gefördert durch: (sic!) Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien; Kulturstiftung des Bundes; Bundeszentrale für politische Bildung; beBerlin; Land Brandenburg; Filmförderungsanstalt.

Außerdem:

Hunger auf Leben, (Filmbiographie Brigitte Reimanns) Regie: Markus Imboden, 2004.

Fortbestand unserer heutigen Wirklichkeit abhängt, wird die Hysterie und Rigorosität derer begreiflich, die *mit aller Gewalt* jeden Zweifel an ihren staatstragenden Dogmen unterdrücken. Und man sieht, wie tief, ja unüberbrückbar die Gräben zwischen diesen beiden ungleichen Gegnern mittlerweile geworden sind. Man versteht einander nicht mehr, weil man unterschiedliche Sprachen spricht; so, als habe man es mit zwei grundverschiedenen Menschenarten zu tun. Es ist der Zustand einer Finalsituation, wie es sie zwar immer wieder in der Geschichte gegeben hat, ohne daß jedoch mit Gewißheit von vergangenen Beispielen auf den Fortgang heutiger Verhältnisse geschlossen werden könne.

Sollte auch das derzeitige Regime irgendwann einmal überwunden werden, wird es keine Filme, ja nicht einmal eine qualitativ hochwertige Literatur geben, die zeitnah jene politischen Zwänge und Widrigkeiten dokumentierten und ein Psychogramm der Täter wie der Opfer hinterließen; denn derlei, wie die einst sogenannten Keller- oder Kaninchenfilme kommen eben deshalb gar nicht mehr zustande, weil dazu sowohl der Typus fehlt, der sie schreiben und produzieren könnte, als auch derjenige, den ein tieferes Verlangen danach antriebe, das Ungeheuerliche dieser Tatsache künstlerisch zu verarbeiten. – Was kümmert mich das bißchen geistige Dressur, solange es im Netz alles zu kaufen und virtuell zu erleben gibt und das offizielle Kollektiv mir täglich sagt, was ich tun muß, um als moralisch »guter« und zeitgemäßer Mensch zu gelten! Wo man in eine anscheinend unabänderliche Zukunft hineinrollt, verliert sich das natürliche Empfinden für Recht und Unrecht, für Wahrheit und Lüge, für Schönes und Häßliches zugunsten einer Überlebensflexibilität, die dazu führt, sich nun noch vehementer für das bereits Bestehende einzusetzen und dieses immer weiter auszubauen, um in der Unterstützung des Unausweichlichen nach seiner verlorenen Mündigkeit zu suchen – und sich schließlich einzubilden, sie im Fortschrittsgehorsam bloßer Zeitgeistadaption auch tatsächlich gefunden zu haben. ■

Ernst Jünger als Erzieher – Einige Anmerkungen zu einem Kapitel aus »Finis Germania«

von Norbert Zankl

Ich möchte einige Anmerkungen zum Kapitel »Ernst Jünger als Erzieher« aus Rolf Peter Sieferles Buch *Finis Germania* (FINIS) machen. Was lehrt Jünger mit seinem hundertjährigen Lebenswerk? Wozu kann er uns erziehen? Sieferle gibt vordergründig keine Antworten, er nennt keine Quellen, zitiert nicht. Seine Auslassungen sind »Fragmente«. Meine Anmerkungen zeigen Verbindungslinien auf: welche Gedanken Jüngers hat Sieferle, ohne sie ausdrücklich zu nennen, aufgegriffen?

Drei Texte Ernst Jüngers werden hier als »Vorlagen« der Passagen von Sieferles Kapitel gestreift: Der Essay *Über die Linie* (LINIE), der die Voraussetzungen für einen Nihilismus skizziert, der als »Phase eines ihn umfassenden geistigen Vorgangs« die Kultur zu überwachsen vermag; der *Waldgang* (WALD), in dem Jünger die »Lösung« der »totalen Verweigerung« (Parviz Amoghli, *Jüngers Waldgang heute*) anbietet, sowie der Roman *Eumeswil* (EU) aus dem Jahre 1977, in dem Jünger in einem fiktiven »Weltstaat« anhand seines Protagonisten Venator, eines Historikers, den Versuch eines Einzelnen beschreibt, der eine »Passage« in den »Wald« wagen will, »an deren Ende die Begegnung mit dem eigenen Selbst« stehen soll, wie Amoghli zusammenfaßt. Hier verbirgt sich der Jäger des Seins als »Lauscher und Beobachter«, dem am Ende nur die »völlige Ablösung von der physischen Existenz« (EU) bleibt.

Sieferle geht von einer Diagnose Jüngers aus: »Die moderne Wirklichkeit ist abstoßend, mißt man sie an den ästhetischen Normen vergangener Hochkulturen – sie ist vulgär, geschmacklos, laut, gierig, desorientiert, grausam, oberflächlich, unappetitlich, widerwärtig und selbsterstörerisch.« Das Thema rührt an die Existenzbasis des Einzelnen, und es stellt sich die Frage, »welches Verhalten ihm in dieser Anfechtung empfohlen werden kann.« (LINIE) Sieferle sieht die moderne Welt als »Monstrosität«, erzeugt im Einzelnen durch die »Verwicklung in ihre Geschäfte«; Jünger hält fest: »Im Waldgang betrachten wir die Freiheit des Einzelnen in dieser Welt, ... in dieser Welt ein Einzelner zu sein.« (WALD), und Sieferle fragt, wie »diese Perspektive wirklich konsequent einzunehmen ist.« Beide konstatieren, daß wir in einer gefährlichen Zeit leben, in der

der Nihilismus zum »Stil der Zeit geworden« (Amoghli) und die Zerstörung des Selbst durch den Nihilismus längst in Gang gesetzt ist.

Was ist dieser »Nihilismus«, den Sieferle als »konsequenten« anreißt, der »das Tableau zu einer neuen Ordnung« öffnet? Eines der Kennzeichen, das Jünger benennt, ist das der Reduktion: »Die nihilistische Welt ist ihrem Wesen nach eine reduzierte und weiter sich reduzierende, wie das notwendig der Bewegung zum Nullpunkt entspricht.« (LINIE) Jünger faßt diesen Prozeß auch im Begriff des »Schwunds«: Er ergreife, »zugleich Beschleunigung, Vereinfachung, Potenzierung und Trieb zu unbekanntem Zielen, die ganze Welt« (LINIE) und ist also ein globaler Vorgang, dem sich das Individuum nicht entziehen kann. »Das Sein der zeitgenössischen Kreatur löst sich mehr und mehr in Zahlenkolonnen und Algorithmen auf«, so interpretiert Amoghli die Tendenz des Reduziertwerdens. Überall zeigt sich die Vernichtung »als Phase eines [s]ie umfassenden geistigen Vorgangs« und als »Ausdruck der Entwertung der höchsten Werte« (LINIE). Auch in seinem früheren dystopischen Roman *Heliopolis* schildert der Erzähler Jüngers das Schicksalhafte dieses Prozesses: »In dieser Lage führt der Realismus unausweichlich dem Nihilismus zu, der Idealismus der leeren Utopie. Wir blicken in die Welt und finden die Vernichtung; wir blicken in unser Inneres und finden die schönen Träume; doch beide lenken uns dem Untergange zu.« (HELIOPOLIS)

Es ist schwierig zu deuten, wie sich Sieferle die Konsequenz dieser neuen Ordnung vorstellt. Einen Ansatz bietet seine Bemerkung, ein »wechselvolles Spiel der Musterbildung ... mit interessem Wohlgefallen zu betrachten; und zwar als letzte und radikalste Form des Erhabenen.« (FINIS) Die Betrachtung der Musterbildung hat den Kampf um eine Einheit oder den Willen zur Macht abgelöst. Ihr Betrachter versucht wohl, die Kälte des Blicks, der sich vor »Sympathie, vor innerer Teilnahme« (EU) hütet, mit etwas Undefiniertem zu verbinden, in dem er »sich selbst be-greift, in seiner tiefsten und überindividuellen Macht.« (WALD) Als Annäherung mag genügen, daß solche »betrachtenden« Individuen von der Welt nur »eine harte und klare Beschreibung ihrer Oberfläche liefern« können. Sie sind lediglich

die Beobachter desjenigen, das ihnen »sich im Prozeß der Weltzerstörung« offenbart und das sie als »Heimatlosigkeit«, als »Weltschicksal« erfahren, wie Heidegger im »Humanismus-Brief« feststellt, weil es sich ihnen entweder längst entzogen hat oder höchste Gefahr auftritt, wenn sie sich ihm nähern. Der Einzelne – dies vielleicht eine weitere Annäherung an Siefertles »Interesselosigkeit« –, sagt Venator, »sucht [die gesetzgebende Macht] weder zu ergreifen, noch zu stürzen, noch zu ändern – ihre Stoßrichtung geht an ihm vorbei.« (EU)

Jünger fragt weiter, »wie der Mensch im Angesichte der Vernichtung im nihilistischen Sog bestehen kann« (LINIE). Er bezieht diese Überlegungen auf die Anliegen der Literatur. Es scheint, als richte Siefertle ebenfalls den Blick auf die Ästhetisierung der Welt. Die »finale Krise« ist ihm ein »grandioses Naturschauspiel«, dem sich der Betrachter ohne Affekte gegenübergestellt sieht, »jenseits von Gejammer, von Kritik und Praxiswut.« Auch Jünger spricht an anderen Stellen (TITANEN) davon, daß er das Ganze (er bezieht sich hier ausdrücklich auf seine Erlebnisse im Ersten Weltkrieg!) nicht mehr als Akteur, sondern als Beobachter erlebte, das Schauspiel fast von oben überblickte und daß sich auch die Kriegsszene in ein Schauspiel verwandelt habe. Sicher wird Siefertle diese Passagen oder ähnliche, z. B. aus dem *Kampf als inneres Erlebnis*, gekannt haben. Kennern von Jünger wird die von den »Guten« inkriminierte Stelle aus den *Strahlungen* in den Sinn kommen: »Die Stadt mit ihren roten Türmen und Kuppeln lag in gewaltiger Schönheit, gleich einem Kelche, der zu tödlicher Befruchtung überflogen wird. Alles war Schauspiel, war reine, von Schmerz bejahte und erhöhte Macht«, als er bei der Bombardierung von Paris ein Glas Burgunder in der Hand hält.

Der Einzelne ist nurmehr in der Lage, als unbewegter Beobachter der reduzierten Wirklichkeit beizuwohnen. Ihm sei, wie Siefertle anschließend feststellt, der Blick des »neutralen Beobachters« eigen. Vielleicht ist dies auch Venators Gedanke, wenn er feststellt: »Ich bemühe mich, keine Gesinnung zu haben«, und sich fragt, wie man sich für eine Zeitlang »unsichtbar« machen könne. (EU) Urteile fallen sie beide nicht, sondern ziehen sich manchmal so weit zurück, daß sie – wie Jünger an anderer Stelle – zu überlegen scheinen, »ob es nicht rätlich wäre, aus der Geschichte oder sogar der species humana zu emigrieren« (*Siebzig verweht IV*). Durchaus kommen einem auch Gedanken des Daoismus in den Sinn: »... dann magst du untätig weilen beim Nicht-Handeln, und alle Dinge wandeln sich selber. Laß fahren deinen Leib; spei' aus deine Sinneseindrücke; werde gleichgültig und vergiß die Außenwelt«, wie Dschuang Dse sagt.

Dann wird nicht mehr geurteilt werden müssen, so fährt Siefertle fort. Die Welt als Schauspiel ist also ein Vergessen, das weit abgewandte Sinnen eines »Entomologen«. Ein solcher war Jünger, und das Land Baden-Württemberg vergibt einen Ernst-Jünger-Preis für Entomologie. Dieser Standpunkt wird dem Individuum »aufgedrängt«, und kein Zufall kann es sein, daß Siefertle die dem Einzelnen, »der sich den Dingen aus dem ungeheuren Abstand der Interesselosigkeit nähert«, aufgezwungene Distanz geradezu emphatisch wiederholt. Die Teilnahme an den Geschehnissen wird hier vehement verweigert, und der Abstand zu diesen ist ungeheuer, obgleich er versucht, sie als Registrator festzuhalten und zu beobachten. Dieser agiert nicht nur »im Geheimen, im Verborgenen« (Amoghli), sondern scheint sich schon jenseits der »Linie« zu befinden, an einem Ort, an dem er bar aller Kommentare ist. Der »ungeheure Abstand«, von dem Siefertle spricht, geht noch über den sicheren Ort des Waldes bei Jünger hinaus: Kann dieser noch feststellen, »daß der Mensch im Walde *schläft*« und »[i]m Augenblick, in dem er erwachend seine Macht erkennt, die Ordnung wiederhergestellt [ist]« (WALD), er also noch an einem Ort ist, der ihm Sicherheit gewährt und von dem aus er möglicherweise ordnend in das Geschehen eingreift, so ist Siefertles Einzelner aus allen Bezügen herausgefallen, weil es keine Entscheidung oder einen Willen zur Veränderung bzw. Macht mehr geben kann. In diesem Sinne ist vielleicht die Äußerung des fast hundertjährigen Ernst Jünger zu deuten: »Ein Autor, der auf sich hält, lebt außerhalb der Gesellschaft. Es ist, als ob er deren Charaktere flüchtig streifte, um ihre Essenz besser zu begreifen.« (TITANEN) Die Welt, so Siefertle, hat »jede emotionale Besetzbarkeit eingebüßt«. Dies ist Venators zentraler Satz: »Als Anarch bin ich entschlossen, mich auf nichts einlassen,

nichts letzthin ernst zu nehmen; Grenzposten, der im Niemandsland zwischen den Gezeiten Augen und Ohren schärft.« (EU)

Anarch: Zentraler Begriff vieler Texte Jüngers, sicherlich in Siefertles Sinn. Jünger grenzt ihn an mehreren Stellen sowohl gegen den »Anarchisten« wie den »Waldgänger« ab. Venator wendet sich in einer Selbstbetrachtung als Einsamer gegen den Anarchisten als Vertreter des Sozialen: »... der Anarchist ist ein Sozialer und muß sich mit Gleichen zusammentun.« (EU) Eine utopische, gar romantische Grundhaltung eigne dem Anarchisten, wenn er als seine geistigen Väter Rousseau oder Brutus nennt. Nur Ahnungen der Freiheit überkommen ihn; sie berauschen ihn zwar, aber »er verschwendet sich wie eine Motte, die im Licht verbrennt.« (EU) Vielleicht dachte Rolf Peter Siefertle auch

Aus folgenden Schriften wird zitiert:

- Ernst Jünger: Der Waldgang, Frankfurt a.M. 1962;*
ders.: Eumeswil, Stuttgart 1977;
ders.: Heliopolis, Salzburg/Wien 1950;
ders.: Strahlungen, Tübingen 1949;
ders.: Über die Linie, Frankfurt a.M. 1958;
Gnoli/Volpi/Jünger: Die kommenden Titanen, Wien 2002;
Parviz Amoghli: Schaum der Zeit. Erträge 4, Berlin 2016.

daran, als er sich gegen die zitierte »Praxiswut« wandte.

Der Anarch ist dagegen gegenüber der Gesellschaft indifferent. »Der Anarch *hat keine Gesellschaft*.« (TITANEN) Der fundamentale Unterschied ist also, daß letzterer keinen Anteil an der Gesellschaft mehr besitzen will, da er »nur sich allein« beherrschen will (EU), während sich der Anarchist, oft auch aus anteilnehmender Empörung, auf sie einläßt, aber gerade dadurch scheitern muß. Als Summa mag eine Äußerung Jüngers gelten, die er kurz vor seinem Tode in einer Dokumentation (*102 Years in the Heart of Europe*, ab Minute 42:50) machte, als schwedische Journalisten ihn in Wilflingen besuchten: »Der Anarchist greift ein, er begeht Attentate, zuletzt Selbstmord. Der Anarch betrachtet die Sache und macht sich seine Gedanken, aber er greift nicht ein.« Hier werden antithetisch die unversöhnlichen Positionen deutlich gemacht: Das »Eingreifen« muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen zum Tode führen; was bleibt, ist nur die emotionslose Betrachtung.

Anarch wie Waldgänger pochen beide auf die Bewahrung des Einzelnen. Sie treten heraus, um die Welt zu beobachten, und wollen sich jeglicher Herrschaft bewußt entziehen. Der Anarch kann sich nur und immer durch den Waldgang behaupten. (EU) Er ist »im Grunde stets und überall Waldgänger, sei es im Dickicht oder in der Großstadt, sei es in der Gesellschaft oder außer ihr« (EU) und behauptet so seinen Eigenstand.

Der Waldgänger ist eine schillernde Figur: Er ist einerseits der Einzelne, »durch den großen Prozeß vereinzelt und heimatlos geworden« (WALD), »will nicht Gleicher unter Gleichen sein« (Amoghli); ist aber gleichzeitig entschlossen, fundamental der Weltkatastrophe zu widerstehen. Diese Bestimmung beschreibt Jünger im Waldgang so: Sie »liegt darin, daß der Waldgänger Widerstand zu leisten entschlossen ist und den, vielleicht aussichtslosen, Kampf zu führen gedenkt. Waldgänger ist also jener, der ein ursprüngliches Verhältnis zur Freiheit besitzt, das sich, zeitlich gesehen, darin äußert, daß er dem Automatismus sich zu widersetzen und dessen ethische Konsequenz, den Fatalismus, *nicht* zu ziehen gedenkt.« (WALD) Der Waldgänger ist also noch nicht am Endpunkt angekommen. Er bewahrt also noch Elemente des aktiven Handelns und ist noch nicht einer *Apoliteia* verfallen, wie die Abgrenzung gegen den Fatalismus am Ende des letzten Zitats zeigt. Aber »Waldgänger und Anarch dürfen nicht verwechselt werden, obwohl große Ähnlichkeiten zwischen ihnen bestehen und sie »*existentiell* kaum zu unterscheiden sind.« (EU) Sie existieren nicht bloß als andere in der Wirklichkeit, sondern erfüllen das »Hinausgehen in die Wahrheit des Seins.« (Heidegger) Ihr Unterschied wird in *Eumeswil* so gefaßt, »daß der Waldgänger aus der Gesellschaft herausgedrängt wurde; der Anarch dagegen hat die Gesellschaft aus sich verdrängt.« (EU) Dies ist ein bewußter Akt, ein Schritt, von dem es kein Zurück mehr gibt. Möglicherweise ist er

doch die Bewegung zu dem Standpunkt eines Menschen, der gänzlich außerhalb steht, und zu der Position, die Julius Evola so beschreibt: »Die ›Apoliteia‹ meint die unwiderrufliche innere Distanz zu dieser Gesellschaft und ihren Werten, die Weigerung, ihr durch die geringste spirituelle oder moralische Bindung anzugehören«, eine Position also, die Rolf Peter Sieferle vielleicht geteilt hätte, wenn er am Ende des Kapitels schreibt, daß »die Neutralität zur letzten Zuflucht des Außenseiters« wird.

Deutlich wird bei dieser Annäherung, daß der Waldgänger Opfer oder Produkt der gesellschaftlichen Seinskatastrophe ist; letztlich glaubt Venator, daß der Waldgänger scheitern muß, so wie er selbst am Ende, indem er zu einer Expedition aufbricht, um sich im Wald zu rüsten, scheitert. Dies ist aber zunächst nur das Scheitern einer literarischen Figur und nicht dasjenige der Utopie des Waldgangs selbst, hört man auch die Befürworter der Katastrophe immer wieder sagen: »Die verachtete Realität bleibt unbesiegt.« (Georg Wolff, »Traurige Träume«, *Spiegel* 1977) Wie hat nun der Anarch die Gesellschaft »verdrängt«? Dies ist natürlich so zu verstehen, daß er sie ignoriert oder vor ihr flüchtet. Was der Anarch tut, ist kein »romantischer Akt, sondern der Spielraum kleiner Eliten, die sowohl wissen, was die Zeit verlangt, als auch noch etwas mehr.« (WALD) »Er kann aber auch die Augen geöffnet halten und die erhabene Aussicht genießen, solange sie sich bietet.« (FINIS) Der Standpunkt des Anarchen ist stets »außerhalb«.

Die unbeteiligte Neutralität ist seine Haupteigenschaft: »Man ist beteiligt, wo und wie lange es beliebt.« (EU) »Sie ist sein Gegenstück zum ›Erkenne dich selbst‹ am Tempel des Delphischen Apoll. Beides ergänzt sich; wir müssen unser Glück und unser Maß kennen.« (EU) Vielleicht werden Anarch wie Waldgänger scheitern, weil sich die Teilnahmslosigkeit, die nichts mehr investiert, zur Apathie im radikalen Sinne wandelt, und die Tatsache, keiner Beeinflussung durch etwas Äußeres zu unterliegen, den Einzelnen an den Nullmeridian führt. Sieferle schließt seine Fragmente, indem er als Ausgang für den Einzelnen nur das »Staunen« setzt. Staunen, der Beginn und der Urgrund eines, der sich von allem gelöst hat: Vielleicht ist dies die Option zur Freiheit.

Der *Waldgang* schließt mit den Worten: »Wer tiefer gräbt, erreicht in jeder Wüste die brunnenführende Schicht. Und mit den Wassern steigt neue Fruchtbarkeit herauf.« (WALD) Jünger hofft am Ende von *Über die Linie*, im Moment, da die Dämonen gegen die eigene Brust andrängen: »Ist [der Mensch] hier stärker, so wird das Nichts in sich zurückweichen. Es wird die Schätze, die überflutet waren, auf der Strandlinie zurücklassen. Sie werden die Opfer aufwiegen.« (LINIE) Das mag wenig sein, aber es ist aufrichtig in einer Lage, die keine Bestimmtheit mehr zuläßt. Läßt sich nicht mehr sagen, muß auch der Anarch sein Scheitern konzedieren und mit Seneca: *Bene autem mori est libenter mori.* ■

WEIHNACHTSANGEBOT:

Jungeuropa-Paket

(alle vier Bücher, nur solange der Vorrat reicht)

60 Euro (inklusive Versandkosten)*

mit streng limitiertem Lesezeichen



Robert Brasillach /
Henri Massis
**DIE KADETTEN
DES ALCÁZAR**
*Deutsche Erstausgabe,
Dresden 2017,
112 S., brosch.*

12 €



Alain de Benoist
**KULTURREVOLUTION
VON RECHTS**
*Dresden 2017, 207 S.,
geb.*

16 €

Dominique Venner
**FÜR EINE POSITIVE
KRITIK**
**Das Ende der
alten Rechten**
*Deutsche Erstausgabe,
Dresden 2017,
92 S., geb.*

12 €



Pierre Drieu
la Rochelle
DIE UNZULÄNGLICHEN
*Dresden 2016,
560 S., geb.*

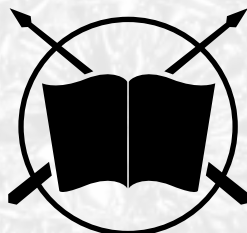
24 €



2018 erwarten Sie Bücher von Dominique Venner,

Derek Turner, Charles Robin, Adriano Scianca,

Philip Stein, Mykola Stsiborsky uvm.



**JUNGEUROPA
VERLAG**

Schakale und Liebe

Ayelet Gundar-Goshen: *Lügnerin*. Roman, übersetzt aus dem Hebräischen von Helene Seidler, Zürich/Berlin: Kein & Aber 2017. 333 S., 24 €

Dieser Roman der 35jährigen Psychologin und Drehbuchautorin Ayelet Gundar-Goshen ist in seiner hebräischen Originalfassung 2017 erschienen, von dem hashtag #metoo konnte die Schriftstellerin nichts wissen. Aber: ein Buch zur Stunde! *Lügnerin* ist routiniert geschrieben, Gundar-Goshen versteht ihr Handwerk. Das Buch hat Tiefgang und pflegt dennoch einen so leichten Ton, eine so gefällige Dramaturgie, daß es ebensogut als Schmökerlektüre wie als Denkstück sich eignet.

Nuphar, die Protagonistin, ist siebzehn, leicht pickelig, mollig, ungeküßt, eher Außenseiterin; so könnte man wenigstens ihr (altersgerechtes) Selbstbild skizzieren. Dem objektiven Betrachter würde sie als nettes, eventuell sogar begehrenswertes Mädchen erscheinen. Nuphar hat einen Ferienjob in der Eisdielen. Eines Tages möchte der abgehalfterte Ex-Star Avishai Milner ein Eis kaufen. Nuphar hat gerade pausiert, und Milners Ego ist gerade angeschlagen. Weil er ein paar Minuten auf die Bedienung seiner Wünsche warten muß, geht es mit Milner, dem ollen Narzißten, durch. Er beleidigt Nuphar unflätig: »Du bist häßlich! Keiner interessiert sich für dich.« Und obwohl sie in Wirklichkeit ein recht ansehnliches Geschöpf war, bildete sie sich ein, der Kunde habe nur ausposaunt, was alle anderen im Stillen dachten.« Nuphar beginnt zu schreien, und »in ihrem Schrei lag die Kränkung, die sie sich selbst zugefügt hatte. Sie schrie und schrie und hörte nicht, dass die Martinshörner der alarmierten Polizei ihr antworteten: Ein Schakal heult, und hundert Schakale antworten ihm aus der

Finsternis.« Im folgenden Tumult ist das Mädchen taub vor Schluchzen. »Hat er dich angefaßt?«, wird sie aus dutzenden Mündern gefragt. Ihr Zittern wird als »Ja« gedeutet und verweist »bereits auf eine Schlagzeile der Zeitung von morgen.« Nuphar überläßt sich den üblichen Umarmungen, »und es scheint ihr, als wäre sie noch nie so gehalten worden.« Von Stund' an erfährt sie immense Zuneigung, Mitleid und Interesse – es hagelt Einladungen zu Nachrichtensendungen und Talkshows. Nuphar ist keineswegs ein Fräulein ohne Gewissen – nur, wo wäre der Ausweg? Wie stünde sie da, wenn klar würde, daß sie mitnichten Opfer einer versuchten Vergewaltigung, sondern nur zufälliges Ziel einer Verbalattacke war? Nuphar blüht auf. Aus dem Mauerblümchen wird eine Rose mit Dornen. Nun hat ein etwa gleichaltriger Junge, ein Stubenhocker, das wahre Geschehen beobachtet. Erst erpreßt Lavie sie ein wenig, dann verlieben sich die beiden. Einmal muß Nuphar weinen. Der Druck der Lüge ist zu groß. Lavies Trost: Menschen, die sich eisern an die Wahrheit hielten, täten das, weil die Wahrheit von Vorteil für sie sei. Für andere sei die Lüge vorteilhafter: »Wenn die Wahrheit gut genug gewesen wäre, hättest du nicht lügen müssen, richtig? Wenn die Wirklichkeit beschissen ist, ist das Lügen nicht so schlimm.« Und sie alle, die Bevölkerung dieses Romans, sind kleinere oder größere Lügner. Gundar-Goshen zeigt es mit feinen Spitzen und milder Süffisanz. Sie muß all diese Selbstbetrüger, Ehebrecher, falschen Moralapostel und Alltagsschwindler nicht markieren, es wird en passant deutlich. Besonders hübsch ist ihr die Beschreibung des »Internationalen Tags gegen Gewalt an

Frauen« geraten. Alle Institutionen begehen ihn mit pompös-tragischer Feierlichkeit. In der Residenz des Staatspräsidenten (der eine betroffenenmachende Rede hält und zugleich an den Hintern seiner Büroleiterin denkt) ist alles fein und opulent gerichtet: Leckereien stehen ebenso parat wie ein paar »mißhandelte Frauen« (inklusive Nuphar, die sich verdrücken wird; man versteht es selbstredend) und das große

Schild mit der Aufschrift: »Das muß ein Ende haben!«. Nuphar schämt sich. Sie fühlt sich schuldig. Aber gemeinsam mit Lavie würde sie »die Schuld zähmen, bis sie zu einem dressierten Hund würde.« Was wiegt überhaupt Schuld, wenn der

Kontrahent eine so miese Type ist? Wenig später wird sie sich einer alten Frau anvertrauen, zu der sie spontan Vertrauen faßt. Rivka heißt die Dame, Nuphar lernt sie auf der Klassenfahrt nach Polen kennen. Rivka begleitet als KZ-Überlebende die Klasse auf einer Tour durch Internierungslager. Sie hält ihre Vorträge mit zitternder Stimme: »Noch bevor die Überlebende ein Wort gesagt hatte, waren die sanften Seelen bereit zu weinen. Ein eingestimmtes Publikum, nannte man das wohl.« Rivka wundert sich nicht, als Nuphar abends ihre Nähe sucht. Sie hatte heute »vom Getto erzählt, und das war so schrecklich traurig gewesen, dass sie befürchtete, von ihren eigenen Geschichten Alpträume zu bekommen.« Nur, Nuphar fragt nicht nach der Schoa. Sie wird nicht erfahren, daß Rivka in Wahrheit Raymonde heißt und sich ihre Holocaustnähe aus Informationen aus dem Internet zusammengebastelt hat. Manchmal, so erklärt ihr die Ältere, erfinde man Dinge nur, um ein bißchen weniger allein zu sein.

Ellen Kositzka



Erinnerungsindustriekapitän

Javier Cercas: *Der falsche Überlebende*. Aus dem Spanischen von Peter Kultzen, Frankfurt a.M.: S. Fischer 2017. 494 S., 24 €

Enric Marco kam am 14. April 1921 in Katalonien zur Welt, exakt zehn Jahre vor Ausrufung der Zweiten Spanischen Republik. Zeit lebens war er ein Kämpfer für Wahrheit und Gerechtigkeit. Als Anarchist und Gewerkschafter stellte er sich stets quer zum Zeitgeist, ohne Rücksicht auf Verluste. Der blutjunge Kämpfer kehrte im Winter 1938/39 schwerverletzt von der Front des spanischen Bürgerkriegs zurück. Wenig später wurde er ins deutsche KZ Flossenbürg deportiert. Schon die Ankunft am Bahnhof – der reine Horror: Die Hunde der SS-Männer bissen jeden, der sich bewegte. Wer zurückwich, für den hagelte es Peitschenhiebe, Tritte, Schläge. Manche Deportierten starben vor Ort, sie waren so schwach, daß die SS-Leute sie mit wenigen Schlägen umbrachten. Marco hatte nie Scheu, bei seinen Berichten ins Detail zu gehen: Wie seine Mithäftlinge bei der Arbeit im Steinbruch zusammenbrachen und dann getötet wurden. Wie deren Beerdigung nicht erlaubt war. Wie sie auf die Granitsammelstelle geworfen wurden. Wie im Lager Woche um Woche neue Erhängte zur Schau gestellt wurden. Wie sie erst abgenommen wurden, wenn ihre violette Färbung in einen grünlichen Ton umgeschlagen war. Die Einweisung auf die Krankenstation des KZ galt es zu verhindern, denn dort wurde den Gefangenen Benzin injiziert, um sie zu töten.

Enric Marcos vielhundertmal (von ihm selbst) erzählte Lebensgeschichte, hier von dem preisgekrönten und in zwanzig Sprachen übersetzten Journalisten und Romanautor Javier Cercas als »Roman ohne Fiktion« aufgeschrieben, hat einen Makel: Sie ist eine glatte Lüge. 2005, als der Vergangheitsbewältigungsdis-

kurs in Spanien sich gerade auf dem Höhepunkt befand, wurde die Phantasterei des Enric Marco durch den (bis dahin) No-Name-Historiker Benito Bermajo entlarvt – übrigens kurz, nachdem Bermajo einen ähnlichen Schwindel des angeblichen KZ-Häftlings Antonio Pastor Martinez aufdeckte. Cercas hat Marco seit 2009 häufig getroffen und ihn befragt. Von Reue keine Spur. Cercas unkt: »Er hatte Dinge behauptet, die nicht stimmen, ja, er hatte die Wahrheit ein wenig ausgeschmückt, richtig, aber das hatte er nicht aus Egoismus, sondern aus Großmut getan, nicht aus Eitelkeit, sondern aus Altruismus, er wollte die neue Generation durch die Erinnerung an das Grauen erziehen.« Marcos Lügegebäude beginnt – harmlos – mit dem falschen Geburtsdatum (feststeht, daß er in einer psychiatrischen Klinik zur Welt kam, wo seine Mutter 35 Jahre lebte), wodurch seine Inszenierung als möchtegern-geschichtsträchtige Persönlichkeit ihren Anfang

nimmt. Von seinen angeblichen Kriegsverletzungen gibt es nicht die geringste Spur. Erwiesen ist, daß er nie (wie behauptet) den Namen »Durruti« (nach dem Anführer einer republikanischen Elitekolonne) trug und daß er nie (wie behauptet) mit der Familie des legendären Rebellenführers Salvador Puig Antich befreundet war. Nach Deutschland war er 1941 im Rahmen eines deutsch-spanischen Abkommens gegangen, um sich in Kiel als Arbeiter zu verdingen und den Wehrdienst zu umgehen. Marco war ein Automechaniker, Kleinkrimineller, rotlichtaffiner Bordellgänger, der erstens ab 1976 – also erst nach Francos Tod! – durch Lügen zur Führungsfigur der ultralinken Gewerkschaft CNT (Confederación del Trabajo) avancierte, zweitens nach 1978 zum Generalsekretär der wirkmächtigen progressiven Elternver-

einigung FAPAC wurde und drittens 2003 zum Präsidenten der Amical de Mauthausen gewählt wurde, einem der prominentesten spanischen Vereine von KZ-Überlebenden. Seine KZ-Story hatte Marco erstmals 1978 in die Feder diktiert, ab etwa 1999 (Cercas schreibt, in jenen Jahren blühte die Erinnerungsindustrie in Spanien auf) tat er dies mit neuer Vehemenz. In Universitäten, Schulen und Altenheimen rührte Marcos mit seinem »Schmierentheater«, seinem »linken Kitsch« (Cercas) seine Zuhörer regelmäßig zu Tränen.

Cercas sieht mehrere Gründe, weshalb niemand es wagte, die Autorität dieses »Zeugen« in Frage zu stellen, der sich an prestigeträchtige, unangreifbare Institutionen gehängt hatte. Einer davon: »Zweifelloos ist heutzutage der schlimmste Feind der Linken die Linke selbst. Soll heißen: die Verwandlung des linken Diskurses in hohles Gerede, dessen heuchlerische Sentimentalität die Rechte mit dem

Begriff des Gutmenschentums belegt hat. Marcos Lügen kamen einer massiven Nachfrage vonseiten der Linken entgegen, die mit einer giftigen Mixtur aus Sentiment und gutem Gewissen ihrer Gehaltlosigkeit abzuwehren versuchte.« Ja, Marco ist nicht

nur »ein Schelm«, eine Wendung, die Cercas unter Verweis auf Don Quijote immer wieder aufgreift. Er hat »der Sache«, in deren Dienst er sich sah, nicht genutzt, sondern ihr einen Bärenienst erwiesen. Seltsam ist der Titel, den der deutsche Verlag S. Fischer drei Jahre nach der Veröffentlichung in Spanien wählte. Das Cover bildet einen Mann ab, der schamhaft die Hände vor sein Gesicht schlägt. Der 96jährige Marco ist weit entfernt von solcher Geste. Was soll das, nebenbei, heißen, daß hier ein Falscher überlebt habe?

Ellen Kositzka



Alles rot

Gerd Koenen: *Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus*, München: C.H. Beck 2017. 1133 S., 38 €

Es gibt nur wenige Autoren, denen man den sprichwörtlichen »Großen Wurf« zu- traut, wenn es um eine Welt- geschichte des Kommunismus geht. Gerd Koenen (u.a. *Das rote Jahrzehnt*) ist einer von ihnen, und er hat das ambi- tionierte Projekt nicht nur ge- wagt, sondern auch noch mit Bravour gemeistert. Dabei hat Koenen weder neue Quel- len entdeckt noch fundamen- tale Umwälzungen in der Ge- schichtsschreibung im Sinn. Was Koe- nen leistet, ist gleich- wohl etwas Kolos- sales: Er schreibt die (bisherige) Lebensge- schichte des kommu- nistischen Traums, der in der Mensch- heitshistorie so oft und so massiv in ei- nen manifesten Alp- traum umschlug.

Koenen betreibt sein Projekt entlang der Farben- lehre. Rot – das ist die Ur- farbe, anregend, aufregend, emotional stimulierend; die Assoziationen reichen von Krieg und Kampf über Lei- denschaft und Zorn bis hin zu Blut und Opfergeist. Rot – das war (und ist) die politische Sig- nalfarbe jenes Teils der poli- tischen Sphäre, der von un- terschiedlichen Spielarten des Sozialismus bis zu ebenso un- terschiedlichen Vorstellungshorizonten des Kommunismus reicht.

Der Autor schreibt die Ge- schichte des letzteren, nicht lediglich des Marxismus, und daher ist es folgerichtig, daß Koenen mit den Ursprüngen beginnt. Etymologisch be- trachtet, stammt der Kom- munismus vom lateinischen »communis« (»cum munis«) ab; »cum munis« meint: Man ist dem Gemeinwesen etwas schuldig – im Gegensatz zu denen, die »immunis« wa- ren, also von Abgaben befreit. Kommunismus ist zunächst

die Ideologie der Gemein- schaftlichkeit, der Primär- verpflichtung gegenüber dem Ganzen, moderner gefaßt: des Kollektivismus. Kommunismus als *Idee* (und als solche wird sie von heutigen Neo- kommunisten wie Alain Ba- diou und Slavoj Žižek wieder stärker akzentuiert) ist aber mehr, und als solche ist diese Idee, salopp gesagt, so alt wie die Menschheit selbst. Koenen wagt sich mit Engels zurück bis zur neolithischen Revo- lution, widmet sich den Gro- ßen Erzählungen menschlicher Frühgeschichte, befragt Pla- ton und Aristoteles, beschreibt anhand zahlreicher Philoso- phen die »Dialektik der Mo- derne«, untersucht

Denker des Frühso- zialismus, bevor er in den 1840er Jah- ren bei Marx und Engels angelangt ist. Von jenen kritischen Denkern, die Koe- nen als Ex-Kommu- nist hervorragend kennt und porträ- tiert, führt die Route über Umwege zu Lenin, Trotzki und

Stalin, hernach zu Pol Pots *Killing fields*, vor allem auch zu Mao und dem zeitgenössi- schen China im Spannungsfeld zwischen der Alleinmacht der kommunistischen Nomenkla- tura und einer sich stetig wei- terentwickelnden kapitalisti- schen Wirtschaftsordnung. Das Werk ist eine *Tour de force*, die den Leser fordert, ihm aber weitgehend Erkennt- nisgewinn verschafft und an vielen Stellen anspricht, selb- ständig weiterzuforschen und die Originaltexte zu lesen. Was Koenen betreibt, ist über- wiegend klassische Ideenge- schichte. Aber gerade weil er das Fachgebiet der Ideenge- schichte wählte, läßt sich just auf diesem Terrain die Kritik anbringen, daß sich der Au- tor phasenweise zu sehr auf den Kommunismus in seiner doktrinen Parteiülle fokus- siert. Was Koenen vorlegt, ist die Geschichte des kommu- nistischen »Mutterschiffs«. Doch da die Erkenntnis meist an Rändern wächst und die-

ses Diktum auch für die facet- tenreiche Ideologienwelt des Kommunismus seine Gültig- keit besitzt, wäre es lesenswert gewesen, noch die »Beischiffe« kennenzulernen, die vom Mut- terschiff zwangsweise sepa- riert wurden (mit allen elimi- natorischen Folgen) oder sich selbst separiert haben, sprich: Man vermißt die intellektuelle Dissidenz, die Kritik am dok- trinären Regime-Kommunis- mus durch Kommunisten. Zwei Erkenntnisse liefert Koe- nen derweil noch *en passant* mit:

Zum einen hebt er die kon- servative Dimension (ur)kom- munistischer Überzeugungswelten hervor. Der starke Ge- meinschaftsgedanken, die Su- che nach einer stabilen har- monischen Ordnung, die »Re- volution« als »Rückkehr« (lat. von »revolvere«) zu einem (mitunter imaginierten) frühe- ren Zustand – das hat schlech- terdings wenig mit dem zu tun, was heutige »Kommunisten« vertreten. Und es läßt zumin- dest punktuell idealtypische Kommunisten und Konserva- tive näher an sich heranrücken als an gegenwärtig reüssie- rende Neoliberale.

Zum anderen räumt Koe- nen mit der Vorstellung auf, die 1923er Liaison zwischen Kommunisten und Nationali- sten in Deutschland sei ledig- lich eine temporäre Raffinesse des Komintern-Funktionärs Karl Radek gewesen. Vielmehr habe Lenin selbst bereits 1920 anlässlich des sowjetrussischen Krieges gegen Polen davon ge- sprochen, auf die nationalre- volutionäre Mobilmachung Deutschlands gegen Versail- les gebaut zu haben. Von die- ser Hoffnung führt über den Fall Schlageter und Clara Zet- kins Würdigung der deutschen Freikorps als die »energisch- sten, entwicklungsfähigsten Elemente« absteigender Mit- telschichten eine Linie zur KPD-»Programmerklärung zur nationalen und sozialen Be- freiung des deutschen Volkes« vom August 1930. Das Feld des Kommunismus war im- mens; Koenen zeichnet es her- ausragend nach.

Benedikt Kaiser



Summa teutonica

Dieter Borchmeyer: *Was ist deutsch? Die Suche einer Nation nach sich selbst*, Berlin: Rowohlt 2017. 1055 S., 39,95 €

Die Frage »Was ist deutsch?« ist in den letzten Jahren wieder aktuell geworden. Mit diesem Thema kann man zum Erfolgsautor avancieren. Der rumäniendeutsche Schriftsteller Richard Wagner und Koautorin Thea Dorn haben es mit ihrem Buch *Die deutsche Seele* vorgemacht. Auch andere Kenner der Problematik (leicht in kritische Gefilde zu gelangen) wie der Anglist Hans-Dieter Gelfert, der Kulturwissenschaftler Hermann Bausinger, der Kunsthistoriker Neill Mac Gregor und der Historiker Alexander Demandt legten in den letzten Jahren erstaunlich unaufgeregte Studien vor.

Im Vergleich zu diesen Abhandlungen bedeutet das monumentale Werk des Literatur- und Theaterwissenschaftlers Dieter Borchmeyer wenigstens partiell einen Rückfall in volkspädagogische Urteilmuster. Im Rahmen von Interviews zu dieser Publikation hat er sein erkenntnisleitendes Interesse stets unterstrichen: Widerstand zu leisten gegen nationalistische Tendenzen. Da liegt der Kurzschluß nahe, die eigenen Geschichtsbetrachtungen als Antidot gegen eher ephemere Ereignisse der Gegenwart ins Feld zu führen, die zu diesem Zweck alarmistisch überinterpretiert werden. So wird die traditionelle Judenfeindschaft in Deutschland »cum grano salis« mit den Mordkomplotten des sogenannten NSU verglichen. Hintergründe seien beide Male diffuse Existenzängste. Jedoch ist es methodisch wenig hilfreich, aus dieser Perspektive jene großen Geister zu lesen, die der ehemalige Präsident der Bayerischen Akademie der Schönen Künste im Zentrum seiner Arbeit anführt. Zwar werden viele hochrangige Persönlichkeiten in der über tausendseitigen

Abhandlung herangezogen, aber auf weiten Strecken stellt Borchmeyer doch Denker heraus, mit denen er sich schon Jahrzehnte beschäftigt und über die er zum Teil viel diskutierte Arbeiten veröffentlicht hat: Schiller, Goethe, Heine, Nietzsche und Thomas Mann. Es handelt sich hierbei um Vertreter deutscher Dichtung und Philosophie, die mit ihrem Volk, seinen Eigenheiten, Gepflogenheiten, Stereotypen, seiner Entwicklung und so fort bisweilen heftig ins Gericht gegangen sind. Bisweilen schwankten sie erheblich in ihrem Urteil zur angestammten Nation, verfelen nicht selten in Extreme. Thomas Mann ist das beste

Beispiel: In den 1918 erschienenen *Betrachtungen eines Unpolitischen* wird der westliche Zivilisationsliterat, den sein Bruder Heinrich personifiziert, vehement aufs Korn genommen. In seinem Spätwerk *Doktor Faustus* stellt er hingegen den deutschen Werdegang so einseitig und holzschnittartig wie nur möglich dar – ganz so, als genüge es, die romantisch-irrationalen Phasen der eigenen Historie als dessen quintessentielle Bestandteile zu sehen und nicht nur als eine von diversen früheren Epochen mit Einflüssen auf spätere! Vergleichbar ist das Verhältnis (des von Mann mit Haßliebe bäugten) Richard Wagners zu Deutschland, bei dem viele eher das Gegenteil, nämlich einseitigen Nationalismus, annehmen; erst recht gelten derartige Ambivalenzen für seinen temporären Verehrer Nietzsche.

Stupende Gelehrsamkeit wird Borchmeyer niemand abstreiten; jedoch täuscht dieser Bildungshintergrund über methodische Probleme bei seiner Vorgehensweise hinweg. Der Germanist übersieht die Notwendigkeit einer weitergehenden historischen Grundierung. Bedeutende Geschichtsschreiber, aus jüngerer Zeit etwa Hellmut Diwald, haben sich

nicht von ungefähr intensiv mit Heinrich dem Vogler auseinandergesetzt. Es ging ihnen bei der Beschäftigung mit dem mythenumwobenen »Gründer des deutschen Reiches« primär darum, die Anfänge dessen zu erhellen, was viel später deutsche Identität genannt wird. Der Mediävist Johannes Fried wandelte in seinem Standardwerk *Die Anfänge der Deutschen* ein Stück weit auf den Spuren seiner Vorgänger, wenn er schon am Beginn der Untersuchung die Frage stellt: »Was heißt deutsch?« Weiterhin ist auch der Forschungsbereich »Nationalismus vor dem Nationalismus« für die Identitätsthe-

matik wichtig, zu

der bedeutende Gestalten der frühneuzeitlichen Geschichte wie Ulrich von Hutten zählen. Bei Borchmeyer weithin Fehl-anzeige!

Der zeitgeistkonformistische Duktus wird besonders deutlich, wenn Borchmeyer jüdische Autoren wie den Religions- und Geisteshistoriker Hans-Joachim Schoeps oder den langjährigen Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann kritisiert. Ersterer schrieb in Stunden großer Not, daß »... ausgestoßene Juden die konservativsten Deutschen dieser Zeit ...« seien. Ist dieser verzweifelte Versuch, die bis dato robuste deutsch-jüdische Synthese zu retten, tatsächlich als Anwendungen »wahnwitziger Verblendung« einzustufen? Goldmann sieht in seiner Autobiographie auch nach 1945 noch positive Momente im deutsch-jüdischen Verhältnis. Muß man das Urteil eines Holocaust-Überlebenden in der Manier eines Naseweises wirklich derart in Frage stellen?

Das angebliche Opus Magnum stammt aus Informationen, die dem eigenen Zettelkasten entnommen sind. Motto: Es muß alles rein, was irgendwie zum Titel paßt!

Felix Dirsch

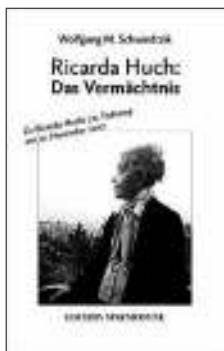


Huchs Vermächtnis

Wolfgang M. Schwiedrzik: *Richarda Huch. Das Vermächtnis*, Wien/Neckargemünd: Mnemosyne 2017. 216 S., 18 €

»Was die jetzige Regierung als nationale Gesinnung vorschreibt, ist nicht mein Deutschtum«, schrieb die Historikerin, Romanautorin, Dichterin und *grande dame* des nationalkonservativen Widerstands, Richarda Huch, im Jahre 1941. Wolfgang Schwiedrzik hat sich vor 20 Jahren, zu Huchs 50. Todestag, die editorische Mühe gemacht, ihr unvollendet gebliebenes »Gedenkbuch« der Opfer des NS-Widerstands zu veröffentlichen. Zuvor war diese Sammlung biographischer Bilder von Märtyrern wie Goerdeler, Bonhoeffer, der Geschwister Scholl, Dr. Leber, Graf v. Moltke, Graf v. Stauffenberg und vieler anderer Unbekannterer vom Kommunisten Günter Weisenborn 1953 »nach dem Material von Richarda Huch« ediert worden, aber weder vollständig noch historisch-kritisch, zudem im Bestreben, den mannigfaltigen deutschen Widerstand auf die passende Linie zu bürsten. Ein weiteres Huch-Gedenkbuch, diesmal zum Gedenken an die Autorin selber, die uns heute eine Leitfigur sein kann, ist alles andere als überflüssig. Denn die Fragen, um die es Huch ging, sind heute entschieden aktueller. Es geht um die »Erarbeitung eines Selbstbewusstseins als Deutscher, der stolz auf die Freiheitskämpfe seines Volkes ist, ohne sich über andere Völker zu erheben und ohne die mörderischen Kriege zu vergessen, die auch von deutschem Boden ausgegangen sind«, konstatiert der Herausgeber. Drei zeitgenössische Texte Huchs zur sogenannten »Stunde Null«, die eine reine Konstruktion der Sieger war, sind am Ende des

Bandes abgedruckt. Besonders einleuchtend ist ihre Antwort auf Hermann Hesse, der 1946 von den Deutschen die »Loslösung vom Nationalgefühl« forderte. Huch, mit herausragenden Widerständlern befreundet, gelang es, eine Selbstverortung der Deutschen zu formulieren, die das »Deutschtum« nicht verwarf und gerade im Kampf gegen Hitler deutsche Helden fand. Statt der verordneten »Re-education« unternahm Richarda Huch zusammen mit anderen Intellektuellen nach 1945 den Versuch, die deutsche »Selbstreinigung« von innen zu betreiben. Ein Aufruf in mehreren westdeutschen Zeitungen mit dem Titel »Deutsche Anklage« erschien, ihm war aber unter alliierter Besatzung kein Erfolg beschieden. Zu wirkmächtig war das Siegenarrativ, die Deutschen von außen von ihrer Geschichte abzuschneiden.



Der Aufbau des vorliegenden Buches bleibt bei allen Verdiensten etwas undurchdacht. Drei Aufsätze Schwiedrziks (zum »Gedenkbuch«, zur Reichsidee und zur »Deutschen Anklage«), sein Nachwort und dann die fünf kurzen Originaltexte von

Richarda Huch (deren Opus ja beileibe nicht darin bestand, die Lage der Nation nach 1945 zu beschreiben) – da muß es zwangsläufig zu Wiederholungen teils langer Passagen kommen, außer man hätte statt der Aufsätze eine neues Gesamtgefüge geschrieben.

Weiterzulesen in Richarda Huchs *Deutscher Geschichte* sei uns nachdrücklich empfohlen, die drei Bände sind antiquarisch leicht erhältlich. Huch ist als Nationalkonservative auch dank Schwiedrzik nicht vergessen, doch dieser Schlag monumentalischer Geschichtsschreiber aus Nietzsches »Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben«, der ist ausgestorben. »Wenn der Mensch, der Großes schaffen will, überhaupt die Vergan-

genheit braucht, so bemächtigt er sich ihrer vermittelt der monumentalischen Historie; wer dagegen im Gewohnten und Altverehrten beharren mag, pflegt das Vergangne als antiquarischer Historiker; und nur der, dem eine gegenwärtige Not die Brust beklemmt, und der um jeden Preis die Last von sich abwerfen will, hat ein Bedürfnis zur kritischen, das heißt richtenden und verurteilenden Historie.« Es gibt seit Kriegsende – mit Nietzsche und Huch zu urteilen – ein Zuviel an richtender und verurteilender Historie.

Caroline Sommerfeld

Sterbender Adel

Léon Bloy: *Marie Antoinette – Ritterin des Todes*, Wien: Karolinger 2017. 109 S., 18 €

Als der junge Bloy dieses erste essayistische Werk verfaßte, war noch nicht zu ahnen, daß er einmal als katholischer Wüterich in die Literaturgeschichte eingehen werde. Sein rebellischer Geist und sein glühender Katholizismus ließ ihn hier die kurze, doch ausgesprochen dramatische Hagiographie einer Frau schreiben, deren Nachruhm doch Bloy zufolge gerade darin gründe, daß sie keine Heilige war, sondern eine in ihrem Leiden als gewöhnlicher Mensch erkennbare Mutter, Ehefrau und – wenn auch zu spät – Politikerin in eigener Sache. Sie verteidigte ihren Status, ihr Ansehen und schließlich ihr Lebensrecht erst, als der revolutionäre Haß schon durch hunderttausende Hirne geschossen war: »Das Volk erwacht, die Königin erwacht« überschrieb Stefan Zweig ein Kapitel in seinem »Bildnis eines mittleren Charakters«. Bloy erzählt von Leiden und Sterben dieser erst in der Gefahr aufblühenden und ihre Stärke neben einem schwachen Ehemann und König entfaltenden Frau mit mehr als nur der Sympathie christlicher Nächstenliebe. Die in den Zwängen und Gefahren der Versailler Schlangengrube überforderte

Habsburgerprinzessin, diese »Durchschnittsfrau« (Zweig), besingt er in einem heute ungebrauchlichen hohen Ton, der schwülstig erscheinen mag, aber dem Sujet schon deshalb angemessen ist, weil Revolutionäre aller Couleur ihn bis heute entweder verabscheuen oder allein der Werbung für ihre säkularisierten Heilslehren zu billigen. Kaum eine Adelige war den Revolutionären von 1789 ff. dermaßen verhaßt wie Marie Antoinette. Noch heute hat sie einen schlechten Ruf, der zum Teil auf Unterstellungen und 230 Jahre alter Propaganda beruht.



Wie Bloy – total unkritisch und herrlich einseitig – Partei nimmt für diese Frau und damit für die (auch zum Zeitpunkt der Niederschrift) längst verlorene Sache der Legitimisten, ist ein (angesichts des grausigen Schicksals der Königin: bitteres) Vergnügen und paßt hervorragend in die *Bibliothek der Reaction*.

Seinen vollen Wert erhält der Band aber erst durch den zusätzlichen Abdruck zweier weiterer, noch kürzerer Texte, die Bloy bereits der Erstveröffentlichung beigegeben hatte: *Der Misthaufen aus Lilien* erzählt vom französischen Thronprätendenten Karl XI., einem Zeitgenossen Bloys, der nach heutigem Wissen vermutlich ein Hochstapler war, nach Meinung des Literaten aber »mit so großer Wahrscheinlichkeit der Enkel von Ludwig XVI. (...), daß es an vollständige Gewißheit grenzt«, und in dessen Auftreten in zweifelhaften Kreisen unterer Pariser Schichten Bloy den endgültigen Schlußpunkt des Niederganges der über fast tausend Jahre hinweg regierenden Kapetinger/Bourbonen erkennt. *Der Schwarze Prinz* ist eine Erinnerung an Napoléon Eugène Louis Bonaparte, den Sohn des letzten französischen Kaisers und proklamierten Thronfolger »Napoléon IV.«, einen heute wohl

selbst Monarchisten kaum mehr bekannten und von den Zeitläuften Versprengten. Der aussichtslose Prätendent fiel als britischer Soldat in einem unbedeutenden Gefecht mit Zulu-Kriegern.

Durch die Aneinanderreihung dieser Texte ist eine Meditation über den langsamen Untergang des Königtums in Frankreich entstanden. Die fast unglaublich erstaunlichen Schicksale dieser so ungleichen Unglücklichen, über hundert Jahre hinweg verstrickt in das historische Geschick Frankreichs, dem deutschen Leser bekannt gemacht zu haben, ist das Verdienst des Herausgebers und Übersetzers Alexander Pschera. Seine hilfreiche Deutung und Einordnung über *Bloy und die Königsfrage* schließt den Band sinnvoll ab.

Konrad Gill

Mein Freund, der Baum

Volkmar Weiss: *Keine Willkommenskultur für Douglasien im deutschen Walde?*, Neustadt an der Orla: Arnshaugk 2017. 164 S., 22 €

Hand auf's Herz: Beschreiben Sie bitte eine Douglasie! Sie wissen nicht genau –? Nun, nach Lektüre dieses in vielerlei Hinsicht eigentümlichen Douglasienbuches werden Sie jedenfalls den Stamm beschreiben können. Der ist auf dem Titel abgebildet. Der höchste Baum Deutschlands, das erfahren wir rasch, ist eine Douglasie. Sie wurde auf den Namen Waldtraut vom Mühlwald getauft, wächst im Breisgau, ist sechsundsechzig Meter hoch, Jahrgang 1910. Der Autor Volkmar Weiss (Jahrgang 1944), Genetiker und Sozialhistoriker, war seit 1990 bis zu seiner Pensionierung Leiter der Deutschen Zentralstelle für Genealogie Leipzig. In linken Kreisen wird er als »Rasseygieniker« gescholten. Sarrazin hatte sich auf seine Forschun-

gen bezogen, Weiss' Buch *Die IQ-Falle* (2000) war ein furioser Bestseller. Nebenbei beschäftigt sich Weiss sammelnd und forschend mit Neophyten, er veröffentlicht seit Jahrzehnten in Fachmagazinen zu pflanzlichen Neusiedlern. Was die hier zu besprechende Publikation betrifft: Es ist nicht ganz einfach herauszufinden, worum es eigentlich geht und an welchen Kreis sich dieses Buch richtet. Was wäre die These, die Aufgabenstellung des Buches? Der rote Faden ist vielfach aufgefächert. Aber: Jedes Fädchen dient der Erquickung! Sogar die posierlichen: Weiss teilt mit, daß seine Enkelinnen Töchter eines im Bosnienkrieg desertierten Albaners sind. Der ist seit Jahren nun deutscher Staatsbürger. (Ein Gleichnis!) Im Anhang findet sich ein »offener Brief« von Weiss an die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz. Hier geht es darum, daß jenes Amt eine Broschüre über »Naturschutz und Rechtsradikalismus« (2015) veröffentlicht hatte, in der Weiss von dezidiert linken Autoren verunglimpft wird. Viel Stoff also! Unterm Strich will der Autor uns sagen: Die Linksgrünen plädieren für eine Willkommenskultur gegenüber Auswanderern, sind dabei aber in botanischer Hinsicht völlig inkonsequent. Das mag nach einer nebensächlichen Fragestellung klingen, ist in Wahrheit aber zündender Lesestoff. Wie sich Weiss in die (historische) Forschungslage begeben hat: Ein Vergnügen! Wir lesen weite Strecken darüber, wie tonangebende Forscher und Politiker sich in den letzten 140 Jahren zu Neophyten, insbesondere zur wirtschaftlich ergiebigen Douglasie positioniert haben. Etwa Heinrich von Salisch in seiner *Forstästhetik* vor gut hundert Jahren: »Die vielgerühmte Douglasie kann den Vergleich mit der Fichte nicht aushalten, hinter deren Schönheit sie zurückbleibt, weil das Rindenkleid auch im Alter sich nicht rötet. (...) Ich bin der Meinung, daß die fremden Holzarten zu den unsrigen nicht

recht passen, ohne daß ich im einzelnen dies ungünstige Urteil immer zu begründen wüßte.« Auch Raoul Francé schrieb etwas später gegen die »Fremdlinge aus Übersee im deutschen Walde« an. Ähnlich der Stuttgarter Oberbürgermeister i.R. Heinrich von Gauß, der 1911 jede Pflanze als störend brandmarkte, »die der einheimischen Vegetation fremd ist und deren fremder Ursprung uns zum Bewußtsein kommt.« Derartige Stimmen: Legion! Sie sind es, man mag staunen, bis heute. Noch jüngst ätzte der BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz in Deutschland) gegen »standortwidrige und fremdländische Baumarten.« Wahrhaft pittoresk ist eine Fundstelle von 2016, die Weiss aufgetan hat: Im Sihlwald bei Zürich haben Asylbewerber aus Eritrea geholfen, eine Fläche von etwa 23 Hektar von fremdländischen invasiven »Problem-pflanzen« zu befreien. Weiss zitiert einen Zeitungsartikel: »Viele freiwillige Helfer ermüdeten verständlicherweise.« Anders die Asylbewerber: »Sie arbeiteten gewissenhaft, ausdauernd, effizient und ohne klagende Worte. Schnell war ihnen klar, welche Pflanzen entfernt werden müssen und welche nicht.« *Nature writing* (man denke an Peter Wohllebens Verkaufsschlager oder an die populären *Naturkunden* des Matthes & Seitz-Verlags) ist derzeit höllisch angesagt. Hier wäre ein in jeder Hinsicht besonders tolles Exponat.

Ellen Kositzka

Mythos Kronstadt

Peter Priskil (Hrsg.): *Kronstadt. Texte von Lenin, Trotzki u. a.*, Freiburg: Ahri-man 2016. 224 S., 9,80 €

In diesem nun ausklingenden Jubiläumsjahr der Russischen Revolutionen von 1917 ist der Fokus vieler Forscher und Publizisten ganz auf die sowjetrussische Geschichte gerichtet gewesen, speziell bei Karl Schloegel (*Das sowjetische Jahrhundert*) oder Gerd

Koenen (*Die Farbe Rot*, siehe S. 66). Eine besondere Zäsur für die frühe Sowjetunion verkörperte dabei der Matrosenaufstand in der Festung Kronstadt im Frühjahr 1921. Bis heute projizieren nichtleninistische Linke auf der ganzen Welt ihre Sehnsüchte in diese Erhebung vor den Toren Petrograds/St. Petersburgs, die rasch durch loyale Elemente der Roten Armee niedergeschlagen wurde. Haben hier nicht antiautoritäre oder wenigstens autoritätskritische Sozialisten, Sozialrevolutionäre, Anarchisten und Unabhängige versucht, die sich zementierende Diktatur der Bolschewiki zu stoppen, um einen anderen, einen nichttotalitären, demokratisch-sozialistischen Weg Rußlands zu ermöglichen? Nein, sagt Peter Priskil, der Herausgeber des vorliegenden Bandes, und nein, sagen auch die in dieser Anthologie versammelten, bolschewistischen Autoren von Lenin und Trotzki bis hin zum berüchtigten Geheimdienstmann Felix Dserschinski sowie dem US-amerikanischen Trotzki-Übersetzer John G. Wright, die Priskil mit Auszügen aus ihren Werken und Pressebeiträgen zu Wort kommen läßt.

Wer Kronstadt besaß, besaß Zugang zu Petrograd und, weil die dahinterliegende Fläche keine starken Verteidigungschancen bot, zu Moskau. Priskil, dessen Vor- und Nachwort so manche umgangssprachliche Attacke auf ideologisch Abweichende enthält, setzt in seiner Dokumentation genau hier an. Der Literaturwissenschaftler versucht mittels O-Tönen von einst darzulegen, weshalb das Projekt der Meuterei von Kronstadt von vornherein ein von raumfremden Mächten initiiertes Mittel war, um der noch nicht gefestigten Leninschen Diktatur nach vielen vergeblichen Anläufen endlich einen schweren Schlag zu versetzen. Neben diesem externen Faktor



räumt der Band mit der Vorstellung auf, hier hätten »klassenbewußte« Linke gegen die entartete Diktatur der Partei gekämpft. Vielmehr sei es eine »kleinbürgerliche Konterrevolution« (Lenin) gewesen, die eben gerade kein weltanschauliches Fundament besessen habe, sondern speziell durch materielle Erwartungen der entideologisierten Etappe-Matrosen genährt wurde. Man liest diese Dokumentation mit Spannung, denn sie wirft ein neues Licht

auf den Kronstädter Aufstand. Sie legt Standpunkte dar, die in anderen, durchaus wissenschaftlicheren und umfassenderen Darstellungen, selten zur Geltung kommen. Ob man nach der Lektüre nun ernstlich die »Wahrheit über Kronstadt« (Wright) kennt und ob man Priskils Drang, mit Invektiven gegen die Zeitgeistlinke vorzugehen, goutiert: Fest steht, daß das mit einem hilfreichen Glossar versehene Bändchen seinen Beitrag zur historischen Einordnung des Mythos von Kronstadt und der sowjetischen Gründungsgeschichte leistet. Im Nachwort erfährt man zudem Erhellendes über die Problematik eines orthodoxen Marxisten, im zeitgenössischen oligarchischen Rußland einen potentiellen *Katechon* in bezug auf eine westlerisch-kapitalistisch geprägte *One World* und US-geführten »Monoimperialismus« zu identifizieren.

Benedikt Kaiser

Lügen wie gedruckt

Jens Wernicke (Hrsg.): *Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung*, Frankfurt a. M.: Westend 2017. 359 S., 18 €

Man könnte glatt finden, der Kanal wäre voll zum Thema Lügen-/Lückenpresse. Seit Uwe Krügers verdientem Standardwerk *Mainstream. Wa-*

rum wir den Medien nicht mehr trauen (2016) ist eine Menge Stoff zum Vertrauensverlust in die veröffentlichte Meinung erschienen, meist aus »rechter« Sicht, weil Leute dieser Warte sich, klar, in den Leitmedien besonders »verdrehen« wiederfinden. Nun also eine weitere Beschau? Nein, anders. Kaum einer der vierundzwanzig Beiträger zu diesem vom Kulturwissenschaftler und ehemaligen Gewerkschaftssekretär Jens Wernicke herausgegebenen »Medienkritik-Kompendium« steht auch nur annähernd unter Verdacht, einer »rechten« Sache das Wort zu reden. Darum fehlen hier auch Stellungnahmen rund um die sogenannte Migrationskrise und die flankierende Berichterstattung. Das kann man bedauern, weil dort die sogenannte Medienkrise besonders scharf hervorträte. Doch ist auch unter Ausparung dieses Felds das Buch eminent lesenswert. Wernicke (dessen Fundament und Fragengrundlage gelegentlich etwas dünn und stilistisch unbeholfen erscheinen; zumal, wenn man die platte Pauschalrede von der »neoliberalen Agenda« nicht mehr hören kann und Wendungen wie »Tagesschau, Tagesthemen und Co.« für wenig eloquent befindet) erhält äußerst formidable Antworten auf seine Fragen. Er hat sie gerichtet a) an »Macher«, damit sind Innenseiter des Medienbetriebs gemeint, beispielsweise den langjährigen NDR-Mitarbeiter Volker Bräutigam, b) an »Denker« wie Noam Chomsky, den Geheimdienstexperten Erich Schmidt-Eenboom oder den Historiker Daniele Ganser und c) an Personen der »Zivilgesellschaft« wie Daniela Dahn und den ver.di Funktionär Rainer Buntenschön. Die zwei, drei erlangweiligen Beiträge, die in keinem Sammelband fehlen, werden dutzendfach aufgewogen allein durch das Interview mit dem Investigativjournali-



sten Walter van Rossum (der übrigens auf YouTube ebenso druckreif spricht wie im Buch). Zur Frage, ob die Premiumjournalen sich aus »Überzeugungstätern« generiere oder schlicht gehirngewaschen sei, antwortet er mit einem Mittleren: Es seien Mitläufer am Werk, die »Selbstgleichschaltung« habe stets zum Spiel der Massenmedien gehört. Die Medien, sagt van Rossum, seien nur das Sprachrohr für den vorherrschenden Konsens der Elite, und damit wirkten sie als »Brandbeschleuniger«. Die »edle Aura der Objektivität« falle regelmäßig den

»Wonnen der Herde« zum Opfer. Der Effekt auf den Medienkonsumenten: »Im Gegensatz zu früheren Herrschaftssystemen ist der bürgerliche Mensch inzwischen mit seiner eigenen Unterdrückung regelrecht identifiziert.« Der zeitgenössische Redakteur brauche keinen

Zuruf »von oben«. Er »kennt genau die Grenzpfähle, innerhalb derer er schreiben kann, was er will. Und mittlerweile will er nur noch, was gewollt wird.« Ins ähnliche Horn stößt Ulrich Teusch, Professor für Politikwissenschaft: Der Mainstream werde weiter erodieren. Er werde sich zwar noch Mainstream nennen, es aber in Wahrheit nicht mehr sein – dieses Schicksal erinnere an das der »Volksparteien«. Auch Stefan Hebel, Urgestein der *Frankfurter Rundschau*, liest Leviten: »Es gibt Strukturen, Machtverhältnisse und eben oft auch einen Mangel an Haltung.« Hebel kritisiert die unreflektierte Anpassung an das gängige Denkspektrum und moniert den »fehlenden oder hämischen Blick auf das, was außerhalb dieses Spektrums gedacht, gelebt und gesagt wird.« Wichtig: Bei all diesen Beiträgen handelt es sich nicht um Generalabrechnungen. Konkrete (und bestürzende) Fälle aus erster Hand, wo eine kritische Berichterstattung *par ordre du*

mufti verhindert wurden, machen dieses Kompendium zu einem wahrhaft heißen Eisen.

Ellen Kositzka

Freiheit wozu?

Ulrich L. Lehner: *Die katholische Aufklärung. Weltgeschichte einer Reformbewegung*, Paderborn: Ferdinand Schöningh 2017. 271 S., 39,90 €

Ulrich L. Lehner, Professor für Religionsgeschichte an der Marquette Universität in Milwaukee, erzählt die vergessene Geschichte der reformfreudigen Katholiken und Katholikinnen (!) des 18. Jahrhunderts in Europa, Nord- und Südamerika, China und Indien. Lehner zeigt auf, wie die Reformen des Konzils von Trient (1545–1563) schon lange vor der säkularen Aufklärung eine katholische Reformbewegung in Gang setzten und inspirierten. Diese sogenannte katholische Aufklärung kämpfte wie die säkulare Aufklärung gegen Aberglaube, für die Anerkennung und Adaption der Naturwissenschaften, für Ideale der Demokratie, für religiöse Toleranz, Gleichheit der Geschlechter, gegen Sklaverei und Rassismus, setzte aber dezidiert eigene Akzente. Auch wenn viele es nicht glauben wollen: Nicht nur antireligiöses Denken war aufgeklärt, das Buch belegt durch zahlreiche Beispiele, daß ein den katholischen Glaubenswahrheiten verpflichtetes Denken oft »menschenfreundlicher« als die säkulare Aufklärung sein konnte. So hat etwa die Ablehnung arrangierter Ehen gegen den Willen der Partner, ebenso wie die Verurteilung häuslicher Gewalt ihren Ursprung in der tridentinischen Reform und deren christlichem Familienbild der gegenseitigen Liebe – wohingegen das patriarchalische Familienbild der westlichen Welt, wie es sich besonders im 19. und 20. Jahrhundert darstellt, aus den »Werten« der säkularen Aufklärung erwuchs. Auch die Jesuiten, die im

China des 16. Jahrhunderts missionierten, waren nicht von der Aufklärung in Europa beeinflusst. Sie gewannen breiten Einfluß im Land, indem sie die einheimische Sprache lernten und die intellektuelle Elite des Landes von ihrer Theologie überzeugten. Darüber kam es zu einem fruchtbaren kulturellen und interreligiösen Austausch, der vom tridentinischen Geist beeinflusst war. 1615 wurde es chinesischen Missionaren sogar erlaubt, die Messe in der Landessprache zu feiern, während Europa darauf noch über 300 Jahre warten mußte. Durch diese Art einer nicht eurozentrisch orientierten Missionsarbeit trugen die Jesuiten in Südamerika zu einem besseren Verständnis der einheimischen Kulturen, aber auch zu deren Schutz bei. Die generelle Ansicht, wonach beispielsweise die Kulturen Südamerikas rückständig und minderwertig seien, kam erst im 18. Jahrhundert mit der säkularen Aufklärung auf. Entsprechende Überlegungen findet man etwa bei Georg W. F. Hegel.

Das Ende der intellektuellen Reformbewegung erfolgte abrupt durch Attacken antiklerikaler und anti-christlicher Aufklärer und besonders durch die Französische Revolution. Der folgende Beginn eines päpstlichen Katholizismus führte zu einer intellektuellen Verengung.

Ulrich Lehnerts Globalgeschichte der katholischen Aufklärung ist eine Pionierleistung, das Buch eine wahre geisteswissenschaftliche Fundgrube. Bibliographische Anmerkungen zu den einzelnen Kapiteln laden den interessierten Leser zu weitergehenden Forschungen je nach persönlicher Interessenlage ein. Da gibt es noch Schätze zu heben! Interessante Persönlichkeiten, viele von ihnen zu Unrecht bisher nicht zur Kenntnis genommen, werden in einem Register angeführt. So auch Maria

Agnesi (1718–1799), eine italienische Mathematikerin und Religionsphilosophin, die als die bekannteste Frauenstimme der katholischen Aufklärung gilt. An dieser bemerkenswerten Person läßt sich exemplarisch studieren, daß der Katholizismus im 18. Jahrhundert eine ernstzunehmende intellektuelle Alternative war. Das läßt hoffen, daß Katholisch-Sein auch im 21. Jahrhundert, in Zeiten des weltweiten Umbruchs, wieder spannend werden kann.

Monika Leiser

Komm' mir nicht mit »Bildung«!

Konrad Paul Liessmann: *Bildung als Provokation*, Wien: Zsolnay 2017. 238 S., 22 €

Vor vielen Jahren gab es mal einen Non-book-Bestseller in jenem berüchtigten »Kleinstverlag«: Es handelte sich um ein Plakat, das unter der Überschrift DIVISION ANTAIOS per Pop-Art-Grafik achtunddreißig Denker und Täter ungefragt eingemeindet in eine so unkonventionelle wie heterogene (und, klar, fiktive) Kampftruppe. Darunter fanden sich *nolens volens* schneidige Typen wie Heinrich I., Friedrich Nietzsche und Rudi Dutschke, aber auch Zeitgenossen: Günther Maschke und Camille Paglia beispielsweise.

Auf der Frankfurter Buchmesse 2017 nun hatte der Verlag Antaios mit einem Flugblatt für Rumoren gesorgt: Es war ein »Wegweiser« für »das konservative, rechtsintellektuelle Milieu«. Aufgeführt wurden ein paar Dutzend Messstände, deren Besuch lohnte, weil hier »Non-konformes« ausgestellt würde.

Das war informativ, aber auch bissig gedacht: »Manche Verlage tragen längst auf beiden Schultern Wasser«, hieß es im Flugblatt. Gemeint waren damit Verlage wie DVA (Sarrazin) oder Reclam (Konrad

Ott), in denen verkaufsträchtig »rechte« Thesen präsentiert werden, bei denen man doch gern wüßte, wie die linkslastige Verlegerschaft dies jenseits pekuniärer Interessen verteidigen würde!

Kurz: Konrad Paul Liessmann, der Wiener Philosophieprofessor, der nicht nur eine elegante Feder führt, sondern druckreif spricht und jedes kritische Interview besteht, wäre dringend zwangszuverlässig für die »Division«! Sein aktuelles Buch *Bildung als Provokation* erscheint als Aufsatzsammlung, die in drei Kapitel untergliedert ist. Im ersten geht es eminent »Zur Sache der Bildung«, das zweite wildert »Am Rand der Kultur«, das dritte beinhaltet Zwischenrufe aus den »Niederungen der Politik«. Liessmann, Jahrgang 1953, ist ein begnadeter Essayist. Bildung, schreibt er, fungiere heute als eine Art Jokerwort. »Bildung« als Ungefähr gelte als Allheilmittel und Schlachtruf, wo Institutionen und Praktiken versagt haben; als biochemisch unbestimmter Impfstoff gegen allerlei Auswüchse. Bildung, so stellt Liessmann es dar, ist in Wahrheit ein Dehnbares und eine Schimäre. Klar ist, was heute keinesfalls unter »Bildung« falle: schnödes »Faktenwissen«, »als sollten lieber Meinungen und Ideologien vermittelt werden«. Was heute gilt, ist die »Kompetenzorientierung«. Kenntnisse, die nicht »situationsadäquat« seien, also nicht zur Lösung einer tagesaktuellen Frage beitragen und somit unmittelbar »nützlich« sind, gelten als verzichtbar und unangemessen. Willkommen im postfaktischen Zeitalter! Kulturelle und ästhetische Traditionen, klagt Liessmann, spielten im heutigen Lehrbetrieb, der die Gleichwertigkeit sämtlicher kulturellen Erzeugnisse zum Gebot gemacht hat, kaum eine Rolle. Liessmann geht es, und das ist unerhört, nicht um eine Umstülpung der Lehrpläne, sondern gar um diese (soll man sagen: demokratieskeptische?) Erkenntnis: Bildung sei nicht als soziales Massenprojekt, sondern nur



als individueller Akt möglich. Wie nun das? Individualisierung des Unterrichts (sprich: jeder nach seinen – begrenzten – Möglichkeiten) wird großgeschrieben in der zeitgenössischen Pädagogik, das eigentliche »Individuum und seinen Eigensinn« hingegen möchte man gern eliminieren.

Heute gehe es um Operationalisierbarkeit, Quantifizierbarkeit und letztlich um eine »Chancengleichheit«, die aber in Wahrheit auf »Erfolgsgleichheit« abziele. Echte Bildung, und Liessmann argumentiert hier provokant gegen die Bildungslüge als »Religionsersatz«, bedeute immer, daß »viele nur für Wenige bedeutsam« sei. Ist das undemokratisch? Liessmann kontert, daß heute unter dem Deckmantel der individuellen Autonomie »Bildung« zu einem Programm mutiert sei, das »kognitive Ressourcen« skrupellos für globale Märkte aufbereite. Dies alles hätten bereits Dietrich Schwandt, Konrad Adam, Christoph Türcke, Julian Nida-Rümelin und Josef Kraus in markige Worte gefaßt? Sei's drum. Liessmann lohnt die Lektüre, und wie.

Wiggo Mann

Schau mal rüber

Todd Huizinga: *Was Europa von Trump lernen kann. Die Krise des alten Kontinents und das neue Amerika*, Berlin: Vergangenheitsverlag 2017. 147 S., 14,99 €

Trump-Bashing ist längst zum Lieblingshobby der global vernetzten politischen Korrektheit geworden. Ausgewogene Kommentare zum weltweiten Haß-Objekt Nummer eins sind selten. Insofern ist die schmale Schrift von Todd Huizinga eine Ausnahme, die erfreulicherweise nicht in das andere Extrem fällt, den Gegenstand der Erörterungen zu glorifizieren.

Der frühere Diplomat zeigt, inwieweit geistige Entwicklungen als Hintergrund der Wahl des Immobilienmilliardärs beachtet werden müssen. Der Postmodernismus, vertreten von linken und linksliberalen Eliterepräsentanten, höhlt elementare Freiheiten aus und intendiert auf leisen

Sohlen eine Diktatur der Minderheiten, die mit Hilfe der Verwaltung immer bizarrere Formen annimmt. Dazu zählen fortschreitende Genderisierung, Feminisierung und Homosexualisierung der Gesellschaft, aber auch die tendenzielle Destruktion der Volks-

herrschaft durch internationales Recht, etwa mittels globaler Neubestimmung der Menschenrechte. Auffallend ist die Verachtung, die einzelne Protagonisten dieser Herrschaft den öfters zitierten Abgehängten gegenüber an den Tag legen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß Huizinga die Wahl des amtierenden US-Präsidenten als Votum zugunsten der Freiheit interpretiert. Sachlich bewertet der Autor die politischen Absichten Trumps. So kehrt er unter anderem das Ziel des verbesserten Grenzschutzes, eine verstärkte Abwägung amerikanischer Interessen gegen rein globalistische, aber auch die Abrechnung mit dem Marktfundamentalismus hervor. Weiter stellt der evangelikal gesinnte Verfasser die Bedeutung des christlichen Glaubens in den USA gerade für die Politik heraus. Am Ende der Publikation präsentiert Huizinga die Gründe für die Krise des alten Europas, die einer Wiedergeburt des Konservatismus in Europa entgegenstehen: Er nennt vor allem die zunehmende Entchristlichung des Kontinents, aber auch die stetige Steigerung supranationaler Einflüsse. Emp-

fehlenswert ist Huizingas Stellungnahme schon deshalb, weil sie den medialen, partiell hysterischen Alarmismus in seine Schranken verweist und als Propagandainstrument der Linken entlarvt. Eine solche im besten Sinn aufklärende Publikation lohnt ein genaueres Studium.

Felix Dirsch

... nur noch nicht von jedem

Heinrich A. Winkler: *Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika*, München: C.H. Beck 2017. 493 S., 24,95 €

Heinrich A. Winkler ist längst in den Rang eines Haus- und Hofhistoriographen der Bundesrepublik aufgestiegen. Verdient hat er sich seinen Ruf als Verfasser etlicher materialreicher Studien über den Westen, die mehr dessen normativen Anspruch hervorheben als die faktische Einlösung der entsprechenden Ideale. Neben der vierteiligen »Geschichte des Westens« ist die zweibändige Beschreibung der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts als der »lange Weg nach Westen« zu nennen. Bei genauerer Betrachtung dieser Narration stellt sich heraus, daß sie kaum mehr als eine Neuauflage der alten These vom »deutschen Sonderweg«

darstellt, deren Unterkomplexität kaum erwähnt werden muß.

Nach derart ausgiebiger Beschäftigung mit der Historie hat Winkler es wohl für naheliegend empfunden, sich der unmittelbaren Gegenwart zuzuwenden. Die aktuellen Krisen in

Europa und den USA erscheinen als lohnenswertes Thema. Wer die bisherigen Publikationen des Berliner Emeritus kennt, ist nicht darüber verwundert, daß sich seine Urteile im üblichen Diskursrayon der linksliberalen Meinungsmacher bewegen. Folglich werden die Zäsuren »Brexit«



und »Trump« so einseitig und kontextlos wie möglich dargestellt. Es handelt sich weniger um eine wissenschaftliche Untersuchung als um die Darstellung und Kommentierung von Ereignissen, die der informierte Zeitgenosse aufgrund intensiver Zeitungs- und Internettexlektüre bereits kennt. Für einen seriösen Historiker wäre es Aufgabe, die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe der Entwicklung der USA, West-, Süd- und Mitteleuropas und der relativ jungen EU-Staaten im Osten, die untereinander keineswegs homogen sind, herauszuarbeiten. Winkler geht ein solches Unternehmen selbstredend nicht an. Ganz überraschend ist vor einem solchen Hintergrund ein gewisses Auseinanderdriften der Teile des Konstrukts »Westen« nicht. Winklers Schrift kann eine alarmistische Grundausrichtung nicht verbergen. Einerseits stellt er die perhorreszierte Gefahr, das Zerbrechen des Westens, in den Raum; andererseits muß er immer wieder zurückrudern: Die Katastrophe bleibt wahrscheinlich doch aus. Von Alexis de Tocquevilles berühmten Analysen im frühen 19. Jahrhundert bis zu George W. Bushs Irakabenteuer 2003 zeigt sich der Westen gespalten. Der Neuigkeitswert dieser Botschaft bleibt auch dann gering, wenn man viele Worte darüber verliert.

Felix Dirsch

Kenn Deine Grenze!

Thomas Glavinic: *Gebrauchsanweisung zur Selbstverteidigung*, München: Piper 2017. 224 S., 15 €

Spätestens seit der »Flüchtlingskrise« und der daraus resultierenden Bereicherung durch unruhige junge Männer aus gewaltaffinen Kulturen ist das Erlernen von Selbstverteidigungstechniken eine ratsame Sache geworden. Der österreichische Schriftsteller Thomas Glavinic scheint dies allerdings nicht so zu sehen. In

seiner *Gebrauchsanweisung zur Selbstverteidigung* schildert er eingangs eine Situation, die fast jedermann so oder, hm, so ähnlich bereits erlebt hat: Ein Mann in der U-Bahn beginnt zu pöbeln oder zu schreien, und während sich die Blicke der anderen Fahrgäste in ihre Smartphones versenken oder fluchtartig in eine andere Richtung streben, schimpft er laut über »Politiker, Asylanten, abwesende Feinde oder die Juden«, dabei ein Opfer suchend, das auf seine Provokationen reagiert, am besten ein weibliches oder eines »fremdländischer Herkunft«. Das ist nur der erste von mehreren ärgerlichen politisch korrekten Kottaus, die immer wieder in diesem ansonsten lehrreichen Buch auftauchen. Man darf annehmen, daß Glavinic in Wahrheit wie jedermann besser weiß, was Sache ist, und vermutlich weiteres »friendly fire« aus linksgerichteten Kreisen vermeiden will, wie er es etwa im Jahr 2016 kassierte, als er via Facebook den diffamierenden Umgang mit FPÖ-Wählern kritisierte. An die beschriebene Ur-Szene in der U-Bahn knüpft der Autor eine heroische Rettungsphantasie: Wenn sich der Leser in einer solchen Situation schon mal gewünscht hat, schützend eingreifen zu können, dann sei dieses Buch für ihn geschrieben worden. Der Autor (der die chinesische Kampfkunst Wing Tsun betreibt) will ihm zeigen, wie er sich selbst »zur Waffe« machen kann und bereitet ihn mental auf die Stunde der Bewährung vor – der »Stänkerer bedroht zwei junge Mädchen«, doch »diesmal hat sich jemand die falsche U-Bahn ausgesucht.«

Glavinic beschreibt realistisch und anschaulich die Handlungsoptionen und Gefahren von verschiedenen Konfliktsituationen, wobei er dazu rät, eine physische Eskalation möglichst zu vermeiden und

alle Mittel der Deeskalation auszureizen; wenn der Ernstfall allerdings eintritt, muß man imstande sein, seinen Angriff oder Gegenangriff konsequent durchzuziehen (»Wenn schon, denn schon«).

Da Täter mit Vorliebe nach Menschen suchen, die Schwäche ausstrahlen und nach »Opfer« geradezu riechen, empfiehlt Glavinic die Selbsterziehung zum besonnenen, aber entschlossenen »guten« Täter, der Verantwortung für seine Mitmenschen übernimmt, dem »seine Gesundheit wichtiger ist als sein Stolz«, der stetig daran arbeitet, die eigenen Ängste zu überwinden (dies verleihe »die Aura eines Bodyguards«), der weiß, wie, wann und ob man zuschla-

gen muß, und der nach außen signalisieren kann, daß in seinem Inneren »das Feuer des Widerstands glimmt«, das »besser nicht angefacht werden sollte.«

Menschen, die den Kontakt mit ihren inneren thymotischen Energien verloren haben, empfiehlt er dringend, sich ihrer Identität bewußt zu werden und Selbstachtung zu entwickeln: »Wer nicht weiß, wer er ist und was er will, kennt seine Grenzen nicht, lebt daher in ständiger Unklarheit darüber, was ihm zusteht und was nicht, und wird nicht nur vor Schlägern in die Knie gehen, sondern vor den meisten Schwierigkeiten, auf die er im Leben trifft.« Sätze, die der Autor praktisch der ganzen Nation ins Stammbuch schreiben könnte: »Wer seine äußeren und inneren Grenzen nicht bewacht, der wird im Laufe der Zeit an Territorium einbüßen, bis er erstickt.«

Das lebenskluge und unterhaltsame Buch hält, was sein Titel verspricht und gibt Tips, wie man die Selbstverteidigungsmethode findet, die am besten zu einem paßt: Kung Fu, Jiu-Jitsu oder Krav Maga?

Martin Lichtmesz



Sezession

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2018 im sechzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- ▶ eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- ▶ die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- ▶ »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- ▶ 50 € im Normalbezug,
- ▶ 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- ▶ 75 € im Förderabonnement,
- ▶ 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2018

Neuabonnenten erhalten als Prämie zwei Studien des Instituts für Staatspolitik (IfS) portofrei geliefert.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra

Überblick 2018, 16. Jahrgang



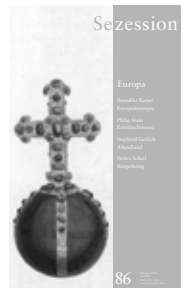
Heft 82 / Februar / 11 €
Thema: »Hegung«
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Autorenporträt Wilhelm Röpke
Felix Menzel
Raumorientierung
Götz Kubitschek
Staatsbetrieb
Benedikt Kaiser
Antikapitalismus



Heft 85 / August / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Nils Wegner
40 Jahre RAF
Konrad Weiß
Alternativgeschichte
Martin Lichtmesz
Blaue Projekte
Götz Kubitschek
Sommerliche Reise



Heft 83 / April / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Autorenporträt Reinhold Schneider
Stefan Scheil
Offensive 18
Konrad Weiß
Österreich 38
Nils Wegner
Oklahoma 93



Heft 86 / Oktober / 11 €
Thema: »Europa«
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Benedikt Kaiser
Europakonzepte
Philip Stein
Eurofaschismus
Siegfried Gerlich
Abendland
Stefan Scheil
Bürgerkrieg



Heft 84 / Juni / 11 €
Thema: »1968«
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Autorenporträt Gerd Koenen
Erik Lehnert
Ideengeber 68
Caroline Sommerfeld
Protestbewegungen
Martin Sellner
Aktionsformen



Heft 87 / Dezember / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Caroline Sommerfeld
Pädagogik
Wiggo Mann
Ein Jahr Bundestag
Götz Kubitschek
Theoriearbeit
Ellen Kositzka
Das war's

Tut das Unnütze, singt die Lieder,
die man aus eurem Mund nicht
erwartet!

Seid unbequem, seid Sand, nicht
das Öl im Getriebe der Welt!

Günter Eich